



universität
wien

DIPLOMARBEIT

AUFLÖSUNG STAATLICHER AUTORITÄT IN MEXIKO

Ursachen und Folgen

Verfasser

Peter Logar

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie

Wien, Mai 2011

Studienkennzahl laut Studienblatt: **A300**

Studienrichtung laut Studienblatt: **Politikwissenschaft**

Betreuer: **Univ.-Prof. Dr. Hannes Wimmer**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

a) Problemstellung.....	S1
b) Aufbau der Arbeit, Methodik und Literaturrecherche.....	S2

1 Problematik der Gewalt und des Gewaltmonopols in Lateinamerika

1.1 Das Gewaltmonopol.....	S3-16
1.1.1 Entstehung.....	S16-17
1.1.1.1 Der Gewaltbegriff im öffentlichen Recht.....	S17-20
1.1.2 Das fehlende Gewaltmonopol in Lateinamerika.....	S20-23
1.1.2.1 Nachahmung mit begrenztem Erfolg.....	S24-37
1.1.2.2 Anomie.....	S37-41
1.1.2.3 Alternative Normensysteme.....	S41-47
1.1.2.4 Die Exekutive.....	S47-53
1.1.2.5 Unklare Zuständigkeiten.....	S53-59
1.1.2.6 Die Justiz.....	S60-68

2 Geschichte und Entwicklung Mexikos

2.1 Entwicklungsdefizite bei der Etablierung moderner Staatlichkeit.....	S71
2.1.1 Von der Kolonialzeit bis zur Unabhängigkeit.....	S71-73
2.1.2 Von der Unabhängigkeit bis zum Porfiriat.....	S73-75
2.1.3 Der mexikanisch-amerikanische Krieg.....	S75-80
2.1.4 Das Porfiriat.....	S80-85
2.1.5 Die Transformation Mexikos nach der Revolution.....	S85

3 Krisensymptome

3.1 Die Drogenkriminalität in Mexiko.....	S87-91
3.2 Die Kartelle.....	S91-95
3.3 Medienanalyse zu Gewaltausbrüchen in Zusammenhang mit der Drogenkriminalität.....	S96-101
3.4 Chiappas und die Zapatisten.....	S102-107
3.5 Menschenrechtslage.....	S108-109

CONCLUSIO.....	S111
----------------	------

LITERATURVERZEICHNIS.....	S113-119
---------------------------	----------

ANHANG.....	S121-122
-------------	----------

Einleitung

a) Problemstellung

Die mexikanische Revolution ist zwar keine, die von sich selbst behaupten kann, dass sie Weltruhm beanspruchen könnte, doch sie ist die erste wirkliche des 20. Jahrhunderts auf lateinamerikanischem Boden. Im Gegensatz zu den großen Revolutionen in China und Russland führte die mexikanische keinen „...*fundamentalen Wandel der Herrschafts- und Gesellschaftsstruktur herbei*.“¹ In der Geschichte Mexikos spielte der Konflikt zwischen der Regierung und den Provinzen, zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern, zwischen Liberalen und Militär eine große Rolle und wurde wahrscheinlich nie wirklich gelöst. Die heutige Situation in Mexiko zieht einige Parallelen zu der vorrevolutionären. Begriffe wie „Machtdeflation“ und „Autoritätsverlust“ der herrschenden Eliten sind auch heute ein ernstes Problem im modernen Mexiko². In der Arbeit soll auf Grundlage der Analyse der Geschichte des Gewaltmonopols in Mexiko versucht werden ein Kontinuum der Probleme mit der nie wirklich etablierten Staatlichkeit aufzuzeigen. Zunächst gehe ich theoretisch auf die Prämissen eines funktionierenden Rechtsstaates ein, und vergleiche diesen mit dem staatlichen System in Mexikos, aber auch generell mit „dem lateinamerikanischen Staat“, sofern man überhaupt von einem solchen sprechen kann.

Der Aufbau und die Funktionsweise der staatlichen Institutionen, sowie soziale Konflikte und die Rolle des Militärs als inner-systemische Ursachen spielen ebenso eine Rolle, wie die Einbindung Lateinamerikas/Mexikos in den Weltmarkt und die Intervention anderer Staaten. Das Verhältnis Mexiko/USA wird durch einen Vergleich der unterschiedlichen Staatsgründung und -konsolidierung und der Analyse der Rolle des amerikanischen-mexikanischen Krieges untersucht. Am Ende der Arbeit gehe ich noch auf Sezessionsbestrebungen Chiappas und Oaxaca ein und untersuche die Rolle des internationalen Drogenhandels als destabilisierenden Faktor in Mexiko, sowie die Strukturen und die Geschichte der mächtigsten Drogenkartelle in Mexiko. Eine kleine Medienanalyse soll noch einmal das Ausmaß der durch Drogenkriminalität verursachten Gewalt veranschaulichen.

¹ Tobler, Hans Werner „Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch, 1876-1940“, S7

² Vgl. wie oben

b) Aufbau der Arbeit, Methodik und Literaturrecherche

Ich werde mich im ersten Teil der Arbeit mit der Definition und der Ausformung des Gewaltmonopols in Lateinamerika beschäftigen und der Frage nachgehen, wieso das Gewaltmonopol sich in Staaten außerhalb Europas nie wirklich etabliert hat.

Dabei werde ich mich auf die mangelnde Umsetzung des spanischen Herrschaftssystems auf Lateinamerika und speziell auf Mexiko ebenso beschäftigen, wie ich auch den fatalen Einfluss spanischer Wirtschaftspolitik auf seine Kolonien eingehen werde.

Außerdem beschäftige ich mich mit der Frage, warum die ehemaligen spanischen Kolonien anfälliger für gewaltsame Umstürze und Staatsstreiche sind, als zum Beispiel das „relativ“ friedliche Brasilien.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der geschichtlichen Entwicklung Mexikos von der Kolonialzeit bis heute.

Im dritten Teil gehe ich auf die Krisensymptome des mexikanischen Staates ein, das heißt unter anderem auf konkrete Beispiele aus den Medien, diese werde ich aus einem Zeitraum vom September 2009 bis zum Februar 2010 (04.09.2009-26.02.2009) entnehmen. Die behandelten Artikel stammen zwecks guter Zugänglichkeit von der Online-Ausgabe der L.A. Times. Aber auch auf die Intransparenz und die verschiedenen Formen des Staatsversagens, vor allem des Rechtsstaates.

1 Problematik der Gewalt und des Gewaltmonopols in Lateinamerika

1.1 Das Gewaltmonopol

„Charakteristisch für den [...] souveränen Staat ist [...] die Unabhängigkeit nach außen [und innen], die bei einer Bindung an das Gesetz eines Höherrangigen oder Gleichrangigem fehlt.“³ Das öffentliche Recht regelt die Einrichtungen und die Ausübung der öffentlichen Gewalt bzw. der Staatsgewalt. Darunter fällt auch das Verhältnis zwischen Staat und Individuen und gesellschaftlichen Verbänden. Unter Gewalt versteht man hier aber zunächst die Verfügungsgewalt und nicht die direkte physische Gewalt. Diese tritt erst in Erscheinung, wenn erstere auf Widerstand stößt.⁴ Die Verfügungsgewalt über seine Untertanen versucht der Staat in erster Linie „...durch nicht-physische Einwirkungen auf den Bürger zu erreichen...“⁵

Die Existenz und Anwendung dieser beiden (Verfügungsgewalt und direkte physische Gewalt) schaffen erst den Staat gemäß der weber'schen Definition: „*Politischer* Verband soll ein Herrschaftsverband dann und insoweit heißen, als sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines ange[h]baren geographischen Gebiets kontinuierlich durch Anwendung und Androhung physischen Zwangs seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden. Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt.“⁶

Wo diese beiden Kriterien nicht mehr zur Anwendung kommen, dort endet dann auch der Staat laut Weber. Denn wird er erfolgreich herausgefordert, kann er diese Kriterien nicht mehr erfüllen. Gewaltsamkeit ist aber nicht das einzige Mittel des Staates zur Disziplinierung seiner Untertanen. „1. Für politische Verbände ist selbstverständlich die Gewaltsamkeit weder das einzige, noch auch nur das normale Verwaltungsmittel. Ihre Leiter haben sich vielmehr aller überhaupt möglichen Mittel für die Durchsetzung ihrer Zwecke bedient. Aber ihre Androhung und, eventuell, Anwendung ist allerdings ihr *spezifisches* Mittel und überall die ultima ratio, wenn andre Mittel versagen. Nicht *nur* politische Verbände haben Gewaltsamkeit als

³ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol, S32; Anm. d. Verf.

⁴ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S18

⁵ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S30; Anm. d. Verf.

⁶ Quelle: Max Weber-Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie“(1922) <http://www.textlog.de/7321.html> ; Anm. d. Verf.

legitimes Mittel verwendet und verwenden sie, sondern ebenso: Sippe, Haus, Einungen, im Mittelalter unter Umständen: alle Waffenberechtigten. Den politischen Verband kennzeichnet *neben* dem Umstand: da[ss] die Gewaltsamkeit (mindestens auch) zur Garantie von »Ordnungen« angewendet wird, das Merkmal: da[ss] er die Herrschaft seines Verwaltungsstabes und seiner Ordnungen für ein *Gebiet* in Anspruch nimmt *und* gewaltsam garantiert. Wo immer für Verbände, welche Gewaltsamkeit anwenden, jenes Merkmal zutrifft – seien es Dorfgemeinden oder selbst einzelne Hausgemeinschaften oder Verbände von Zünften oder von Arbeiterverbänden (»Räten«) –, müssen sie *insoweit* politische Verbände heißen.“⁷

Nach dieser Definition sind die autonomen Provinzen, also nicht Teil des Staates, da die Zentralregierung zwar die Herrschaft seiner Verwaltung für das Gebiet offiziell in Anspruch nimmt, doch sie nicht gewaltsam garantieren kann. Aber sie können auch nicht selbst als eigenständige Staaten betrachtet werden, da sie oft über keinen oder nur einen sehr rudimentären Verwaltungsstab verfügen und die Ordnung und Verwaltung auch nicht garantieren können. Sie bilden nach dieser Definition auch keinen politischen Verband, da sich der Herrschaftsbereich nur auf gewisse Bereiche erstreckt und die militärische Stärke auch nicht ausreicht, um sich offiziell loszusagen.

Das Gewaltmonopol macht den Staat zum „...Friedensverband...“⁸

Es gibt auch den Begriff des „allgemeinen Gewaltverhältnisses“, welcher meint, dass der Staat Verfügungsgewalt über den/die Einzelne/n hat. Diese Verfügungsgewalt setzt er in Form von Gesetzen, Befehlen oder auch Verfügungen gegenüber seinen BürgernInnen um. Die öffentliche Gewalt wird dem Staat im Allgemeinen deshalb eingeräumt, weil der Bürger der Meinung ist, dass er im Gemeinwohl handelt. Dies verschafft ihm im Normalfall, die nötige Legitimität. Dieses Gemeinwohl muss dem Bürger, aber durch Gesetze und Ideologie vermittelt werden, da es nicht allgemein ersichtlich ist.

„Man kann daher den »politischen« Charakter eines Verbandes *nur* durch das – unter Umständen zum Selbstzweck gesteigerte – *Mittel* definieren, welches nicht ihm allein eigen,

⁷ wie oben; Anm. d. Verf.

⁸ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S33

aber allerdings spezifisch und für sein Wesen *unentbehrlich* ist: die Gewaltsamkeit.“⁹

Ciudad de Juarez und Chiappas sind somit politische Verbände mit begrenzter Gültigkeit, da das Gewaltmonopol immer wieder angefochten wird und die Verwaltung nur teilweise vorhanden ist und oft von außen gestellt wird.

„Die öffentliche Gewalt ist geradezu dadurch charakterisiert, dass sie das Recht zur Gewaltanwendung allein für sich beansprucht, um ihre Primärfunktion, die Aufrechterhaltung innerer und äußerer Sicherheit, und im weiteren ihren Gemeinwohlaufrag erfüllen zu können.“¹⁰ Sie geht dabei aber nicht so weit ihre Bürger all ihrer Waffen und all ihres Gewaltpotenzials zu enteignen. Sie kann nur bestimmte Waffen limitieren (Waffenschein, Verbot von bestimmten Waffentypen), aber kein vernünftiger Mensch würde vom Staat verlangen den Bürgern jeden Gegenstand, der als Waffe verwendbar wäre, zu entziehen. Nur der Staat hat das Monopol der legitimen physischen Gewalt. Für den Bürger gilt dies nur sofern der Staat es ihm in bestimmten Situationen gewährt (z.B.: Notwehr).¹¹

Staat und Gewaltmonopol sind siamesische Zwillinge. Das eine wäre ohne das andere nicht möglich. Ein Staat definiert sich durch das „...Monopol legitimer physischer Gewalt.“¹² Das Gewaltmonopol ist kein Merkmal der politischen Herrschaft im Allgemeinen, sondern das des Staates.¹³ Es ist das Gewaltmonopol, welches den Staat von anderen Herrschaftsformen unterscheidet. Wie Emile Durkheim sagt, sind „...die Ziele, die ein Staat verfolgte, in einer sehr großen Zahl von Gesellschaften allein oder in erster Linie darauf ausgerichtet [...] die Macht des Staates zu vergrößern...“¹⁴. Dabei setzt er auf „...die kollektiven Glaubensvorstellungen, die kollektiven Wünsche, die gemeinsamen Traditionen und die Symbole, in denen dies seinen Ausdruck fand.“¹⁵ Dadurch war der Einzelne bereit seine eigenen Wünsche denen des Staates unterzuordnen, ohne dass ihm dies als Opfer erschienen

⁹ Quelle: Max Weber-Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie“(1922) <http://www.textlog.de/7321.html> ; Anm. d. Verf.

¹⁰ Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20

¹¹ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20

¹² Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20

¹³ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20-21

¹⁴ Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts S82

¹⁵ Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts S83

wäre. Diese Abhängigkeit ist die Wurzel aller Gesellschaften, so auch die des Staates.¹⁶ Dies führt zu einer Entlastung der Bürger in dem Sinne, dass „...der Verkehr der Menschen untereinander von der Aufgabe der Friedensstiftung (ein Stück weit wenigstens) entbunden ist.“¹⁷

Gewaltanwendung gehört zu jeder Herrschaft. Mag sie sich auch noch auf andere Mittel gründen, das der Gewalt ist ihr in welcher Form auch immer stets immanent. Das spezielle beim Staat ist der zweite Wortteil: Monopol. Monopol heißt nun nicht, dass es keine anderen Akteure gibt, die Gewalt anwenden, doch der Staat verfügt, wie schon in vorangegangenen Kapiteln beschrieben, über das Monopol überlegener physischer Gewalt. Verliert er dieses, hört er auf zu existieren. Zuvor gab es verschiedene Träger der Gewalt, die diese nicht wie der Staat territorial bezogen, sondern Personen bezogen anwandten. Selbst Landesfürsten verfügten nur über gewisse Herrschaftsrechte.¹⁸

Das heißt jedoch nicht, dass diese verschiedenen Träger der Gewalt vollkommen willkürlich untereinander bekriegten, es gab Regeln, jedoch konnte jeder sein Recht mit Gewalt durchsetzen, beziehungsweise schützen. So war die Fehde kein einfacher Machtkampf, sondern ein Kampf um das Recht. Es ging für beide Seiten darum, ihr Recht durchzusetzen und nicht um die bloße Anwendung von Gewalt. Es gab zwar Regeln, jedoch fehlten Rechtskörper wie Gerichte und Polizei, die in der Lage gewesen wären diese legitim (und notfalls mit Gewalt) durchzusetzen. So herrschte im Endeffekt das Recht des (physisch) Stärkeren, der sich eben mit überlegenen Mitteln physischer Gewalt durchzusetzen vermochte. Dadurch führten Fehden zu nicht enden wollender Gewalt. Das Traurige ist, dass ein Verbot der Fehde bestehendes (Gewohnheits-)Recht gebrochen hätte.¹⁹

Gewalt kann vom Staat für mehrere Zwecke ausgeübt werden. Für Waldmann zum Beispiel zählt Gewalt zu den Mitteln sozialer Kontrolle, die mit dem englischen Begriff „*social control*“²⁰ gleichzusetzen ist und gesellschaftliche „...Verfügungs-, Entscheidungs- und

¹⁶ Vgl. wie oben

¹⁷ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe: Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S17

¹⁸ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S21

¹⁹ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S21-22

²⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S14

Sanktionsmacht...^{“21} bedeutet. Soziale Macht kann sich auf zahlreiche Ressourcen stützen. Zu ihnen zählen „...personengebundene Eigenschaften wie das Führungstalent, die intellektuellen Fähigkeiten oder der Organisationssinn eines Menschen, als auch von Personen ablösbare Einflussquellen wie die Verfügung über Besitz, über Institutionen und über die Auslegung von [allgemein] verbindlichen Regeln und Normen. Im breiten Spektrum sozialer Kontrollmittel nimmt die Gewalt insofern eine Sonderstellung ein, als sie sich für den Betroffenen unmittelbar und prinzipiell negativ auswirkt.“²²

Für Trutz von Trotha ist es „[das] feingliedrig-vielgestaltige Netz sozialer Beziehungen...“^{“23}, das „...Trennungen und Differenzen innerhalb von Gruppen zustande...“^{“24} bringt und „...deren Mitglieder gegensätzlichen Loyalitäten [aussetzt] ...“, die den Druck erhöhen zu einer Einigung zu kommen.“^{“25} Aber „...umgekehrt schlägt diese Netz Brücken zwischen den verschiedenen Gruppen in der Form sozialstrukturell verankerter „Kreuzbeziehungen“, die es ermöglichen, den konsensuellen Druck, der in den geteilten Gruppenloyalitäten erzeugt wird, in der Weise umzusetzen, da[ss] eine Einigung erreicht wird.“^{“26}

Gewalt steht im Gegensatz zur Beeinflussung des Betroffenen durch Überredung oder Bestechung. Da Gewalt ihrer Natur wegen nicht als etwas Positives vom Betroffenen aufgefasst werden kann. „[J]e häufiger es bei der bloßen Drohung bleibt, umso günstiger ist die Situation für den solcherart vom Gewaltvollzug Verschonten.“^{“27}

Die zu häufige Anwendung von Gewalt birgt jedoch Risiken, so „...kann [sie] statt der erwünschten Gefügigkeit Widerstand erzeugen, der im Extremfall die Form von Gegengewalt annehmen kann. Deshalb üben Individuen und Gruppen, die über physische Zwangsmittel verfügen, bei ihrer Benutzung nicht selten gewisse Vorsicht und Zurückhaltung.“^{“28}

Die Gewalt kann nur schwer dosiert werden und „...der Demonstrationseffekt gewaltsamen Handelns hat zudem zur Folge, da[ss] dadurch eine Kette konkurrierender Handlungen und Ereignisse ausgelöst werden kann, die jede anfängliche Kosten-Nutzen-Kalkulation überrollt. Häufig treten anlä[ss]lich von Gewaltaktionen latente gesellschaftliche oder politische Polarisierungstendenzen hervor; es bilden sich feste, durchgehende Fronten, welche die

²¹ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S14

²² Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S14 Anm. d. Verf.

²³ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe:Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S3, Anm. d. Verf.

²⁴ Wie oben

²⁵ Wie oben; Anm. d. Verf.

²⁶ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe:Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S4, Anm. d. Verf.

²⁷ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S14 Anm. d. Verf.

²⁸ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S15 Anm. d. Verf.

Einheit des betreffenden Sozialgebildes in Frage stellen.“²⁹

Es geht also um die Frage des wie und wie viel. Und Gewalt ist nie als alleiniges Mittel zielführend in der Schaffung von Gehorsam und sozialer Kontrolle. „Es ist denkbar, da[ss] ein sozialer Führungsanspruch allein mit dem Verweis auf wirtschaftliche Macht, gesellschaftliches Ansehen, intellektuelle Überlegenheit oder dem schuldigen Respekt vor überkommenen Ordnungen begründet wird. Da[ss] es hingegen jemand wagt, ausschließlich unter Berufung auf seine physische Überlegenheit oder die Verfügungsmöglichkeit über physische Zwangsmittel eine herausgehobene gesellschaftliche oder politische Stellung anzustreben, ist schwerlich denkbar. Die Demonstration nackter Gewalt schafft keine Autorität, sondern erzeugt eher Widerstand.“³⁰

Die erste Form des Gewaltmonopols, der Despotismus, macht sich „...auf eine neue Weise das Prinzip des Schreckens zur Grundlage der Herstellung des Friedens...“³¹. Der Zwang des Staates repräsentiert sich „...in der Gewalthaftigkeit von Soldaten, Gendarmen und Steuereintreibern...“³².

Gewalt ist von einer „Voraussetzungslosigkeit“³³ geprägt. Das heißt sie kommt in allen Gesellschaftsformen vor. Bei Niklas Luhmann ist Gewalt eine Sozialressource, die unabhängig ist und mit hohen Freiheitsgraden ausgestattet ist. Sie ist relativ einfach zu organisieren (im Gegensatz zum Beispiel zu einem Gerichtshof) und kann sich über andere komplizierte Funktionsmechanismen einfach hinwegsetzen.³⁴

Gewalt mag zwar schon mit recht einfachen Mitteln zu erzeugen sein, doch das heißt nicht, dass sie nicht auch noch viel komplexere Formen annehmen kann.

Ihre Anwendung lässt sich in zahlreiche Spektren aufsplittern.

²⁹ Wie oben; Anm. d. Verf.

³⁰ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S16 Anm. d. Verf

³¹ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe:Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S17

³² Wie oben

³³ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S17

³⁴ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S17

Rationale und irrationale Gewalt:

Rationale Gewalt ist Gewalt dann, wenn physischer Zwang dazu eingesetzt wird, um bestimmte Mittel und Ziele zu erreichen. Irrational ist sie, wenn sie nicht zielgerichtet, also rein affektiv eingesetzt wird. Beispielsweise ein schlecht gelaunter Polizist, der einen unschuldigen Passanten verprügelt.³⁵

Die meisten physischen Zwangsakte sind aber Hybride, es gibt ein „...aktiv-planendes als auch ein reaktiv-affektgeladenes Kausalelement...“³⁶. Trotzdem soll an der analytische Trennung dieser beiden festgehalten werden, da der Schwerpunkt immer auf einer auf einer der beiden Komponenten liegt.

Coser unterscheidet zwischen echten und unechten Konflikten. Bei echten Konflikten geht es jeder der beteiligten Parteien um die Durchsetzung bestimmter Forderungen und die Gewalt ist eine Reaktion darauf. Bei unechten Konflikten geht es um die Gewalt an sich und die Durchsetzung von Forderungen ist nur eine vorgeschobene Begründung.³⁷

Instrumentelle und kommunikative Gewalt:

Die instrumentelle Funktion von Gewalt ähnelt stark der schon weiter oben beschriebenen „... Eigenschaften der Gewalt als Mittel sozialer Kontrolle an.“³⁸ Gewalt ist immer dann instrumentell, wenn mit ihr ein bestimmtes Ziel verfolgt wird.

Kommunikative Gewalt hat als vorgegebenes Ziel auf bestimmte Situation hinzuweisen und die Gewalt dient der Schaffung von Aufmerksamkeit. Zum Beispiel Demonstrationen, bei denen es zu Ausschreitungen kommt.

Individuelle und kollektive Gewalt:

Individuelle Gewalt wird meist in kleineren Gruppen wie der Familie oder dem Arbeitsplatz ausgeübt. Durch das enge Zusammenleben der einzelnen Mitglieder kommt es zu einer Unterdrückung negativer Gefühle, die sich jedoch, wenn sie hervorbrechen, oft gewaltsam entladen. Individuelle Gewalt kann aber auch zwischen Personen stattfinden, die sich gerade erst wenige Minuten vor der Gewalthandlung kennen gelernt haben.³⁹

Kollektive Gewalt kann zwar auch ungeplant und relativ plötzlich ausbrechen, in der Regel geht jedoch der Gewalt eine Planung und Kontrolle durch eine Führungsgruppe voraus, die

³⁵ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S19

³⁶ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S19

³⁷ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S19

³⁸ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S22

³⁹ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S25

Stimmung macht.

Auch der Protest und der Widerstand gegen die staatliche Gewalt kann in mehrere Kategorien eingeteilt werden.

Gewalt gegen den Staat

Allgemeine Ursachen:

Der Staat kann wegen seines Bestehens auf das Gewaltmonopol „...keine Privatarmeen tolerieren, deren bloße Existenz und die Sicherheit seiner Bürger bedroht...“⁴⁰. Deshalb muss er die „...Herstellung, den Erwerb, das Führen und den Gebrauch von Waffen reglementieren.“

⁴¹ Da der lateinamerikanische Staat dazu nur sehr schwer in der Lage ist, kommt es in dieser Weltregion auch so oft zu Problemen bei der Durchsetzung der staatlichen Interessen gegenüber diverser gesellschaftlicher Gruppierungen. Vor allem die „...einfache geogra[f]ische Distanz der Residenz- und Verwaltungszentren zu den Dörfern auf dem Land, die oft kaum überwindbare Hürden für eine Verbindung aufwirft...“⁴² und die „...in ihren finanziellen, technischen, sozialen und kulturellen Ressourcen völlig ungenügend[e]...“⁴³ Verwaltung, führen zu einer Loslösung peripherer Gebiete. Peter Waldmann unterscheidet zwischen „Vorbedingungen“ und „Akzeleratoren“ politischer Erhebungen. Akzeleratoren verstärken einen bereits in Gang gekommenen Prozess. Sie wirken als Katalysatoren, indem sie ihn beschleunigen oder Hindernisse entfernen. Sie üben einen sozialpsychologischen Effekt aus. Sie offenbaren die sich gegenüberstehenden Kräfte und drängen sie dazu sich zu organisieren.⁴⁴

Vorbedingungen dagegen sind die längerfristigen und strukturellen Entwicklungen, die schließlich den Boden des Konflikts bereiten.⁴⁵

Akzeleratoren sind zahlreich und theoretisch unbegrenzt, deshalb ist es schwer eine Erklärungstheorie zu entwerfen, die sich auf Akzeleratoren stützt. Bei den Vorbedingungen ist die Anzahl begrenzt. Menschen greifen nicht willkürlich zu Gewalt, es gibt zahlreiche Hemmschwellen. „[P]olitische Gewalt [ist] ein Zeichen sozialer, ökonomischer oder politischer Krisen [...], die sich häufig in ideologischen [...] Umbrüchen reflektieren.“⁴⁶

⁴⁰ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S29; Anm. d. Verf.

⁴¹ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S42

⁴² Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe: Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S18, Anm. d. Verf.

⁴³ Wie oben

⁴⁴ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S28

⁴⁵ Vgl. wie oben

⁴⁶ Hippler, Jochen: Ursachen und Grundstrukturen politischer Gewalt; Wissenschaft & Frieden 1/2007

Weiters ist zwischen Ursachen des Verhaltens der Rebellen und den Ursachen des Verhaltens desjenigen, gegen den sich der Aufstand richtet (dem Staat/der Regierung) zu unterscheiden.⁴⁷ Einerseits lassen sich bei jedem Aufstand neben diversen Auslösern, „...stets noch eine Regierungsmüdigkeit, Uneinigkeit oder sonst wie begründete Schwäche der herrschenden Schicht hinzukommen mu[ss], damit eine gewaltsame Erhebung Aussicht auf Erfolg hat.“⁴⁸ Denn den „...staatlichen Sicherheitsorgane[n],[kommt][...], durch ihr Verhalten [eine] weit stärker[e] [Verantwortung] zum Ausbruch und zur Eskalation der gewaltsamen Ausschreitungen...“⁴⁹ zu.

Bereits vor fast 30 Jahren stellte Hans-Jürgen Puhle eine „...gleitende Skala vom ländlichen machetismo über den verfehlten oder erfolgreichen Putsch, cuartelazo, golpe, etc. bis zu den selteneren, erfolgreichen Revolutionen...“⁵⁰ für Lateinamerika auf. Gewalt ist also in lateinamerika tief verwurzelt. Jedoch gilt dies nicht für alle lateinamerikanischen Staaten. So bilden Uruguay und Costa Rica Ausnahmen, da sich hier ein Gewaltmonopol durchsetzen konnte.

Es gibt vier Hauptfaktoren gewalttätigen politischen Protestverhaltens:

Intellektuelle Faktoren:

Hierunter fallen „...eine unzulängliche politische Sozialisation, eine desintegrierende Sozialphilosophie, konfligierende soziale „Mythen“ und Leitbilder sowie das Überschwenken der Intellektuellen zu den Dissidenten.“⁵¹

Wirtschaftliche Faktoren:

Dies können zunehmende Verelendung oder auch umgekehrt Prosperität, Ungleichgewicht zwischen Güterverteilung und Gütererzeugung, aber auch wirtschaftliche Stagnation nach Phasen des Wachstums sein.⁵²

Soziale Faktoren:

Hierunter fallen eine schlechte soziale Durchlässigkeit (schlechte Bedingungen für Mitglieder

⁴⁷ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S29

⁴⁸ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S29 Anm. d. Verf.

⁴⁹ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S29 Anm. d. Verf.

⁵⁰ Kurtenbach, Sabine (2006): Strukturwandel statt Zivilisierung. In: Birke, Peter et alii (Hg.): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika; Vervuet Verlag; Frankfurt am Main S258

⁵¹ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S30

⁵² Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S30

der unteren Schicht, den sozialen Aufstieg zu schaffen), oder soziale Anomie (*Anomie* ist einer der wichtigsten Begriffe Peter Waldmanns und wird später noch erklärt).⁵³

Politische Faktoren:

Darunter fallen „...die Entfremdung der Regierenden von den Regierten, Spaltungen innerhalb der herrschenden Schicht, deren unzulängliche Leistung, ein allzu repressives oder gegen oppositionellen Gruppen zu nachgiebiges Regime.“⁵⁴

Formen der Gewalt gegen den Staat:

	Aufruhr	Staatsstreich	Guerilla	Revolution
Systemveränderung als Ziel	nein	nein	ja	ja
Hoher Organisationsgrad	nein	ja	ja	ja
Massenbeteiligung	ja	nein	nein	ja

55

Aufruhr:

Aufruhr ist eine spontane und schlecht organisierte Form der politischen Gewaltanwendung von begrenzter Reichweite. Beispielsweise Demonstrationen, die eskalieren, aber keine größere Bewegung nach sich ziehen. Auch wenn Demonstranten nicht sehr organisiert sind, so ist ein Aufruhr keine zufällige Zusammenrottung von Menschen. Es verbindet sie meist ein gemeinsames Interesse, das wirtschaftlicher Natur sein kann (spontaner Arbeiterstreik), oder aber auch die Anerkennung eines rechtlichen Status. Sie zeichnen sich durch eine Machtlosigkeit aus, da ihnen die Ressourcen fehlen, um ihre Forderungen anderweitig zu artikulieren. Ein weiterer Faktor, der Aufrühre begünstigt, ist die „...relative soziale und geografische Isolierung des aufrührerischen Bevölkerungsteils.“⁵⁶ Es wird zwischen Droh- und Kommunikationsstrategie unterschieden. Bei ersterer geht es eher um Affekte und bei letzterer darum, eine Botschaft zu vermitteln.⁵⁷

⁵³ Vgl. wie oben

⁵⁴ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S30

⁵⁵ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S37

⁵⁶ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S41

⁵⁷ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S46ff

Staatsstreich:

Der Staatsstreich, auch „coup d'état“ oder „golpe de estado“ genannt, ist im Gegensatz zum Aufruhr eine hoch organisierte und geplante Ausübung von Gewalt, die ganz bestimmte Ziele verfolgt. Staatsstrieche sind gut geplant und es zeigt sich innerhalb kürzester Zeit, ob er erfolgreich war oder gescheitert ist. Außerdem verläuft er mit relativ geringen Opfern. In den Entwicklungsländern, in denen ja die meisten Staatsstrieche durchgeführt werden, gehen sie meist vom Militär aus.⁵⁸

„[Staatsstreich] bezeichnet einen verfassungswidrigen (gewaltsamen) Umsturz, mit dem es bereits an der Macht Beteiligten (z.B. Militärs) gelingt, die gesamte Staatsgewalt zu übernehmen (Ggt.: Putsch)“⁵⁹

Laut Luttwak zerstört ein Staatsstreich die Regierung nicht von außen, sondern von innen her, indem er die Strukturen des Staatsapparates ausnutzt, um ihn zu infiltrieren und dann auszuschalten. Staatsstrieche sind ein Phänomen der Moderne. Ein Putsch geht immer von oben, also einer Opposition in der Elite aus.⁶⁰ Historisch frühe Beispiele sind Napoleon Bonaparte oder der Beginn der Russischen Revolution durch Trotzky.⁶¹

Während diese Form der Machtübernahme in Europa nach dem 2. Weltkrieg weitgehend verschwunden ist, fanden sie sich in Afrika, Asien und Lateinamerika oft wieder. Eine relativ häufige Ursache für Staatsstrieche ist die Benachteiligung der Interessen des Militärs oder einzelner mächtiger Offiziere. Besonders Länder, in denen die Bevölkerung nicht oder nur in beschränktem Maße an der Willensbildung teilnimmt, sind häufiger von Staatsstreichen betroffen. Außerdem funktionieren Staatsstrieche nur bei Ländern mit ausreichend komplexer Verwaltung, da hier die Infiltration und Lahmlegung der Regierung einfacher erfolgen kann.⁶²

Es gibt noch zwei weitere Bedingungen für das erfolgreiche Gelingen eines Staatsstreichs. Die Entscheidungszentren müssen stark zentralisiert sein, was für die Häufigkeit von Staatsstreichen in Lateinamerika spricht, da sich in dieser Region die großen Massen von Menschen auf wenige Ballungszentren konzentriert. Ist eine Gruppe in der Kontrolle dieser

⁵⁸ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S47

⁵⁹ Vgl. Schubert, Klaus et alii: Das Politlexikon. www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=E01B1C

⁶⁰ Vgl. www.lexeakt.de

⁶¹ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S48

⁶² Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S49

Zentren erfolgreich, so gilt das meist auch für den Rest des Landes.⁶³

Als zweite Bedingung gilt, dass der betreffende Staat autonom sein muss. Als Beispiel sind die fehlgeschlagenen Staatsstreiche in den Satellitenstaaten der Sowjet-Union zu nennen (Tschechoslowakei, Ungarn), die alle nicht autonome Staaten waren. Dasselbe gilt für Staaten im Einflussbereich der USA. „[I]n beiden Fällen befindet sich das politische Machtzentrum außerhalb der Reichweite der Verschwörer, nämlich in Moskau bzw. Washington.“⁶⁴

Die wichtigsten Machtgruppen, die bei einem Staatsstreich außer Gefecht gesetzt bzw. zum Überlaufen gebracht werden müssen sind Polizei, Militär, Geheimdienste und staatliche Sicherheitskräfte. Es reicht dabei meist nicht nur die höchsten Ränge zum Überlaufen zu bringen, sondern es müssen auch bis zu der Ebene Überläufer vertreten sein, auf der die Offiziere eine persönliche Beziehung zu den Untergebenen haben.⁶⁵

Weiters ist es noch wichtig die Nachricht über den Putsch erst zu verbreiten, wenn er erfolgreich war, da sich sonst einflussreiche Mitglieder des alten Regimes noch vor ihrer Verhaftung absetzen können und eine Gegenbewegung starten.⁶⁶

Als letztes wären noch zwei Punkte zu erwähnen: Erstens zeigt ein Putsch seine Charakteristika an der relativen Unblutigkeit und zweitens an der relativen Folgenlosigkeit, in Bezug auf die soziale oder wirtschaftliche Lage.⁶⁷

Guerilla:

Guerilla ist das Diminutivum des spanischen Wortes „guerra“ und bedeutet somit „kleiner Krieg“ oder „Kleinkrieg“. Das Wort kommt aus dem französisch-spanischen Krieg (1808-1814) und bezeichnet die Kampfweise der spanischen Rebellen, die nach der Aufgabe der regulären spanischen Armee, die französischen Truppen Napoleons in kleine Geplänkel verwickelte, im Gegensatz zu den sonst für diese Epoche übliche regulären Kriege.⁶⁸

⁶³ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S50

⁶⁴ Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S50 Anm. d. Verf.

⁶⁵ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S52

⁶⁶ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S53

⁶⁷ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S53

⁶⁸ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S54

Karl Marx beschreibt das Auftauchen der spanischen Guerilla-Kämpfer, als Versagen der Junta, da der Staat aufgrund schlechter Organisation und finanzieller Notlage nicht im Stande war seine Soldaten ausreichend zu disziplinieren und eine reguläre Armee zu unterhalten.⁶⁹

Weitere Beispiele aus dem 20. Jahrhundert sind die Araber unter T. E. Lawrence und Mao Tse-Tung und es könnten hier noch unzählige weitere Beispiele angeführt werden.

Wichtigste Züge der Guerilla:

Nicht Armut allein, sondern erst konfliktgeladene Beziehungen zwischen einzelnen Gruppen führen zu Kriegen. So wie zum Beispiel der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie in den lateinamerikanischen Staaten. Wo einer relativ entwickelten Metropole, eine verarmte und unterentwickelte Landbevölkerung gegenübersteht. Dies begünstigt die Entstehung einer Guerilla, da sich in dem Gefälle zwischen arm/reich und modern/rückständig ein günstiger Nährboden für die sozialrevolutionären Ideologien findet. Deshalb sind die Mitglieder einer Guerilla auch oft davon überzeugt, dass sie die Gesellschaft verändern und die Menschen retten. Dadurch unterscheiden sie sich von den zuvor genannten Typen des Staatsstreichs und des Aufbruchs, als auch vom regulären Soldaten. Es ist ihnen ein persönliches Anliegen, sie sind Idealisten. Deshalb verwundert es nicht, dass der bekannteste Guerilla-Kämpfer, Che Guevara in Kuba kämpfte, obwohl er Argentinier war.⁷⁰

Guerillafeldzüge sind in der Regel langwierig und auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Deshalb sind die Erfolgsaussichten meist höher, wenn es darum geht, eine Besatzungsmacht zu vertreiben und nicht ein autochthones Regime zu stürzen.⁷¹

Abschließend soll noch zwischen Land- und Stadtguerilla unterschieden werden. Die Landguerilla findet weite Rückzugsgebiete und weit verstreute Ziele vor, während die Stadtguerilla die Ziele relativ nah antrifft, dafür aber den Vorteil der Rückzugsgebiete stärker eingeschränkt weiß. Somit kann die Stadtguerilla theoretisch effektiver arbeiten (angreifen) und die Landguerilla kann die Kämpfe besser in die Länge ziehen, da sie über mehr Rückzugsräume verfügt.⁷²

⁶⁹ Vgl. Marx, Karl: Revolutionary Spain; www.marxists.org

⁷⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S55

⁷¹ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S57

⁷² Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S59

Revolution:

Eine Revolution ist eine schnelle Veränderung der Herrschaftsform bzw. der Herrschaftsmacht. Die alte Herrschaft wird zerstört und damit einher geht die Errichtung einer neuen. Massenbeteiligung und Gewaltanwendung gehören nicht unbedingt zur Revolution, sind aber meist Teil von ihr. Revolutionen erfolgen nicht hauptsächlich in wirtschaftlich guten oder schlechten Phasen, sondern wenn sich die Konjunktur nach einem besonders starken Wachstum wieder abflacht. Sie wird durch enttäuschte Erwartungen ausgelöst. Revolutionen werden in der Regel von Vertretern der Mittelschicht getragen und nicht, wie von der marxistischen Theorie postuliert, von den Randgruppen.⁷³

1.1.1 Entstehung

Der Katalysator für die Etablierung des Gewaltmonopols waren die Konfessionskriege des 16./17. Jhd. Das hohe Maß an Gewalt in dieser Epoche (der 30-Jährige Krieg löschte $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung des Heiligen Römischen Reiches aus) führte zu der Einsicht, dass man die vielen verschiedenen Träger der Gewalt entmachten musste und die Gewalt auf die Landesfürsten zu konzentrieren hatte. Dieser Prozess begann zuerst in Frankreich und breitete sich dann über die meisten Teile des Kontinents aus (England war in dieser Hinsicht eher ein Nachzügler).⁷⁴

Dass der Staat über das Monopol physischer Gewalt verfügt, heißt aber noch nicht, dass er es gegen seinen Bürger unbeschränkt anwenden darf. Sein Besitz und das Recht davon Gebrauch zu machen, sind zwei verschiedene Dinge. Dem Bürger wird zwar das Recht zur Gewaltanwendung entzogen und auf den Staat übertragen, dieser darf davon aber noch lange nicht es willkürlich Gebrauch machen.⁷⁵

Das Gewaltmonopol des Staates war aber nie ein richtiges Monopol, auch wenn der Name dies nahe legt. So blieben unfreie Bauern und Knechte noch lange dem Gutdünken ihrer Herren ausgeliefert und auch die Sklavenhaltung könnte man als mit dem Gewaltmonopol

⁷³ Vgl. Waldmann, Peter: Strategien politischer Gewalt; S62ff und Vgl. Schubert, Klaus et alii: Das Politlexikon. www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=2BO1DD

⁷⁴ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S22

⁷⁵ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S23

inkompatibel bezeichnen.⁷⁶

Das Gewaltmonopol brauchte natürlich eine Legitimationsbasis. Diese finden wir in der so genannten „Tauschgerechtigkeit“. Der Verzicht auf die eigene Freiheit ist nur dann legitim, wenn der Staat dafür Leben und Besitz des Bürgers schützt. Vermag er dies nicht mehr, so ist der Vertrag gebrochen und der Gewalteinsatz wird illegitim. Das Individuum verfügt wieder soweit über das Recht auf Gewaltanwendung wie er sich gegen die illegitime Staatsgewalt zur Wehr setzt oder sonstige Aggressoren abwehrt.⁷⁷

So begann das Recht das Gewaltmonopol zu beschränken. Der Staat darf die Gewalt nicht willkürlich anwenden, in den Verfassungen ist vorgeschrieben, wann und vor allem wie der Staat zu Gewalt greifen darf. Jede Gewaltanwendung seitens des Staates bedarf einer rechtlichen Grundlage, welche wiederum nicht von der ausführenden Instanz bestimmt werden darf. Dies macht eine Volksvertretung.⁷⁸

Da wie schon erwähnt erst das Monopol physischer Gewalt den Staat schafft, dort, wo es Geltung hat, hört der Staat dort auf zu existieren, wo er nicht mehr im Stande ist es durchzusetzen. Es ist also territorial, aber nicht Personen gebunden. Kaum ein vernünftiger Mensch würde behaupten, wenn sich zwei (nur Beispielhaft) Kanadier auf dem Stephansplatz blutig prügeln, ginge dies die Republik Österreich nichts an und es sei allein eine kanadische Angelegenheit.⁷⁹

1.1.1.1 Der Gewaltbegriff im öffentlichen Recht

Das öffentliche Recht regelt die Einrichtungen und die Ausübung der öffentlichen Gewalt bzw. der Staatsgewalt. Darunter fällt auch das Verhältnis zwischen Staat und Individuen und gesellschaftlichen Verbänden. Die Judikative Gewalt ist eine der drei (bzw. vier) Staatsgewalten und wurde von Montesquieu in das Konzept eingebracht, um als unabhängige

⁷⁶ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S23

⁷⁷ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S24

⁷⁸ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S25

⁷⁹ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S27

Teilgewalt, die beiden anderen zu kontrollieren.⁸⁰

Unter Gewalt versteht man hier aber zunächst die Verfügungsgewalt und nicht die direkte physische Gewalt. Diese tritt erst in Erscheinung, wenn erstere auf Widerstand stößt.⁸¹ Denn „[der] Einsatz körperlichen (physischen) Zwanges ist das absolute Vorrecht des Staates.“⁸² Auf diese Weise grenzt er sich auch „...von mittelalterlichen Herrschaftsverbänden...“⁸³ ab. Es ist falsch anzunehmen, dass das Individuum von sich aus unveräußerliche Rechte besitzt. Das Individuum besitzt Rechte nur insoweit sie ihm vom Staat garantiert werden und sie gegenüber anderen verteidigt (nach innen und nach außen).⁸⁴ Denn „[je] stärker der Staat, desto größer die Achtung vor dem Individuum.“⁸⁵

Es gibt auch den Begriff des „allgemeinen Gewaltverhältnisses“, welcher meint, dass der Staat Verfügungsgewalt über den/die Einzelne/n hat. Diese Verfügungsgewalt setzt er in Form von Gesetzen, Befehlen oder auch Verfügungen gegenüber seinen BürgernInnen um. Die öffentliche Gewalt wird dem Staat im Allgemeinen deshalb eingeräumt, weil der Bürger der Meinung ist, dass er im Gemeinwohl handelt. Dies verschafft ihm im Normalfall, die nötige Legitimität. Dieses Gemeinwohl muss dem Bürger, aber durch Gesetze und Ideologie vermittelt werden, da es nicht allgemein ersichtlich ist.

„Die öffentliche Gewalt ist geradezu dadurch charakterisiert, dass sie das Recht zur Gewaltanwendung allein für sich beansprucht, um ihre Primärfunktion, die Aufrechterhaltung innerer und äußerer Sicherheit, und im weiteren ihren Gemeinwohlaufrag erfüllen zu können.“⁸⁶ Sie geht dabei aber nicht so weit ihre Bürger all ihrer Waffen und all ihres Gewaltpotenzials zu enteignen. Sie kann nur bestimmte Waffen limitieren (Waffenschein, Verbot von bestimmten Waffentypen), aber kein vernünftiger Mensch würde vom Staat verlangen den Bürgern jeden Gegenstand, der als Waffe verwendbar wäre, zu entziehen. Nur der Staat hat das Monopol der legitimen physischen Gewalt. Für den Bürger gilt dies nur sofern der Staat es ihm in bestimmten Situationen gewährt (z.B.: Notwehr).⁸⁷

⁸⁰ Vgl. <http://www.artikel32.com/geschichte/1/das-zeitalter-der-aufklrung.php>

⁸¹ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S18

⁸² Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S31; Anm. d. Verf.

⁸³ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S32; Anm. d. Verf.

⁸⁴ Vgl. Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts S85

⁸⁵ Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts S85

⁸⁶ Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20

⁸⁷ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20

Staat und Gewaltmonopol sind siamesische Zwillinge. Das eine wäre ohne das andere nicht möglich. Ein Staat definiert sich durch das „...Monopol legitimer physischer Gewalt.“⁸⁸ Das Gewaltmonopol ist kein Merkmal der politischen Herrschaft im Allgemeinen, sondern das des Staates.⁸⁹ Es ist das Gewaltmonopol, welches den Staat von anderen Herrschaftsformen unterscheidet.

Bei der rechtlichen Legitimation der staatlichen Gewalt existiert die so genannte Tauschgerechtigkeit. Der Verzicht auf die eigene Freiheit ist nur dann legitim, wenn der Staat dafür Leben und Besitz des Bürgers schützt. Vermag er dies nicht mehr, so ist der Vertrag gebrochen und der Gewalteinsatz wird illegitim. Das Individuum verfügt wieder soweit über das Recht auf Gewaltanwendung wie er sich gegen die illegitime Staatsgewalt zur Wehr setzt oder sonstige Aggressoren abwehrt.⁹⁰ Betrachtet man die Geschichte so erkennt man bald, dass der „...Staat nicht dazu geschaffen wurde und nicht bloß die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, da[ss] das Individuum nicht in der Ausübung seiner natürlichen Rechte behindert wird...“⁹¹, sondern er bringt „...erst diese Rechte hervor, organisiert und verwirklicht sie.“⁹²

Die „...Gewalt und [der] Zwang...“⁹³, werden „...nur nach Maßgabe des Rechts und nicht nach Willkür oder Belieben oder um ihrer selbst willen angewendet...[.]“⁹⁴ Wenn man den Staat als „...eine Zwangsanstalt zur Verwirklichung des Recht...“⁹⁵ begreift, so ist dies falsch, da nicht der Zwang selbst im Vordergrund steht, sondern die Durchsetzung von allgemein anerkannten Regeln, die zum größten Teil ohne direkten Zwang befolgt werden. Nur bei Verstößen ist die „...Rechtsordnung zugleich Zwangsordnung.“⁹⁶ Die „...Reichweite des Rechts- und Justizsystems [ist jedoch begrenzt]“⁹⁷, da es so „...weit weg [ist] wie die beschränkte Verwaltung entfernt.“⁹⁸ Dadurch wird „...der Zugang zum staatlichen Gericht bzw. zur

⁸⁸ Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20

⁸⁹ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S20-21

⁹⁰ Vgl. Grimm, Dieter (2006): Das Staatliche Gewaltmonopol. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S24

⁹¹ Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts S89

⁹² Wie oben

⁹³ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S29; Anm. d. Verf.

⁹⁴ Wie oben

⁹⁵ Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol S30

⁹⁶ Wie oben

⁹⁷ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe:Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S19, Anm. d. Verf.

⁹⁸ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe:Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S19, Anm. d. Verf.

rechtsprechenden Verwaltung sehr erschwert [,]⁹⁹ wie man es an vielen Beispielen in Lateinamerika beobachten kann.

1.1.2 Das fehlende Gewaltmonopol in Lateinamerika

In den meisten Ländern der Welt existiert kein effektives Gewaltmonopol, denn „...in den meisten Ländern Lateinamerikas, Asiens oder Afrikas [ist] im Vergleich zu Europa (und auch Nordamerika) ein als effektiv zu qualifizierendes Gewaltmonopol nie erreicht [worden]...“¹⁰⁰.

Um die Mängel des Gewaltmonopols in Lateinamerika zu verstehen, ist vor allem der Einfluss Spaniens von zentraler Bedeutung. Über Spanien schreibt Hobsbawm: “The Iberian peninsula has problems but no solutions, a state of affairs, which is common or even normal in the ‘third world’, but extremely rare in Europe.”¹⁰¹

Für Hobsbawm gibt es einen fundamentalen Unterschied zwischen Staaten wie Belgien und Spanien, denn „Spain is different. Capitalism has persistently failed in that country and so has social revolution, in spite of its constant imminence and occasional eruption. The problems of Spain arise out of the failures, not the successes, of the past. Its political structure is nothing if not provisional.“¹⁰² Er geht darauf ein, dass Spanien ebenso wie seine kolonialen Kinder in Lateinamerika, seit dem 18. Jhd. keine wirklich stabile Regierung/Herrschaft mehr hatte. Es gab zwar viele verschiedene Lösungsansätze, um die Probleme zu lösen, doch alle schlugen fehl.

Spanien fand meist suboptimale Lösungen bei der Anpassung an andere Staaten. So fand nicht wie in beispielsweise England eine Intensivierung der Landwirtschaft statt, sondern sie wurde unter Beibehaltung der traditionellen Ökonomie extensiviert, das heißt, es wurden einfach größere Flächen ähnlich stark bewirtschaftet. Dies führte jedoch zu einer Verwüstung des ohnehin schon relativ trockenen Landes.¹⁰³

⁹⁹ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe: Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S19, Anm. d. Verf.

¹⁰⁰ Wimmer, Hannes: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates S355-356

¹⁰¹ Hobsbawm, E.J.: The Spanish Background. in: Revolutionaries – Contemporary Essays; S71

¹⁰² Wie oben

¹⁰³ Vgl. Hobsbawm, E.J.: The Spanish Background. In: Revolutionaries – Contemporary Essays; S73

Die spanische Industrie war nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, weshalb die Wirtschaftskreisläufe innerspanisch bzw. zwischen Spanien und seinen (Ex-)Kolonien verliefen. Wirtschaftliche Zentren entwickelten sich nur sehr schwach (Bsp.: Barcelona). Die Bauern wurden lange Zeit, von der ersten Hälfte des 19. Jhd. bis in das 20. Jhd. von einer Bündnis aus zwei der drei offiziellen Kräfte (Armee, Politiker, Krone/Diktator) beherrscht. Das Proletariat war, wegen seiner geringen Anzahl und schlechten Organisation, nie in der Lage, einen wichtigen Faktor zu bilden.¹⁰⁴

Die Geschichte Spaniens spiegelt die Geschichte Lateinamerikas wieder. Probleme des Mutterlandes wurden in die Kolonien exportiert und die schlechte Anpassung an marktwirtschaftliche Entwicklung und staatliche Organisation ebenso.

Ein weiterer Grund sind die enorme Ausdehnung vieler Staaten in Lateinamerika bzw. die großen Flächen unwegsamen Geländes, die ein Eingreifen einer Ordnungsmacht erschweren. Wenn man das Gegenbeispiel Europa betrachtet, so fällt auf, dass Länder wie Großbritannien oder die Niederlande nur eine geringe territoriale Ausdehnung bei relativ hoher Bevölkerungsdichte und zentralerer Lage der Hauptstadt haben.¹⁰⁵

Außerdem ist es die Art wie Lateinamerika die Unabhängigkeit von Spanien erlangte, nicht durch einen blutigen Krieg gegen das Mutterland, sondern durch die Besetzung der iberischen Halbinsel durch französische Truppen. Zunächst forderten die lateinamerikanischen Eliten nur mehr Mitbestimmung, doch die bourbonischen Restaurationsversuche nach den napoleonischen Kriegen führten zu dem Wunsch sich völlig vom Mutterland zu lösen.¹⁰⁶

Laut Guillermo O'Donnell stellen die Militärregime Lateinamerikas der 60er und 70er in Brasilien, Chile und Argentinien einen neuen Typus von autoritärer Herrschaft dar. Er unterscheidet sich vom populistischen und vom oligarchischen.

Unter dem oligarchischen Typ versteht man laut O'Donnell die Herrschaft einer kleinen Elite mit ähnlichen Interessen und daraus resultierend auch kaum Konflikten. Die Wirtschaft ist einfach strukturiert. Auf der einen Seite gibt es die Kleinbauern, die Subsistenzproduktion betreiben und auf der anderen Seite den Export, der sich auf Rohstoffe und Nahrungsmittel

¹⁰⁴ Vgl. Hobsbawm, E.J.: The Spanish Background. In: Revolutionaries – Contemporary Essays; S74ff

¹⁰⁵ Vgl. Wimmer, Hannes: Gewalt und Gewaltmonopol des Staates S109-110

¹⁰⁶ Vgl. Buisson-Wolff, Inge (1999): Desintegration und Staatenbildung in Hispanoamerika, 1810-1840. In: König, Hans-Joachim (Hg.): Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika; Köln: Vervuert Verlag S85

beschränkt.

Diese Phase, die zwischen 1860/70-1930 andauerte, war eine, in der die meisten lateinamerikanischen Staaten ein rasantes Wachstum vorwiesen. Dieses wurde vor allem durch Importe von Waren, aber auch der Immigration von Menschen aus Europa und den USA (Bürgerkrieg) beschleunigt. Dadurch entwickelte sich eine starke wirtschaftliche Verflechtung Lateinamerikas mit diesen beiden Wirtschaftsräumen, wobei sich die lateinamerikanischen Staaten hauptsächlich auf die Nachfrage im Ausland konzentrierten und ihre Wirtschaft dementsprechend ausrichteten. Mit den Investitionen, die nach Lateinamerika flossen, konnten die Staaten ihre Infrastruktur ausbauen. Diese Entwicklung ging mit der Durchsetzung der Liberalen und den mit ihnen verbündeten Oligarchen gegen die Klerikalen in den meisten Ländern einher. Diese neuen Geldquellen gaben dem Staat eine Zeit lang die Macht, lokale Caudillos zurück zu drängen. Durch die Einkünfte aus den Exporten konnten sich die Regierungen zeitweise eine bessere Position im Machtgefüge sichern. Im Zuge dieser Entwicklung kam es auch zu einer Säkularisierung sowohl innerhalb des Staates, als auch in der Gesellschaft. Um das Umfeld für Investoren zu verbessern, wurde auch die Rechtssicherheit verbessert, auch wenn dies nicht in allen Bereichen des Rechts ähnlich gut geschah und vielfach nur auf formeller Basis, aber mit mangelnder praktischer Umsetzung, wie ich in späteren Kapiteln noch weiter ausführen werde.

Dieses System wurde bis zur Weltwirtschaftskrise betrieben, als mit einem Mal die Export- und vor allem auch die Importmärkte wegbrachen und sich die Ökonomien auf neue Strategien verlassen mussten (es gab aber auch schon zuvor in den Jahren 1918/1919 Spekulationskrisen).¹⁰⁷

Aus dieser Krise heraus entstand die ISI (Import substituierende Industrialisierung), welches auch als das populistische System gilt. Die weggebrochenen Importe, und auch Exportmärkte sollten durch eine Steigerung der Eigenproduktion kompensiert werden, um nicht mehr so abhängig von den Entwicklungen in Europa und den USA zu sein. Zuerst nur als eine Notfallmaßnahme gedacht, weitete der Staat seinen Einfluss in die Wirtschaft immer weiter aus. Diese Wirtschaftspolitik betraf aber nicht alle lateinamerikanischen Länder, aber die wichtigsten (Chile, Brasilien, Argentinien und Mexiko). Mit dieser Entwicklung einher gingen auch der Ausbau des Sozialstaats in diesen Ländern und damit auch eine Steigerung des Lebensstandards (Ausbau des Pensionssystems, Gesundheitssystem und die Errichtung von

¹⁰⁷ Vgl. Boris, Dieter (2007): Staaten in der Peripherie. In: Becker; Hans-Joachim et alii (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Wien. S248ff

Gemeindebauten). Die Konjunktur der 1940er und 1950er Jahre führte zu einem weiteren Aufschwung, der wieder vom Außenhandel, aber auch flankierend vom Ausbau des staatlichen Sektors in der Wirtschaft mitgetragen wurde. Doch schon gegen Ende der 1950er und in den 1960er Jahren verschlechterte sich die Situation wieder, da lateinamerikanische Produkte auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren konnten und gewisse Importe nach wie vor nicht durch Eigenproduktion kompensiert werden konnten. Dies führte zu Haushaltsdefiziten und schließlich zu Verschuldungskrise der 80er.¹⁰⁸

Als Reaktion auf die Grenzen der ISI und der damit verbundenen Inflationsspirale sollte eine Umstellung auf die Produktion von maschinenlastiger Arbeit, die Produktionssteigerungen versprechen. Dies war in Lateinamerika aber nicht möglich, da es an Großkonzernen fehlte, die das nötige Kapital und Knowhow für derartige Technologie besitzen. Lateinamerika war nicht attraktiv für Großkonzerne, da die Regierungen keine Stabilität gewährleisten konnten und ständig zwischen Populismus und Konservatismus wechselten. Die ständigen Streiks und Demonstrationen taten ihr Übriges. Die Unruhen zogen Interventionen des Militärs nach sich.

Oft wird die große Rolle des Auslandskapitals in der Wirtschaftsentwicklung der lateinamerikanischen Staaten als unterscheidender Faktor zu erfolgreichen Beispielen nachholender Entwicklung wie zum Beispiel Südkorea, Japan und Deutschland gesehen. Weiters spielt, wie noch in späteren Kapiteln erwähnt, die starke Rolle des Präsidenten nach amerikanischem Vorbild eine wichtige Rolle. Die große Machtkonzentration auf eine Person und die fehlende Kontrolle durch ein Parlament, da der Präsident in den meisten Fällen relativ unabhängig vom Parlament regieren kann (wobei das Parlament oft zu einer de facto vom Präsidenten selbst beschickten Institution wird!), verführt viele Staatsoberhäupter zu quasi diktatorischer Politik (Bsp.: Allende in Chile). Meist verfügen sie keine Mehrheit im Parlament, was diese zu korrupten Praktiken greifen lässt.¹⁰⁹

Die starke Rolle des Militärs als vermeintlicher Hüter der Ordnung trägt nicht gerade zur Herausbildung einer modernen pluralistischen Demokratie bei, das sich der Wahlsieger immer auch der Zustimmung des Militärs sicher sein muss, damit ein Ergebnis auch wirklich gilt.

¹⁰⁸ Vgl. Boris, Dieter (2007): Staaten in der Peripherie. In: Becker, Hans-Joachim et alii (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Wien. S248ff u. Wimmer, Hannes: Modernisierung politischer Systeme S173ff

¹⁰⁹ Wimmer, Hannes: Modernisierung politischer Systeme S177ff

1.1.2.1 Nachahmung mit begrenztem Erfolg

Lateinamerika ist ein Sonderfall in der europäischen Kolonialgeschichte, gab es doch keinen anderen Teil der Welt, der solange unter dem Einfluss der europäischen Großmächte, vor allem Portugal und Spanien, stand.

Deshalb erstaunt es auch nicht, dass man sich in den lateinamerikanischen Staaten nach der Unabhängigkeit am europäischen Staatsmodell (wenn auch nicht sehr erfolgreich) orientierte. Die Staaten sind erst durch die europäische Kultur entstanden, da die alten Kulturen entweder absorbiert, marginalisiert oder schlicht ausgerottet wurden. Trotz dieser scheinbaren Durchdringung mit europäischen Strukturen und Gesetzen, hielt sich auch noch etwas anderes, etwas Unmodernes. Während der neue Staat sich anschickte, seine Macht auszudehnen, blieb etwas altes, Vormodernes bis zum heutigen Tag erhalten. Klientelismus und Partikularismus sind bis heute Bestandteil der politischen Systeme Lateinamerikas.¹¹⁰ Waldmann spricht von den zwei Verfassungen.

Bei vielen Entwicklungen war Lateinamerika ein Vorreiter. So war es die erste Weltregion, die von den Europäern kolonisiert wurde. Kein anderer Kontinent stand so lange unter der Kontrolle europäischer Großmächte wie Lateinamerika. Lateinamerika ist auch die erste Weltregion, die die Dekolonisierung erlebte. Auch Demokratisierung und Marktöffnung waren erst seit den 1990ern ein globales Phänomen, fanden in Lateinamerika aber schon seit den 1980ern statt.¹¹¹

Lange Zeit wurde der lateinamerikanische Staat als ein starker Staat angesehen, die große Rolle des Militärs, der Autoritarismus, die starke Rolle der katholischen Kirche etc. Die vielen Gesetze und Regulierungen ließen den Beobachter meinen, dass ein Staat, der seinen Bürgern derartig viele Reglementierungen auferlegt, wohl auch mit einer großen Machtfülle ausgestattet sein müsste, doch das Gegenteil war der Fall. Ja es stimmte, dass es viele Reglementierungen gab, doch diese standen oft nur auf dem Papier und der Staat sah sich nicht im Stande, diese auch tatsächlich umzusetzen.¹¹² Durch das Fehlen eines großen

¹¹⁰ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München: Oldenburg Verlag S53

¹¹¹ Vgl. Kurtenbach, Sabine (2006): Strukturwandel statt Zivilisierung. In: Birke, Peter et alii (Hg.): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika; Vervuet Verlag: Frankfurt am Main S259

¹¹² Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?.

Kriege und da in Lateinamerika die Reformation niemals statt gefunden hatte, konnte eine „...ständestaatlich-autoritäre Kultur ausgebildet...“.¹¹³

Partielle Ausnahmen sind nur Chile, Kuba und Mexiko. Diese Staaten konnten zwar ihre Souveränität nach außen, das heißt gegenüber anderen Staaten sichern, doch mit der inneren Befriedung sieht es anders aus. In dieser Hinsicht erfüllen sie keine der drei Kriterien für Souveränität nach Jelinek: Sie verfügen über kein Staatsvolk, ihr Territorium ist nicht geschlossen und das Monopol der legitimen physischen Gewalt, auf das schon in den oberen Kapiteln eingegangen wurde, ist weit davon entfernt, sich im ganzen Staat Geltung zu verschaffen. Es ist eher im Rückzug begriffen.¹¹⁴

Die eingeschränkte Souveränität kann einerseits auf die unterschiedliche Durchdringung der Bevölkerung durch Verwaltung und Gerichte (speziell in Gebieten mit hohem Anteil indigener Bevölkerung), oder die Bedeutung anderer, klientelistischer Rechtssysteme, die als Parallelstrukturen existieren, zurückgeführt werden.¹¹⁵

Dies ist keine neue Entwicklung, sondern eine Fortsetzung aus der Kolonialzeit. So kümmerte sich die spanische Kolonialverwaltung hauptsächlich um die großen Städte und schenkte der Sicherung der Herrschaft im Hinterland meist wenig Beachtung. In den schwerer zugänglichen Gebieten Neuspaniens herrschte nicht die Krone, sondern das Faustrecht, das von Gruppierungen ausgeführt wurde, die mit der Kolonialverwaltung wenig am Hut hatten. Diese Gruppen waren sehr heterogen, so gab es mächtige Großgrundbesitzer, Viehbarone, Räuberbanden, oder schlichtweg Indiokommunen, die isoliert lebten.¹¹⁶ Durch die schiere Größe des Landes war dies fast unmöglich.¹¹⁷

Das mag nicht verwundern, gab es doch auch in Europa ähnliche Zeiten, doch während die Modernisierung in Europa dazu führte, dass die Bedeutung dieser Gruppen abnahm und sie schließlich ganz verschwanden, hatte sie in Lateinamerika den gegenteiligen Effekt. In

München:Oldenburg Verlag S55

¹¹³ Keilmann, Annette (2006): Grenzen polizeilicher Zugriffsgewalt. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S79

¹¹⁴ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München:Oldenburg Verlag S55

¹¹⁵ Vgl. wie oben

¹¹⁶ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München:Oldenburg Verlag S55 und Vgl. Girouard, Julia C. (1999): Caudillismo. In: Werner, Michael (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias. Frankfurt/New York S227-229

¹¹⁷ Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S68

Europa wurden sie immer weiter an den Rand gedrängt, bis sie schließlich, bis auf kleine Reste (z.B.: Mafia), verschwanden, doch in Lateinamerika rückten sie immer mehr ins Zentrum, sogar in die Großstädte (z.B.: Ciudad de Juarez). Dort existieren nun Viertel, die von der Polizei gemieden werden, die nach unserer Definition „entstaatlicht“ werden (z.B.: die *favelas* von Rio de Janeiro). Die Gruppen, die hier agieren, kümmern sich wenig um die Autorität des Staates. Sie errichten ihren eigenen Herrschaftsbereich. Die Ausformungen reichen von reiner Willkür bis zu einem eigenen „Gesetzeswerk“, bestehend aus brutalen, archaisch anmutenden Strafen.¹¹⁸

Ein weiterer für europäische Verhältnisse absurd anmutendes Beispiel für schwache Durchdringung der staatlichen Rechtsdurchsetzung sind die Gefängnisse. Die Insassen organisieren ihr Zusammenleben weitgehend selbst. Der Staat sorgt nur für die Sicherung der Außengrenzen. Die Sicherheitskräfte mischen sich soweit es geht nicht in die inneren Angelegenheiten ein.¹¹⁹

Waldmann verwendet für diese dem Staat entzogenen, aber doch nicht unabhängigen Gebiete, den Ausdruck „...im Schatten des Leviathans.“¹²⁰ Der Staat ist so zu sagen müde. Wenn er es darauf anlegen würde, könnte er diese Räume auflösen, doch müsste er dafür zu viele Ressourcen aufwenden und belässt es deshalb bei Aktionen in Krisensituationen. Deshalb kennzeichnet die lateinamerikanischen Staaten eine Vollzugsschwäche. Schon seit der Kolonialzeit machte der Staat immer wieder Zugeständnisse an Schlüsselgruppen (lokale Machthaber, Milizen, etc.), die sich weigern, sich den neuen Gesetzen zu beugen und am Ende ist es der Staat selbst, der sich an diese Machtgruppen anpasst und nicht umgekehrt.¹²¹

Am Beispiel der Verwaltung sieht man das sehr gut. Der lateinamerikanische Beamte ist Max Webers Albtraum. Er mutet eher vormodern an. So ist es für ihn selbstverständlich, dass er sich aus dem Amt bedient und Vorteile für Verwandte und Freunde zu generieren. Deshalb

¹¹⁸ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?.

München:Oldenburg Verlag S56 und Vgl. Girouard, Julia C. (1999): Caudillismo. In: Werner, Michael (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias. Frankfurt/New York, S227-229

¹¹⁹ Vgl. wie oben

¹²⁰ Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?.

München:Oldenburg Verlag S56

¹²¹ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?.

München:Oldenburg Verlag S57

sind die Verwaltung und Gerichte in dieser Weltregion relativ korruptionsanfällig.¹²²

Der Staat wird von seinen Bürgern im Allgemeinen als korrupt angesehen. Es gibt keine Gleichheit und Unterwerfung der Bürger vor dem Gesetz, sondern viele Abstufungen von Gehorsam.

Das heißt aber nicht, dass es sich um keinen Staat mehr handelt, so verfügen die Lateinamerikanischen Staaten immer noch über eine Ressourcenbasis und auch wenn viele Gesetze gebrochen werden, nehmen die Bürger zur Kenntnis, dass es sie gibt.¹²³

Fehlendes staatliches Gewaltmonopol und Disziplinierungsversäumnisse

Die Lateinamerikanischen Staaten konnten ihren Bürgern das Gewaltmonopol nie erfolgreich aufzwingen (genauso wie ihr großer Nachbar im Norden). Natürlich gibt es zwischen den einzelnen Ländern Abstufungen, doch im Allgemeinen gilt die Auffassung, dass man sich im Notfall selbst helfen muss.

Der Staat konnte seine Bürger einerseits nie dazu bewegen, auf Selbsthilfe zu verzichten und andererseits war die innere Struktur der Staaten derart schwach, dass Putsche immer wieder die Geschichte prägten. Das heißt jedoch nicht, dass der Subkontinent über eine überaus blutige Geschichte verfügte (abgesehen von der Sklaverei), denn tatsächlich ging die Vielzahl an Revolutionen meist relativ unblutig über die Bühne. Das Besondere ist nur die Allgegenwärtigkeit von Gewalt, nicht ihr Ausmaß.¹²⁴ „...[D]ie Notwehr, die Selbsthilfe und andere private Zwangsbefugnisse [sind] nicht schlechthin [...] verfassungswidrig.“¹²⁵ Es geht nur darum, dass „...der Staat (bloß) die -verfassungsrechtlich mehr oder weniger streng gebundene- Entscheidung über die Zulässigkeit dieser Privatgewalt...“¹²⁶ reserviert.

Dies liegt vor allem an der „...Ferne der Zentralinstanz, die die „Korruption“, die Berücksichtigung der unmittelbaren ökonomischen und sozialen Interessen der Mitglieder

¹²² Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München:Oldenburg Verlag S57

¹²³ Vgl. wie oben

¹²⁴ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München:Oldenburg Verlag S60

¹²⁵ Kneihs, Benjamin: Privater Befehl und Zwang, S 56

¹²⁶ Wie oben

des politischen zentralen Systems und ihrer „Klientel“ erzeugt.“¹²⁷ Wegen der großen Distanz kann die Gesellschaft gar nicht anders als die „...vielfältigen Formen der Autonomie und Selbstregulierung [zu erlauben], indem sie z. B. In der intermediären Institution der Häuptlinge ebenso verbunden wie abgeschirmt von der Zentralinstanz ist.“¹²⁸

Der Unterschied zwischen Europa und Lateinamerika in Bezug auf Staatlichkeit lässt sich anhand der Geschichte verdeutlichen. Die europäischen Staaten standen unter einem ständigen Druck ihre Herrschaftssysteme zu reformieren, um mit den Konkurrenten mithalten zu können. Ständige Steigerungen in der Effizienz der Ressourcengenerierung kennzeichnete die europäische Geschichte. Die Großmächte standen in einem „Wettrüsten“ der Staatssysteme, da Krieg jederzeit möglich und vor allem, was die Geschichte Europas zeigt, auch wahrscheinlich war. In den weitläufigen dünn besiedelten Regionen Lateinamerikas war dies nicht der Fall. Außerdem nahm der Staat in Europa auch nachdem die absolutistische Herrschaft von der demokratischen abgelöst worden war, an Machtfülle zu. Durch den Absolutismus in Europa wurde außerdem die Macht des Militärs auf den Souverän konzentriert.¹²⁹ In Mexiko zum Beispiel, wie auch in den meisten anderen Lateinamerikanischen Staaten, gibt es drei verschiedene Arten von Eliten. Erstens die Nachkommen der Caudillos und Subjefes aus der Revolutionszeit, die zum Großbürgertum im Landwirtschafts-, Handels- und Bankensektor wurden. Zweitens alte privatwirtschaftliche Interessensgruppen und drittens eine technokratische Führungsschicht im Umkreis des Staatsapparates.¹³⁰

Durch den Kriegsdruck verschafften sich die Herrscher in Europa eine Legitimation, den Untertanen regelmäßige Steuerleistungen abzuverlangen. Außerdem spiegelt sich im europäischen Regentenbild ein Idealismus, der Vorbildgedanke wieder, den man in Lateinamerika vergeblich sucht.¹³¹

Auch in den Kolonien der anderen Großmächte verhielt man sich nicht nach den Regeln des Mutterlandes. Es wurde auf besondere Bedingungen hingewiesen, die besondere Maßnahmen

¹²⁷ Von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe: Über Politik, Recht und Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S21

¹²⁸ Wie oben

¹²⁹ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München: Oldenburg Verlag S61-62

¹³⁰ Vgl. Mols, M. (1982): Mexiko. In: Waldmann, Peter (Hg.): Politisches Lexikon Lateinamerika. München S217

¹³¹ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München: Oldenburg Verlag S62

erforderten. Auch wenn die spanische Krone die Ausbeutung der Indios kritisierte, zeigte sie relativ wenig Sanktionsmacht und beließ es bei Belehrungen. Als sie dann schließlich in der 2. Hälfte des 18. Jhd. Versuchte, mittels einer Verwaltungsreform die Steuerbasis zu verbessern, sagten sich die Kolonien los. Es folgten jahrzehntelange Machtkämpfe zwischen kleineren Herrschaftsgruppen und als sich endlich ein Staat konsolidierte, war der Abstand zu Europa schon zu groß um ihn noch einzuholen.¹³²

Zusammenfassend lassen sich vier Gründe für das Scheitern eines Exports europäischer Staatlichkeit nach Lateinamerika aufzählen: Die Absenz außenpolitischer Konflikte, die starke wirtschaftliche Unterentwicklung, die noch immer starken sozialen Hierarchien und nicht zu vergessen, dass diese Staaten revolutionär gegründet wurden.

Das Aushandeln des Gehorsams

Der Staat wurde in Lateinamerika nicht als selbstständiges System gegründet, sondern als Forum, über das sich die verschiedenen Herrschaftsgruppen verständigen konnten. Kompromisse zwischen den Trägern der Staatlichkeit und aufständischen Gruppen wurden ausgehandelt. Gehorsam war Verhandlungssache und nicht automatische Pflicht.¹³³ Der Lateinamerikanische Staat musste auf die Erpressung seiner Untertanen, wie dies sein europäischer Zwilling machte, verzichten. Vielmehr wurde er selbst erpresst, wie man am schon beschriebenen Beispiel der Bürokratie sieht. Die lateinamerikanischen Staaten bleiben einerseits aus Tradition (der jahrhundertelange Einfluss europäischer Vorbilder) und andererseits, wegen der Eliten, die durch das duale System (Gesetzesnormen und konkurrierende informelle Normen) ihre Macht erweitern können, erhalten.¹³⁴ Vor allem durch sein Unvermögen die lokalen Eliten zu entmachten und seinen Gesetzen zu unterwerfen, worauf ich in späteren kapiteln noch näher eingehen werde, ist es ihm nicht möglich das Gewaltmonopol effektiv durchzusetzen.¹³⁵

¹³² Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München:Oldenburg Verlag S63-64

¹³³ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München:Oldenburg Verlag S65-66

¹³⁴ Vgl. Waldmann, Peter (1999): Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München:Oldenburg Verlag S66-67

¹³⁵ Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S82

Misstrauen vor der Staatlichkeit und Angst vor ihren Organen, sowie deren Instabilität kennzeichnen Lateinamerika bis heute.

Gründe für die fehlende Durchsetzung des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika im Vergleich mit den USA

Wie schon erwähnt standen Süd- und Mittelamerika länger als irgendein anderer Teil außerhalb Europas unter der Herrschaft europäischer Mächte (hauptsächlich Portugal und Spanien). Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich lateinamerikanische Intellektuelle und Politiker an Europa orientierten und versuchten, die Ordnung in ihren Staaten nach den europäischen zu auszurichten, speziell dem angelsächsischen, welches in keinem Zusammenhang mit der historischen Realität in Lateinamerika stand und deshalb zum Scheitern verurteilt war.¹³⁶ So versuchten sie, europäische Prinzipien wie Nationalismus, Demokratie, Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit und den Wohlfahrtsstaat, auch in Lateinamerika zu implementieren.¹³⁷ Mexiko zum Beispiel hatte mit seiner 1917 in Kraft getretenen und noch heute gültigen Verfassungen, eine der weltweit modernsten. So beinhaltete sie einen Sozialstaat und seit 1930 haben sich alle Präsidenten, was die Legislaturperiode betrifft an sie gehalten.¹³⁸ Doch bei genauerer Betrachtung ergeben sich einige Ungereimtheiten. So gewann zwischen 1920 und 1982 jeder Präsident seine Wahl mit mehr als 70% der Stimmen, sieben sogar mit mehr als 90%. Ebenso wurden Gesetzesvorlagen nie mit weniger als 74% angenommen.¹³⁹

Neben diesem Versuch, das europäische Vorbild nachzuahmen, gibt es aber auch noch eine andere, eine antagonistische Seite. So existiert wie bereits erwähnt noch eine Parallelordnung, die nicht auf abstrakten, sondern auf persönlichen Beziehungen aufbaut. Die USA sind ein Gegenbeispiel, hier gelang es dem Staat sich gegenüber seinen Bürgern durchzusetzen, auch wenn das Gewaltmonopol nicht vollständig implementiert werden konnte.

Während die lateinamerikanischen Staaten im 19. Jhd. durch Bürgerkriege zerrüttet wurden, stiegen die USA zu einer neuen Großmacht auf. Die Frage, die sich natürlich gleich zu Beginn

¹³⁶ Vgl. Garzon Valdes, Ernesto (1994) : Verfassung und Stabilität in Lateinamerika. In: Borsdorf, Axel (Hg.): Lateinamerika – Krise ohne Ende?; USA S50-51

¹³⁷ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S23

¹³⁸ Vgl. Garzon Valdes, Ernesto (1994) : Verfassung und Stabilität in Lateinamerika. In: Borsdorf, Axel (Hg.): Lateinamerika – Krise ohne Ende?; USA S47

¹³⁹ Vgl. wie oben

stellt, ist die: Ist es überhaupt zulässig eine ganze Region mit einem Land zu vergleichen? So hat man auf der einen Seite nur eine einzige Verfassung und auf der anderen Seite gabe es in den verschiedenen lateinamerikanischen Staaten jeweils mehrere dutzend neue Verfassungen im Laufe der Geschichte. Zunächst versuche ich, die Ähnlichkeiten und Unterschiede der Ausgangslage darzulegen.¹⁴⁰

In beiden Fällen machte man das Mutterland für die Sezession verantwortlich. So wollte man offiziell ja noch bei der Kolonialherrschaft verbleiben, doch seien die starke Kontrolle und die steuerlichen Lasten nicht mehr zu ertragen. Doch hatte der Norden vor der Abnabelung schon eine längere Geschichte an Widerstandsaktionen hinter sich, während der Süden durch die napoleonischen Kriege in Europa in die Unabhängigkeit gestoßen wurde. Natürlich gab es Spannungen, doch erreichten sie nie den Grad, des organisierten offenen Widerstands gegen die spanische Krone. Die kreolische Oberschicht setzte sich nur widerwillig an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegungen. Die Unabhängigkeit erfolgte aus einer Schwäche Spaniens heraus. Die Rückkehr zu einer monarchistischen Regierung unter der spanischen Krone, war durch die republikanischen Ideen der Revolutionen nicht mehr möglich.

Außerdem war die demografische Schichtung der Bevölkerung eine komplett andere, als in Nordamerika. So gab es in Lateinamerika eine Elite, die aus Weißen und Kreolen bestand, die die nicht weiße Mehrheit der Bevölkerung ausbeutete. Dies war für Nordamerika nur im Süden der Fall. Die Oberschicht lebte in der Angst, dass jede Lockerung der Herrschaft eine soziale Revolte zur Folge hätte. Ein weiteres Problem war die fehlende Vernetzung der sowohl zwischen den Vizekönigreichen, als auch innerhalb dieser, also zwischen Stadt und Land. Die materiellen Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie waren auch stärker als in Nordamerika.¹⁴¹

Durch die kleine Ausdehnung und die Gefahr durch das mächtige englische Mutterland sahen sich die englischen Kolonien auch eher gezwungen, zu einem gemeinsamen Staat zu finden, der Schutz vor Aggressoren von außen bot.¹⁴² In Lateinamerika waren die Prämissen genau umgekehrt, die spanische Kolonialmacht war machtlos und die Ausdehnung der Kolonien gewaltig.¹⁴³

¹⁴⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S42

¹⁴¹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S42-43

¹⁴² Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S44-45

¹⁴³ Vgl. Buisson-Wolff, Inge (1999): Desintegration und Staatenbildung in Hispanoamerika, 1810-1840. In: König, Hans-Joachim (Hg.): Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika; Köln: Vervuet Verlag S85-87

Die Beziehung zum Mutterland war zwiespältig. Einerseits wollte man sich so stark wie möglich von ihm distanzieren, und diese Haltung sollte auch im Staatsmodell ihren Ausdruck finden, da man das Mutterland als Wurzel der Probleme sah, und dieses als Ursache der Staatsgründung herangezogen wurde. Andererseits musste man Teile der kolonialen Institutionen beibehalten, man konnte ja nicht das Rad neu erfinden. Diese Dialektik war neben den europäischen Ideen und den Kriegen einer der großen Einflussfaktoren für die Ausformung der Verfassung.¹⁴⁴

In den USA sah man den britischen Staat, der der effizienteste der damaligen Zeit war, als rückschrittlich in Bezug auf die Freiheit des Einzelnen an. So schränkte man die Staatsgewalt durch ein System der *checks and balances* ein. Zu diesem zählten begrenzte Befugnisse des Bunds gegenüber den Einzelstaaten, der Verzicht auf ein stehendes Heer und die Bedeutung des Volks und der öffentlichen Meinung. Doch der Gesetzgebungsprozess hielt sich streng an die von Großbritannien eingeführten Verfahrensregeln. Zu diesen zählen: wichtige Gesetze werden schriftlich fixiert, politische Versammlungen, Entsendung politischer Vertreter in Gremien, Mehrheitsprinzip, kein gewaltsames Vorgehen gegen die Opposition. Dadurch kam es zu keiner radikalen Abwendung von den alten Prinzipien.¹⁴⁵

In Lateinamerika stellte diese Umformung sich als um einiges schwieriger dar, da die Staaten wie erwähnt mehr oder weniger gezwungenermaßen die Demokratie einführten. Es gab außerdem mehrere Aussichten, wie die Verfassung gestaltet werden könnte. So hatten auch liberale Gedanken aus dem Mutterland Einfluss auf die Verfassungen, zu erwähnen sind hier die *Junta* von Sevilla und die *Cortes* von Cadiz, deren liberale Ideen einige lateinamerikanische Verfassungen beeinflussten. Doch auch in Lateinamerika wurde gleich wie in den USA nach dem Motto agiert: „Alles, was aus dem Mutterland kommt ist schlecht.“ Und so wendete man sich bewusst von der autoritären spanischen Kolonialherrschaft ab. So schaffte man neben der Einführung der Gewaltenteilung und der Volkssouveränität den Sklavenhandel ab und verankerte das Prinzip der freien Geburt. Daneben wurden noch die Sonderrechte des Klerus, des Adels und der Erstgeborenen abgeschafft. Des Weiteren wurden die Meinungsfreiheit, der Schutz des Privateigentums, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und das allgemeine oder besitzgebundene Wahlrecht garantiert. Die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz fand aber wenig Zuspruch durch die kreolische Mittel- und

¹⁴⁴ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S45

¹⁴⁵ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S46

Oberschicht und wurde deshalb nie effektiv durchgesetzt.¹⁴⁶ Ein Umstand, der sich auch heute noch feststellen lässt und eines der größten Probleme in den Staaten dieser Region ist. So wurden die Prinzipien entweder nur halbherzig oder gar nicht umgesetzt, aber auch sehr oft geändert, was man an den schon erwähnten häufigen neuen Verfassungen sieht. Dies ist auf einen Mangel an Selbstverwaltung zurückzuführen, da die Kreolen zuvor im 18.Jhd von den Bourbonen aus den wichtigen Positionen verdrängt worden waren. Nur in den Städten gab es die Möglichkeit, die Vertretungsorgane zu wählen. Deshalb gingen die Antikolonialen Bestrebungen auch von den Stadtversammlungen und –räten aus.¹⁴⁷

Dies ist auch der größte Unterschied zwischen den USA und Lateinamerika. Die antikolonialen Bewegungen in den USA strebten zwar auch eine Neuordnung der Verfassungsprinzipien an, aber hielten sich, um Konflikte zu vermeiden, an die schon während der Kolonialzeit erprobten Regeln der Mehrheitsbildung. Dies war ein weit leichteres Unterfangen, als in Lateinamerika, wo man nicht einmal die Zeit hatte, um diese neuen Regeln zu testen. Das heißt zwar nicht, dass die USA ganz ohne Kriege auskam, doch war der Sezessionskrieg die einzige wirklich gefährliche Auseinandersetzung der USA seit dem Unabhängigkeitskrieg. Das heißt nicht, dass die Verfassungstexte in Lateinamerika mangelhafter waren, doch fehlte es an dem Willen, die Gesetze auch tatsächlich zu vollziehen.

Die Rolle der Verfassung als Identität stiftendes Moment

Die Verfassungsfindung kann ein langwieriger Prozess sein, wie Lateinamerika am Beispiel Boliviens mit insgesamt 14 Verfassungen zeigt. Die USA fanden im Gegensatz dazu relativ schnell zu einer verfassungsrechtlichen Ordnung, denn die einzelnen Etappen erstrecken sich über einen relativ kurzen Zeitraum: begonnen mit der Unabhängigkeitserklärung 1776, über Konvention von Philadelphia und der Ratifizierung durch die Bundesstaaten bis zum ersten Amendment 1791, war der Gründungsprozess innerhalb von 15 Jahren abgeschlossen. Innerstaatliche Probleme sollten sich erst rund 80 Jahre später mit dem US-amerikanischen Bürgerkrieg zeigen.¹⁴⁸

Die Bestrebungen in Lateinamerika und den USA waren gar nicht so unähnlich. In beiden Fällen gab es zuerst Bestrebungen sich so stark wie möglich vom Mutterland zu

¹⁴⁶ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S47

¹⁴⁷ Vgl. wie oben

¹⁴⁸ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S50

differenzieren, aber während in den USA eine von A. Hamilton bestrebte Konsolidierung des Staates betrieben wurde, der nach innen sowie nach außen seine Souveränität wahren konnte, stürzte Lateinamerika in blutige Bürgerkriege (eine Ausnahme hiervon bildet, wie schon erwähnt Chile, das sich relativ schnell konsolidierte). Die Gründe für die Konflikte waren zahlreich, so ging es um Rechte, Besitzansprüche, die Frage des Staatsaufbaus, oder um wirtschaftliche Fragen wie Freihandel oder Schutzzölle (dieses Problem verzögerte sich in den USA bis zum Bürgerkrieg), aber auch persönliche Rivalitäten wuchsen sich zu Kriegen aus.¹⁴⁹

Die Konflikte entfalteten sich zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Während die Städte an den alten Grenzen der Vizekönigreiche festhielten, versuchten lokale Führer am Land, den jungen Staaten periphere Gebiete abgespenstig zu machen und ihre eigene Herrschaft zu errichten, wobei sie auf ihr militärisches Geschick zählen konnten. Diese Phase ging in die Geschichte Lateinamerikas als Caudillismus ein. Bis Mitte des 19. Jhd. leisteten die Caudillos Widerstand, erst danach fand der Gedanke an größere Verwaltungseinheiten wieder an Attraktivität, was vor allem auf die exportorientierte Wirtschaft Lateinamerikas zurückzuführen ist.¹⁵⁰ Oft ging ein Caudillo selbst als Betreiber dieser Entwicklung hervor, natürlich erst nachdem er all seine Konkurrenten ausgeschalten hatte.

Auch in Nordamerika gab es nicht reguläre Armeen und lokale Milizführer, doch im Unterschied zu Lateinamerika, stellte keiner dieser Freischärler den Führungsanspruch der regulären Armee unter George Washington in Frage. Nach dem Ende des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges gab es vorerst keine großen Rebellionen mehr und brisante Fragen wurden vertagt (wie zum Beispiel die Sklaverei). Eine kluge Entscheidung wie sich im Vergleich mit Lateinamerika zeigen sollte, denn die Bürgerkriege im Süden zerstörten die Institutionen und erstickten erst in den 1850-ern. Außerdem sollte nicht vergessen werden, dass die langen Kriege Lateinamerika ausgeblutet und wirtschaftlich ruiniert zurückließen. Zudem hatte das Militär durch die kriegsreiche Geschichte eine viel zu große Rolle gewonnen und übte großen Einfluss auf die Politik der Länder aus. Die Epoche zwischen der Unabhängigkeit und der Konsolidierung ist meist eine wenig beachtete Zeit in der Geschichtsschreibung der südamerikanischen Staaten. Dieser Prozess steht in krassem Gegensatz zu den USA, wo die Verfassung den Abschluss des erfolgreichen

¹⁴⁹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S51

¹⁵⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S52

Unabhängigkeitskampfes darstellte.¹⁵¹

Die Funktion der Verfassung

Die lateinamerikanischen Staaten standen nach dem Ende des spanischen Kolonialreiches vor einem Dilemma. Eine Rückkehr zum wohl bekannten Muster der Monarchie, war aufgrund der französischen und der amerikanischen Revolution undenkbar. Außerdem fand sich auch kein Kandidat aus den europäischen Adelshäusern, der bereit gewesen wäre, an der Spitze einer konstitutionellen Monarchie, die notwendigen Modernisierungsschritte einzuleiten und dann einfach abzutreten. Und die Demokratie war noch nicht erlernt. Weder die Strukturen, noch die geistige Haltung schienen bereit zu sein. Zu groß waren die Unterschiede in Vermögen und Lebensstil innerhalb der Bevölkerung.¹⁵²

Die Mexikanische Verfassung von 1824 war kein Ergebnis der Unabhängigkeit von 1821, sondern das Ergebnis des Konflikts zwischen den Liberalen, die für ein föderales System standen und den Konservativen, die entweder eine Monarchie oder eine zentralistische Republik forderten. Die Konservativen konnten schon die erste Regierung nach der Unabhängigkeit stellen, das mexikanische Kaiserreich unter Augustin I, einem ehemaligen königlichen Kolonel, der vom mexikanischen Verfassungskongress 1822 bestätigt wurde.¹⁵³

Es gab zwei Haltungen darüber, welche Aufgaben und Bedürfnisse ein Staat zu erfüllen hatte: Die Konservativen und die Liberalen. Die einen wollten sich mit dem Status quo abfinden und die großen finanziellen und kulturellen Disparitäten zwischen den Regionen in diesen Ländern in Kauf nehmen. Die anderen hofften, dass eine liberal-progressive Verfassung mit der Zeit die Gesellschaft nach ihren Wünschen umformen würde.

Als der Kongress am 24. Februar 1822 einberufen wurde ließ Iturbide ihn wieder schließen und einige liberale Delegierte verhaften. Um die Konservativen aus dem Verfassungskongress auszuschließen, wurde im Juni 1823 für den 7. November ein zweiter einberufen. Einer der ersten Beschlüsse des zweiten Verfassungskongresses, war die Etablierung des föderalen Systems. So wie die USA sich von der britischen Monarchie, distanzieren sich die Mexikaner von der spanischen. Sie orientierte sich stark an der amerikanischen, doch wie von einem Delegierten bemerkt wurde, entnahmen sie ihr Wissen über die amerikanische Verfassung einer äußerst mangelhaften Übersetzung.¹⁵⁴ Außerdem ist anzumerken, dass die Entwicklung

¹⁵¹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S53-54

¹⁵² Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S58

¹⁵³ Vgl. Oropeza, Manuel Gonzalez (1997): Constitution of 1824. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S329

¹⁵⁴ Vgl. Oropeza, Manuel Gonzalez (1997): Constitution of 1824. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S330

des amerikanischen Rechtssystems auf Präzedenzfällen beruht, die erst später in die Verfassung übernommen wurden. Die exekutive gewalt wurde auf eine Person, den Präsidenten übertragen, wie bei der amerikanischen Verfassung. Das Amt des Vizepräsident wurde nicht durch eine eigene Wahl bestimmt, sondern dem zweitstärksten Kandidaten zugesprochen, weshalb dieser meistens in Opposition zum Präsident stand. Dies führte schließlich zur Streichung des Amtes im Jahre 1857. Ebenso von den USA wurde die zweite kammer des Parlaments, der Senat, übernommen, um ein Gegengewicht zu den großen Teilstaaten zu schaffen. Eine weitere Besonderheit ist, dass Reformen der Verfassung erst nach 6 Jahren statt finden durften, um Änderungen zu erschweren. Dies hatte jedoch wenig Erfolg, da schon 1830 eine Änderung der gesamtverfassung gefordert wurde.¹⁵⁵

Die Verfassung von 1857 geht auf die Revolution von Ayutla 1854 zurück. Im Aufstand von Ayutla konzentrierten sich die territorialen Konflikte, die zum Sturz Antonio Lopez de Santa Anna führten. Der Anführer des Aufstands Juan Alvarez wurde 1855 zum iterimistischen Präsidenten bestimmt. Im Gegensatz zur Verfassung von 1824 wurde von der Machtkonzentration auf die Exekutive abgewichen und öffentliche Posten wurden durch Wahlen besetzt. Der Kongress sollte der Exekutive in Befugnissen überlegen sein. Nach langem Ringen wurde der senat wieder aus der Verfassung gestrichen, bis er 1874 wieder hergestellt wurde.¹⁵⁶

Die Auseinandersetzungen zwischen den konservativen und liberalen Parteitypen prägten das gesamte 19. Jhd. Die Verfassungen blieben praktisch dem liberal-republikanischen Geist treu, auch wenn die Macht der Exekutive im Laufe der Bürgerkriege ausgeweitet wurde. Noch immer hoffte man, dass die Verfassung den Bürger zu formen vermochte und schließlich eine funktionierende Demokratie erzeuge.

Betrachtet man die amerikanische Verfassung und eine lateinamerikanische, so stellt man fest, dass diese sich in ihrem Menschenbild unterscheiden. So sah die amerikanische von vornherein Regeln vor, die die Machtkonzentration in den Händen weniger als gefährlich erachtete, während die lateinamerikanischen den Menschen als gut betrachteten, er müsse nur richtig erzogen werden. Die Verfassung wurde als Instrument betrachtet, das einen guten

¹⁵⁵ Vgl. Oropeza, Manuel Gonzalez (1997): Constitution of 1824. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S331

¹⁵⁶ Vgl. Garcia, Israel Arroyo (1997): Constitution of 1857. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S332

Bürger, einen guten Staat schaffen sollte. Dementsprechend bekamen die „Erzieher“ auch starke Kompetenzen verliehen. Die Elemente, die die Herrschaft kontrollieren sollten, traten in den Hintergrund.¹⁵⁷ Dass man die Verfassung als Instrument betrachtete, machte sie aber auch angreifbarer. Funktionierte etwas nicht, wie gewünscht, war es ein Leichtes, sie auszubessern, umzugestalten. Dadurch konnte sie aber keine Identität stiftende Wirkung entfalten, wie die amerikanische. So hatten Gruppierungen auch keine Probleme, wenn sie einfach eine neue Verfassung ausriefen, da niemand der alten nachtrauerte.¹⁵⁸

Die Verfassung von 1917 übernahm große Teile der Verfassung von 1857. Es war die erste mexikanische Verfassung, bei der nur über Reformen diskutiert wurde. Außer Chihuahua, dass von Francisco Villa besetzt worden war, wurden alle Teilstaaten angemessen vertreten. Auch wenn hauptsächlich die Verfassung von 1857 neu interpretiert wurde, waren die Änderungen so fundamental, dass am Ende eine neue Verfassung entstand. Nur 38 der 136 Verfassungsartikel waren nicht von Änderungen betroffen. Die Rolle des Präsidenten in militärischen Belangen entspricht weitgehend der des amerikanischen.¹⁵⁹

1.1.2.2 Anomie

Begriffsdefinition: Dieser von Emile Durkheim eingeführte und später von Peter Waldmann weiter verwendete Begriff bezeichnet die Unterregulierung oder gar das Fehlen von Regeln in bestimmten „...sozialen Situationen und Bereichen.“¹⁶⁰

Der freie Wille ist laut Durkheim die Quelle der Anomie, aber auch der Ordnung.¹⁶¹

Waldmann erweitert den Begriff auf sich widersprechende und nicht klar durchschaubare Regeln. In einer anomischen sozialen Situation fehlt es an allgemein akzeptierten sozialen Regeln, die Verhalten steuern und sanktionieren.¹⁶² Anomie wird vor allem durch die „...Zerstörung der Sozialbeziehungen und das Fehlen von zivilen Konfliktbearbeitung...“ begünstigt.¹⁶³

¹⁵⁷ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S60-61

¹⁵⁸ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S62-63

¹⁵⁹ Vgl. Oropeza, Manuel Gonzalez (1999): Constitution of 1917. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S334

¹⁶⁰ Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S8

¹⁶¹ Vgl. Mestrovic, Stepjan Gabriel: Emile Durkheim and the Reformation of Sociology; S4

¹⁶² Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S9

¹⁶³ Kurtenbach, Sabine (2006): Strukturwandel statt Zivilisierung. In: Birke, Peter et alii (Hg.): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika; Vervuet Verlag:Frankfurt am Main S267

Soziale Normen müssen 3 Bedingungen erfüllen: Sie müssen möglichst eindeutig und verständlich sein, vom Großteil, der ihr Unterworfenen akzeptiert und schließlich auch sanktioniert werden. Unter Anomie ist folglich der Zustand zu verstehen, wenn eine dieser 3 Bedingungen nicht erfüllt wird. Gesetze, die nicht verstanden werden, können nicht befolgt werden. Gesetze, die nicht akzeptiert werden, haben keine allgemeine Gültigkeit und Gesetze, die nicht sanktioniert werden, können im Normalfall keine Konsistenz erzeugen.¹⁶⁴

Vor allem für Lateinamerika und Entwicklungsländer gilt, dass die 2. und 3. Bedingung in diesen Ländern auseinanderklaffen. So gibt es Vorbehalte vonseiten der Bevölkerung gegenüber staatlichen Regelungen, da meist schon eine nicht-staatliche Ordnung existiert, die oft im Widerspruch zu ihnen steht. Sie können einerseits nur komplementär wirken, aber andererseits eine richtige Gegenordnung bilden.¹⁶⁵

Denn in „...charakteristischen lateinamerikanischen Länder regelt die gemäß der Verfassungsnormen oder von De-facto-Regierungen erlassene Rechtsordnung nicht die Verhaltenserwartungen von Institutionen und Individuen in weiten Bereichen der sozialen Interaktion.“¹⁶⁶ Und auch die Anwendung von Gesetzen ist selbst in klar auslegbaren Fällen eingeschränkt.¹⁶⁷

Zunächst wurde für das häufige Entstehen von anomischen Zuständen in Staaten außerhalb von Europa der schnelle soziale Wandel gesehen: Industrialisierung, Urbanisierung, etc... Doch es scheint, dass nicht nur von der Basis den Staat untergrabende Prozesse ausgehen, sondern die Staatsführung selbst ihren Teil dazu beiträgt. Eine von Waldmann zitierte Untersuchung lateinamerikanischer Militärdiktaturen brachte hervor, dass die Herrscher ein Interesse daran hatten, die sozialen Ordnungen zu zerstören, um mit stärkeren Sanktionen gegen die Bevölkerung vorzugehen.¹⁶⁸

Die Anomie betrifft keineswegs den gesamten Subkontinent. Ausnahmen bilden Chile, Costa Rica und mit einigen Abstrichen auch noch Uruguay.

Ein Merkmal der Anomie ist die strukturelle Schwäche des (lateinamerikanischen) Staates. Durch die nach außen hin autoritär und mächtig wirkenden Militärregime, zeichnete der

¹⁶⁴ Vgl. wie oben

¹⁶⁵ Vgl. wie oben

¹⁶⁶ Garzon Valdes, Ernesto (1994) : Verfassung und Stabilität in Lateinamerika. In: Borsdorf, Axel (Hg.): Lateinamerika – Krise ohne Ende?; USA S253

¹⁶⁷ Vgl. wie oben

¹⁶⁸ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S10-11

lateinamerikanische Staat ein übermäßig reguliertes Bild von sich selbst. Doch dieser Schein trügt, denn viele Wissenschaftler, die sich mit ihm beschäftigten, taten dies, wie schon erwähnt hauptsächlich auf formeller Ebene, also wie viele Gesetze erlassen wurden. Sie verabsäumten es jedoch zu überprüfen inwieweit, er in der Lage war diese durchzusetzen. Ein fataler Fehler, den ich im folgenden Kapitel behandeln werde.¹⁶⁹ Zunächst möchte ich aber näher auf die Anomiethese eingehen.

Aus der Anomiethese lassen sich vier wichtige Punkte herauskristallisieren:

1.

Der Staat ist kein Ordnung schaffender Akteur. Er unterstützt seine eigene (formelle) Ordnung nicht, sondern stellt sie vielmehr selbst in Frage. Von ihm gehen auflösende Impulse aus. Dies führt zu Verunsicherung der Bürger, die sich deshalb an anderen Ordnungen orientieren.

2.

Der Staat versucht seinen Herrschaftsanspruch gegenüber Bereichen und Gruppen geltend zu machen, die er nicht kontrollieren kann. Dies animiert nichtstaatliche Gruppen dazu, diese Bereiche selbst zu übernehmen und im drastischsten Fall eine Gegenordnung zu etablieren. Dadurch weiß der Bürger nicht mehr, welcher Ordnung er gehorchen soll, der staatlichen oder der lokalen.

3.

Der Staat verfügt über Personal, das sich nicht mit ihm identifiziert. So halten sich Polizisten, Richter und Beamte nicht an die Gesetze, die sie exekutieren sollen und werden selbst zur Quelle von Irritation. Staatliche Privilegien werden für private Zwecke verwendet (Bestechung, Drohung, Klientilismus, etc.) und wer sich zu wehren versucht, dem drohen Sanktionen (Beamtenbeleidigung).

4.

Der Staat kann für die Sicherheit des Einzelnen nicht mehr garantieren, wodurch er seine Basislegitimation verliert. Der Grundvertrag, wie bei Hobbes, ist außer Kraft gesetzt. Die Rückkehr in den Naturzustand wäre übertrieben, aber er kann das Gewaltmonopol nicht mehr

¹⁶⁹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S12

durchsetzen.¹⁷⁰

Die Anomie bezeichnet jedoch nicht einen Staat, der durch und durch korrupt ist. Vielmehr geht es darum, dass der Bürger einfach nicht mehr weiß, welche Ordnungen gelten und welche nicht. Die meisten Abweichungen von der staatlichen Ordnung, stellen Gewaltmissbrauch und Bestechlichkeit dar. Diese können sowohl separat oder kombiniert auftreten. Die Missbrauchsfälle beschränken sich jedoch nicht auf die niedrigen und schlecht bezahlten Ränge im Staat, sondern nehmen in höheren Ebenen sogar noch zu.¹⁷¹

Anomie und Entwicklung:

Es gibt nach Durkheim zwei gesellschaftliche Problemachsen: soziale Integration und soziale Regulation. Anomie bedeutet nicht ein Auseinanderfallen der Gesellschaft, sondern verursacht hauptsächlich Kosten. Sie muss nicht unbedingt den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen, aber wirkt sich negativ auf die Effizienz sozialer Interaktionen aus.¹⁷²

Anomie zu den geltenden Normen entsteht aber nicht nur in wirtschaftlich schlechten Zeiten, sondern auch durch Wirtschaftsaufschwünge, die neue Wünsche in menschen wecken, die nicht oder weniger stark vom Wirtschaftsaufschwung profitieren.¹⁷³

Der Vergleich zwischen dem lateinamerikanischen Staat und dem Europäischen zeigt, wie schon erwähnt, die unterschiedliche historische Entwicklung auf. Auf der einen Seite (der europäischen) gibt es eine untrennbare Verbindung von „...Demokratie und Rechtsstaat.“¹⁷⁴

Was auf die Modernisierung des europäischen Staates im Zuge des Absolutismus zurückzuführen ist. In Lateinamerika hat diese Entwicklung in dieser Gründlichkeit nie stattgefunden. Deshalb kann man funktionierende staatliche Institutionen und einen funktionierenden Rechtsstaat nicht an einer Regierungsform festmachen.

In Lateinamerika mussten das rechtsstaatliche und das demokratische Prinzip gleichzeitig eingeführt werden, was eine ungleich schwierigere Aufgabe darstellt. Da der Staat hauptsächlich seine Legitimation aus der Schaffung von Ordnung zieht, stehen demokratische Regierungen in Lateinamerika oft auf sehr schwachen Beinen. Dies hat Auswirkungen auf viele gesellschaftliche Bereiche, insbesondere auf die Wirtschaft des Staates, die, da sie für Allokation von lebensnotwendigen Ressourcen zuständig ist, oft als der wichtigste Bereich

¹⁷⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S14-15

¹⁷¹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S15-16

¹⁷² Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S17

¹⁷³ Vgl. Glickman, Maurice (1989): Anomie. In: Kuper, Adam et alii (Hg.): The Social Science Encyclopedia; London; S26

¹⁷⁴ Vgl. Wie oben

einer Gesellschaft angesehen wird.¹⁷⁵

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist der Schutz des Vermögens, durch Besitz- und Erbschaftsrechte. Der Kapitalismus erfordert klare institutionelle Regeln. Will ein Staat Unruhen vermeiden, so muss er für ein funktionierendes Wirtschaftssystem sorgen, was durch die starke Rückständigkeit, die große Abhängigkeit von Importen und das Fehlen von ausreichenden Devisen nicht möglich ist.

1.1.2.3 Alternative Normensysteme

Die Lateinamerikanische Rechtsstaatlichkeit weist sowohl innere als auch äußere Schwächen auf. Auf die inneren Schwächen bin ich in den vorherigen Kapiteln schon mehrmals eingegangen. Darunter fallen die leichte Bestechlichkeit des Staatsapparates, die schwere Zugänglichkeit für den Bürger, die sich widersprechenden und unverständlichen Gesetze, und die fehlende oder mangelnde Durchsetzung derselben.¹⁷⁶

Die äußere Schwäche bezieht sich auf die Reichweite des Rechtsstaates und deren soziale Akzeptanz. Diese Schwäche resultiert wie bereits angedeutet aus der Existenz von Gegennormen, also alternativen Normensystemen, die mit dem staatlichen konkurrieren oder es sogar aufheben. Sie können den Staat entweder stützen (Bsp.: ein Friedensrichter) oder ihn aushöhlen (die Bandengesetze in Ciudad de Juarez).¹⁷⁷ Diese können vor allem durch eine nur mangelhafte und weit entfernte Verwaltung fortdauern oder sogar wachsen.¹⁷⁸

Es ist nicht verwunderlich, dass diese Gegennormen vor allem in schwer zugänglichen Indiokommunen¹⁷⁹ oder so genannten Problemvierteln in Städten entstehen¹⁸⁰.

Wichtig für eine geringe Abweichung von den Gesetzen innerhalb der Bevölkerung ist, dass die staatlichen Normen, von den gesellschaftlichen Gruppen mitgetragen werden. Wenn deren Vorstellungen miteinander kollidieren, steigt das Ausmaß der Kriminalität an. Wenn staatliche Normen (teilweise) abgelehnt und nicht befolgt werden, heißt dies nicht, dass ein rechtsfreier Raum besteht, sondern es herrschen parallel Normen wie zum Beispiel die Fehde, die nicht

¹⁷⁵ Vgl. wie oben

¹⁷⁶ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S87

¹⁷⁷ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S87-88

¹⁷⁸ Vgl. von Trotha, Trutz: Distanz und Nähe: Über Politik, Recht und gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol; S21

¹⁷⁹ Vgl. Pilch Ortega, Andrea (2009): Indigene Lebensentwürfe; S14ff

¹⁸⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S86-88

willkürlich gehandhabt wird, sondern eben ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt, die nicht vom Staat vorgegeben werden.¹⁸¹

Es gibt nach Waldmann vier Formen der Beziehung zwischen offiziellem und alternativem Rechtssystem:

„Komplementarität“

„Dualität“

„Autonomie im Schatten des Leviathan“

und „Anomie“¹⁸²

Komplementärnormen arbeiten innerhalb des staatlichen Systems ohne dieses in Frage zu stellen. Komplementärnormen betreffen nicht nur Entwicklungsländer, sind aber in diesen besonders ausgeprägt. Unter diesen Begriff fallen Gefälligkeiten (etwa die Beschleunigung eines offiziellen Vorgangs) durch einen Bekannten in einer Behörde oder Bevorzugung bei einer Stellenvergabe aufgrund persönlicher Beziehungen. Im Gegenzug erhält der Beamte, der mit seinem „Klienten“ meist entweder befreundet oder verwandt ist eine Gegenleistung. Das können eine Bürgschaft, oder etwas anderes nicht illegales sein (Geld oder sexuelle Dienste sind ausgeschlossen). Außerdem darf der andere durch seine Gefälligkeit nicht seinen Job riskieren.¹⁸³

Von Dualität spricht man, wenn zwei Ordnungen parallel existieren und quasi gleich berechtigt sind. Im Fall von Komplementärnormen, bezieht sich der Gesetzesbrecher noch auf eine „richtige“ Ordnung, aber im Falle der Dualität gibt es zwei quasi gleich berechtigte Normcodes. Mexiko ist ein gutes Beispiel hierfür, denn schon aus dem 19. Jhd. ist nachgewiesen, dass ein tief verwurzelte Gegenordnung zur staatlichen gegeben hat. Die Loyalität der Beamten war eher auf Seiten ihres Freundeskreises und ihrer Verwandten, als auf der des Staates. Auch heute noch muss der Präsident nach jeder Wahl von neuem einen Kompromiss aus beiden Ordnungen mit den Gouverneuren der Einzelstaaten erarbeiten.¹⁸⁴

Die Autonomie im „Schatten des Leviathans“ stellt die staatliche Autorität für gewisse Gebiete auf seinem Territorium außer Kraft, ohne sich jedoch vollständig von ihm zu lösen,

¹⁸¹ Vgl. Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol; S34

¹⁸² Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S88-89

¹⁸³ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S89

¹⁸⁴ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S90-91

sei es auf Grund der eigenen Schwäche oder den Vorteilen, die der teilweise Verbleib beim Staat bieten kann. Dies entsteht aber nicht unbedingt aus einem Antagonismus zum Staat heraus, sondern kann auch aus Vernachlässigung heraus geschehen. So kann der Staat abgelegenen Indiokommunen gar keine Gesetze aufzwingen, da ihm die Mittel (und wahrscheinlich auch das Interesse) fehlen, diese auch zu vollstrecken. Speziell in Mexiko gilt dies für die durch den starken städtischen Kolonialismus entstandenen, abgelegenen Gebiete. Dies bietet zwar Vorteile für ein Kolonialreich, da die Bevölkerung sich auf kleinere Zentren verteilt, doch es macht eine vollständige Durchsetzung des Gewaltmonopols schwerer.¹⁸⁵ Autonome Räume können auch entstehen, wenn der Staat nicht in der Lage ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bürger im Falle von ausufernder Kriminalität selbst Ordnungskräfte aufstellen, die an ihre eigenen Regeln und Normvorstellungen gebunden sind.

¹⁸⁶

Dies kann sogar soweit gehen, dass die staatlichen Ordnungskräfte gewisse Viertel sogar innerhalb der Großstädte aufgeben und Rauschgiftkartelle die rechtlichen und sozialen Aufgaben des Staates wahrnehmen, wenn auch nach brutalen Regeln, wie zum Beispiel in Caracas oder Rio de Janeiro. Der Grad variiert von Viertel zu Viertel und kann auch den Charakter von Anomie annehmen, nämlich dann, wenn der Staat mit den Trägern der alternativen Ordnung konkurriert, oder dieser von einem andern nichtstaatlichen Akteur herausgefordert wird.¹⁸⁷

Ursachen

Es gibt drei Hauptgründe, weshalb in Lateinamerika alternative Normensysteme entstehen.

Die Tradition, eine Schwäche des Staates und äußere Einflüsse.

Der erstgenannte spielt bei den indigenen Kommunen eine größere Rolle. Zu erwähnen sind hierbei die Stämme im Amazonasbecken und die indigenen Kommunen der Anden und Mittelamerikas. Ihre Normen sind zwar traditionell, jedoch wäre es romantisch verklärt, würde man ihre Bräuche als ursprünglich und unverfälscht betrachten, auch sie durchliefen im Zuge des Kolonialismus zahlreiche Änderungen. Heute bildet der Normenkanon eine Mischung aus traditionellen Normen und im Laufe der Zeit importierten Neuerungen, um sich

¹⁸⁵ Vgl. Buisson-Wolff, Inge (1999): Desintegration und Staatenbildung in Hispanoamerika, 1810-1840. In: König, Hans-Joachim (Hg.): Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika; Köln: Vervuert Verlag S87

¹⁸⁶ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S92

¹⁸⁷ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S95

auf veränderte Verhältnisse einzustellen.¹⁸⁸

Außerdem füllen traditionelle Normen die Lücken, die in der Regulierung entsteht, weil der Staat nicht in der Lage ist funktionierende Institutionen bereitzustellen. Hier spielen natürlich auch die schon erwähnte Unfähigkeit des lateinamerikanischen Staates ein effektives Gewaltmonopol auszuüben und die damit einhergehende Unmöglichkeit einen rechtlich kohärenten Raum zu schaffen eine Rolle.¹⁸⁹

Das traditionelle Recht unterscheidet sich vom formellen Recht, indem es keine Unterscheidung zwischen öffentlich/privat oder zivilrechtlich/strafrechtlich macht. Auch die Form der Strafen ist eine eigene. So wird meist auf Gefängnisstrafen verzichtet, und eher auf Reparationen an die Opfer bzw. deren Angehörige, Bloßstellung oder Körperstrafen gesetzt.¹⁹⁰

Die Intensität der Strafen variiert sehr stark, da die Rechtssprecher sehr unterschiedlich sind. So haben Gangsterchefs einen anderen Sinn für Gerechtigkeit als Friedensrichter, doch ihnen allen ist gemein, dass sie vom Staat losgelöst agieren.

Im Unterschied zum formellen Recht beschränken sich diese Alternativen Regelsysteme aber immer nur auf bestimmte Bereiche, Bezirke oder Gebiete und sind nie für einen gesamten Staat (informell) gültig.¹⁹¹

Eine Konfliktlinie zwischen formellem und informellem Recht ist der Kampf zwischen Kirche und Staat, der in der Cristero Rebellion zwischen 1926 und 1929 seinen Höhepunkt fand. Zigtausende Bauern in Zentralwestmexiko erhoben sich gegen die Bestimmungen der Verfassung von 1917 und die darin beinhaltete Beschneidung der Rechte der Kirche. Das mexikanische Episkopat ließ daraufhin alle Kirchen schließen und verbot öffentliche Gottesdienste. Die Folge waren Aufstände der Mittel- und der Unterschicht in ganz Mexiko. Auch wenn die landesweiten Aufstände nur wenige Monate anhielten, gingen sie in Zentralwestmexiko unvermindert weiter. Der Widerstand der Kirche hatte seine Ursachen vor allem in den Beschlagnahmungen ihres Besitzes während der Revolution von 1917 und der Verfassung von 1857. Nach der Niederlage von Villa und Zapata war die katholische Kirche durch ihr Netzwerk von Vereinen, Kooperativen und politischen Organisationen der letzte

¹⁸⁸ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S96

¹⁸⁹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S97

¹⁹⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S99-101

¹⁹¹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S102-104

große Konkurrent Carranzas. Genau diese Aktivitäten wurden von der neuen Verfassung stark beschnitten und auch der eigene Rechtsstatus der Kirche wurde abgeschafft.¹⁹²

Das Überleben dieser Alternativnormen wurde noch zusätzlich vom spanischen Kolonialsystem gestützt. Dieses respektierte Naturrecht und lokale Bräuche, solange sie nicht königlichem Recht oder dem Christentum widersprachen.¹⁹³ Die spanischen Kolonialherren waren damit konfrontiert eine religiös und ethnisch sehr heterogene Bevölkerung unter Kontrolle zu halten, mit dem Ziel Europa in den Kolonien zu reproduzieren. Das Ziel der Kontrolle brachte Institutionen wie Sklaverei, Zerstörung indianischer Dörfer, ein Kastensystem und die Integration des indianischen Adels in die spanische Kolonialverwaltung mit sich.¹⁹⁴

Ein weiteres Beispiel für alternative Normensysteme, die Rechtscharakter aufweisen, sind die Cargo-Systeme (*cargo systems* bzw. *mayordomia-System*). Diese alten Systeme stammen wahrscheinlich noch aus der Kolonialzeit, oder sogar aus der vorspanischen Ära.¹⁹⁵ Unter diesen Begriff fallen säkulare und religiöse Pflichten des einzelnen an der Gesellschaft, die meist für ein Jahr lang ausübt werden und denselben Zweck erfüllen wie Staatsdienste. Da sie aber unbezahlt sind bedeutet dies keinen finanziellen Aufwand für die Gemeinde. Im 20. Jhd. änderten sich diese cargo-Systeme aufgrund äußeren Drucks. Schon im 19. Jhd. wurden in einigen Dörfern zentrale Punkte des liberalen Rechts übernommen. Dies führte in einigen Bereichen zu fundamentalen Änderungen, lies andere aber völlig unberührt.¹⁹⁶

So wurden gewisse egalitäre Elemente übernommen, doch ein System, das öffentliche Arbeiten als Voraussetzung für gesellschaftlichen Aufstieg verlangte, wurde beibehalten. Es gab in den Jahrhunderten vor der Kolonialzeit in den indigenen Kommunen zwar kein kodifiziertes Rechtssystem (wie in vielen Teilen der Welt), doch es gab ein über Bräuche vermitteltes Recht. Dieses bot zwar einen sehr großen Interpretationsrahmen, und war somit ungenau, doch eben diese Nachteile machten es zugleich flexibel und verhandelbar, was den

¹⁹² Vgl. Werner, Michael I. (Hg.) 1997: 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S321

¹⁹³ Vgl. Guardino, Peter: Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Honor, status and law in modern Latin America. ; S56-57

¹⁹⁴ Vgl. Curcio, Linda A. (1997): Ritual, Religious and Civic: Colonial. In: Werner, Michael I. (Hg.): 2. Mexico – Civilization – Encyclopedias, USA.; S1271

¹⁹⁵ Vgl. Guardino, Peter (2005): Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Caulfield, Sueann et alii (Hg.): Honor, status and law in modern Latin America. ; S50

¹⁹⁶ Vgl. Guardino, Peter (2005): Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Caulfield, Sueann et alii (Hg.): Honor, status and law in modern Latin America. ; S50

Vorteil bot, dass man es mit der Zeit anpassen konnte.¹⁹⁷ Es begrenzte auch den Neid in gewissem Maße, da sich die gobernadores (=Bürgermeister), erst hocharbeiten mussten. Ein gobernador hatte im Normalfall 20 Jahre lang der Gemeinde gedient, bevor er den obersten Posten übernehmen konnte.¹⁹⁸

Das Cargo-System überlebte, weil es in kleinen Gemeinden schwer genug war Arbeitskräfte zu finden, die die nötigen öffentlichen Aufgaben verrichteten. So konnten Gemeinden öffentliche Güter zur Verfügung stellen ohne deshalb neue Steuern einzuheben, was wegen der großen Armut am Land ja auch ziemlich problematisch gewesen wäre. Wegen dieses Mangels an Geldmitteln, gab es eigene öffentliche Felder, die von den Einwohnern bewirtschaftet wurden um zum Beispiel den Bürgermeister zu versorgen. Wenn Eltern über mehrere einen dieser Posten inne hatten, versuchten sie ihn an ihre Kinder zu „vererben“, doch die Zahl derer, die das durften wurde absichtlich niedrig gehalten.¹⁹⁹

Die Implementierung des staatlichen Rechts in den indigenen Gemeinden führte zwar nicht zu einer Abschaffung des Cargo Systems, aber beseitigte viele der darin enthaltenen Ausnahmen.²⁰⁰ Die Modernisierung erwies sich als sehr schwierig und führte zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse, weg von den Bürgermeistern hin zu den Dorfältesten. Da die Bürgermeister, die nicht im Cargo System gedient hatten, wenig Ansehen genossen und wenig Unterstützung hatten, verblieb die Macht bei den Dorfältesten. Der Dienst an der Gemeinde war für die Einwohner kein unfreiwilliger Dienst, sondern eine unbestreitbare Bürgerpflicht!

In den 30ern des 19. Jhd. wurden erstmals Männer in die Position des Bürgermeisters gewählt, die sich nicht im Cargo System hoch gedient hatten. Da sie deshalb wenig Anerkennung hatten, mussten sie sich als besonders männlich darstellen, so dass öffentliche Sitzungen in Schreiduellen ausarteten. Da zu Beginn des 19. Jhd. die ländlichen Gemeinden aufgrund der schwächeren Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten immer weniger Steuern einheben konnten, mussten die Bürgermeister wieder verstärkt auf lokales Recht

¹⁹⁷ Vgl. Guardino, Peter (2005): Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Caulfield, Sueann et alii (Hg.): Honor, status and law in modern Latin America; S51

¹⁹⁸ Vgl. Guardino, Peter (2005): Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Caulfield, Sueann et alii (Hg.): Honor, status and law in modern Latin America; S53

¹⁹⁹ Vgl. Guardino, Peter (2005): Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Caulfield, Sueann et alii (Hg.): Honor, status and law in modern Latin America; S54-55

²⁰⁰ Vgl. Guardino, Peter (2005): Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Caulfield, Sueann et alii (Hg.): Honor, status and law in modern Latin America; S57

zurückgreifen. Die Richter wurden wieder jährlich gewählt und das Amt des Bürgermeisters verschmolz mit dem des Dorfältesten, oder wurde zumindest von diesem besetzt.²⁰¹

Daneben gibt es noch den caudillismo, benannt nach caudillo, das sich vom lateinischen capitellum (Köpfchen) ableitet. Während der Eroberung der Neuen Welt bezeichneten die Spanier jeden lokalen Herrscher mit diesem Namen. Es wurde gleichbedeutend mit dem Wort cacique aus dem Arawak verwendet, wo es einem Erbhäuptling entspricht. Wie in einem späteren Kapitel noch ausführlicher beschrieben wurde unter Cortes mit dieser Bezeichnung dann Großgrundbesitzer bezeichnet, die auch über das Gewaltmonopol in ihren Besitzungen verfügten. Banditen die große Teile der Besitzungen der caudillos in Mexiko unter ihre Kontrolle brachten, übernahmen diesen Namen dann ebenfalls. Viele dieser caudillos konnten mit ihren Privatarmeen bei den zahlreichen Kriegen in Mexiko entscheidende Vorteile für die Seite bringen, der sie sich anschlossen.²⁰²

1.1.2.4 Die Exekutive

In Lateinamerika existieren nicht nur Gruppen außerhalb der staatlichen Kontrolle, die seinen Geltungsanspruch untergraben, sondern auch solche, die aus dem Staatssystem heraus das formelle Recht des Staates untergraben. Auf die Verwaltung wurde schon in vorherigen Kapiteln eingegangen. In diesem Kapitel beschäftige ich mich hauptsächlich mit der Exekutive, das heißt Militär, Polizei und Geheimdienst, sowohl in ihrer offiziellen Funktion, als auch abseits davon als parastaatliche Formationen.²⁰³

Diese Verstöße sind aber nicht nur auf die Phase der Militärdiktaturen beschränkt, die im Ruf standen besonders brutal gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, sondern hielten sich auch nach der demokratischen Reformation dieser Staaten. Auch in lange etablierten zivil regierten Staaten wie etwa Kolumbien oder Guatemala, die sich immer wieder von Amnesty International und anderen derartigen Organisationen Menschenrechtsverletzungen vorwerfen lassen müssen, kommt es immer wieder zur Einschüchterung der Opposition. Diese bildet

²⁰¹ Vgl. Guardino, Peter (2005): Community service, liberal law, and local custom in indigenous villages: Oaxaca 1750-1850. in: Caulfield, Sueann et alii (Hg.): Honor, status and law in modern Latin America; S60-63

²⁰² Vgl. Girouard, Julia C. (1997): Caudillismo. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S227-229

²⁰³ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S109

jedoch nur einen kleinen Teil der Opfer. Das Gros stellen Kleinkriminelle dar, die zwar Gesetzesbrecher sind und Strafe verdienen, doch die Härte steht in keinem Verhältnis zum Tatbestand. Außerdem sollten die Menschenrechte für alle Menschen gelten und unveräußerlich sein. Dies führt jedoch nicht zu Protest in der Bevölkerung, da angesichts der steigenden Kriminalität ein hartes Vorgehen der Polizei gut geheißen wird.²⁰⁴ Man kann sogar in Zeitungen von diesen Misshandlungen, die auch illegale Erschießungen mit einschließen lesen, doch ist die öffentliche Meinung auf Seiten der Polizei, da die Bürger wenig Sympathie mit Verbrechern fühlen, auch wenn es allzu oft Unschuldige trifft.

Der Terminus staatliche Repression bezieht sich auf die illegale und deshalb zumeist heimliche Anwendung von Gewalt durch staatliche bzw. quasi-staatliche Akteure. Hierunter fallen sowohl gezielte Auslösungen von Bevölkerungsgruppen als auch das Misshandeln von Kleinkriminellen.

Das heißt nicht, dass es in Lateinamerika nicht auch eine korrekte, gesetzestreue Ausübung des Rechts geben würde, jedoch wird diese immer wieder durch Verhängung von Ausnahmezuständen unverhältnismäßig erweitert und es gibt Aktionen von Sicherheitskräften, die nicht gesetzlich untermauert sind.

Der Sinn dieser Repressionen ist nicht immer klar ersichtlich, so spielen sowohl Machterhalt und der Schutz der Ordnung eine Rolle, jedoch können sie auch zu einem genau gegenteiligen Effekt führen.

Vigilantismus

Dieser Begriff bezeichnet Akte der Gewalt, die einerseits illegal sind und andererseits der Aufrechterhaltung des status quo dienen. Vigilantismus ist ein paradox anmutendes Phänomen, denn die Prinzipien derselben Ordnung, die es zu verteidigen gälte, werden von ihren Trägern gebrochen, um sie wiederum zu erhalten. Es können drei Grundtypen unterschieden werden: *crime-control*, *social-group-control* und *regime-control-vigilantism*.²⁰⁵

Beim ersten Typus nehmen Teile der staatlichen Ordnung (vor allem Polizisten, aber auch Angehörige der normalen Bevölkerung), denen die Strafverfolgung durch Richter und

²⁰⁴ Vgl. wie oben

²⁰⁵ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S129-131

Staatsanwälte zu langsam oder nicht effektiv genug ist, die Bestrafung selbst in die Hand und sparen sich den Umweg über die Justiz. Diese Strafaktionen werden oft von den Gerichten stillschweigend hingenommen, indem diese verzichten einzuschreiten.

Der zweite Typus bezieht sich auf größere Gruppen, die sozial, ethnisch, religiös oder politisch konstituiert sind und eine Gefahr für die herrschende Ordnung darstellen. Da sich die Gewalt gegen größere Gruppen richtet, die als essentielle Bedrohung wahrgenommen werden, sind die statuierten Exempel nur umso brutaler. Oft wird das Vorgehen auch noch ideologisch gerechtfertigt.

Beim *regime-control-vigilantism*, den man vor allem in Lateinamerika antrifft, handelt es sich um Angriffe staatlicher Akteure (meist Militär, Polizei oder Nachrichtendienste) auf die Regierung selbst.

Der erste Typus findet in den Elendsvierteln der lateinamerikanischen Metropolen seine häufigste Anwendung. Darunter fallen Lynchjustiz und auch die Todesschwadronen. Den zweiten Typus trifft man vor allem dann an, wenn es um Landverteilungskonflikte geht und Großgrundbesitzer Kleinbauern mit Hilfe von Milizen von deren bzw. ihrem Land vertreiben. Der dritte Typus schließlich hat in Lateinamerika eine lange Tradition. Putschisten sorgten oft mit Hilfe einer ausländischen Macht (vor allem der USA) für eine Restaurierung der alten Ordnung. In Südamerika ging es im Gegensatz zur USA meist um wirtschaftliche Interessen und die Ausübenden waren zum größten Teil Träger der staatlichen Ordnung, während es in den USA um meist rassistische Motive ging und die Agierenden rekrutierten sich aus der (weißen) Bevölkerung (Bsp. Kuh-Klux-Clan).

Die Polizei

Die mexikanische Polizei geht auf die Rurales von 1861 zurück, die unter Benito Juarez noch während des Bürgerkrieges und der Französischen Intervention gegründet worden waren. Sie umfasste zu Beginn ungefähr 1400 Mann, die in Mexiko-Stadt und dem Umland patroullierte. Die Intention war sich der Banditen zumindest im Zentrum des Landes zu entledigen und die Staatsmacht auch auf die Teilstaaten ausstrahlen zu lassen. In der Blütezeit umfassten sie sogar 3300 Mann. Doch die Bezahlung war nur schlecht und so desertierten viele von ihnen oder plünderten die Häuser von Zivilisten. Trotz dieser Schwäche machten sie

sich für Diaz bezahlt und führten zu einer stärkeren Stabilität unter seiner Regierungszeit.²⁰⁶ Trotz dieser Mängel genossen sie allgemein einen guten Ruf, und wie bei jeder Polizei ist es der Ruf der schließlich zählt.²⁰⁷

Obwohl es in Lateinamerika zu einer Demokratisierung gekommen ist, hatte dies keine positiven Auswirkungen auf die Polizei. Ihr Verhalten gegenüber Kriminellen und Verdächtigen scheint sich sogar noch weiter verschlechtert zu haben und birgt ein höheres Ausmaß an Gewalt als unter den Diktaturen. So wie zuvor das Militär gegen die Rebellen vorging, geht heute die Polizei gegen die Kriminellen und andere unliebsame Teile der Gesellschaft vor. So stieg die Anzahl der illegalen Hausdurchsuchungen und illegalen oft von Folter begleiteten Festnahmen. Die Polizei erspart sich oft schon die Verhaftung von Verdächtigen und erschießt diese gleich. Unruhen wie zum Beispiel Gefängnisrevolten aufgrund der desaströsen Zustände enden laut Amnesty International oft in Blutbädern und Gewaltorgien. Solche Verstöße sind meist sehr schwer festzumachen, da es in den meisten Fällen keinerlei Zeugen gibt. Es gibt jedoch einige Kriterien von Americas Watch, mit denen man zumindest ungefähre Schätzungen von Opfern polizeilicher Gewalt machen kann. Dies sind die Anzahl aller Morde, bei denen die Polizei eine Rolle spielte, und das Verhältnis von getöteten Polizisten und von der Polizei Getöteten. Wenn die Anzahl der von der Polizei Getöteten im Verhältnis zu getöteten Polizisten relativ hoch ist, haben besonders viele vorsätzliche Tötungen durch die Polizei stattgefunden.²⁰⁸

Außerdem ist der südamerikanischen Polizei eine starke Tendenz hin zu Razzien nachzuweisen und auch anderen polizeilichen Maßnahmen, die sehr personalintensiv sind. Stellten sie früher ähnlich wie in anderen Staaten eher die Ausnahme, bilden sie heute vor allem in Venezuela und Brasilien ein regelmäßiges Phänomen. Charakteristisch ist, dass auch andere staatliche Gewalten wie zum Beispiel die Nationalgarde hinzugezogen werden. Dabei werden oft ganze Stadtviertel abgeriegelt und von asozialen und kriminellen Elementen „gesäubert“. Verdächtige werden schon aufgrund von Lappalien, wie abgelaufenen Dokumenten oder auch einfach nur einem ungepflegten Äußeren für mehrere Tage ins Gefängnis geworfen.²⁰⁹

²⁰⁶ Vgl. Vanderwood, Paul J. (1997): Rurales. In: Werner, Michael I. (Hg.): 2. Mexico – Civilization – Encyclopedias, USA.; S1323

²⁰⁷ Vgl. Vanderwood, Paul J. (1997): Rurales. In: Werner, Michael I. (Hg.): 2. Mexico – Civilization – Encyclopedias, USA.; S1324

²⁰⁸ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S136

²⁰⁹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S136-137

Außerdem zeigt die Polizei eine zunehmende Tendenz zu Spezialkommandos, die nichts anderes als Mörderbanden sind, die oft auch in privaten Aufträgen handeln. Die Polizisten versprechen sich davon einen Abschreckungseffekt. Wie das Beispiel der ermordeten Straßenkinder in Brasilien zeigt, schrecken sie nicht einmal vor Minderjährigen zurück. Dabei kommt es auch zu bestialischen Verstümmelungen. Ursprünglich werden solche Todesschwadronen aufgrund von Unzufriedenheit gebildet und haben eine Verbesserung der sozialen Ordnung zum Ziel (auf welcher bestialischen Weise auch immer). Doch oft verschwindet dieses Motiv und zurück bleiben nur finanzielle Interessen in Form von Auftragsmorden, Prostitution und Drogenhandel.²¹⁰

Die Bevölkerung reagiert unterschiedlich auf das Verhalten der Polizei. Während von Kriminalität besonders stark betroffene Gruppen wie Taxifahrer und Bewohner der Großstädte ihr kritisch gegenüber stehen, befürworten Bewohner ländlicher Gebiete diese Praxis. Die Mittelschicht steht ihr besser gegenüber als die Unterschicht. Die Abschaffung der Polizei fordert jedoch niemand, sondern sogar eine verstärkte Präsenz.

Sie haben auch nichts gegen die drakonischen Strafen der Polizei, solange sie nur nicht willkürlich sind und die Falschen treffen. Der Bürger kann sich in einer Situation nie sicher sein, ob er geschützt oder erpresst wird. Den Bürgern geht die Rechtsprechung auch viel zu langsam, ähnlich wie den frustrierten Polizisten. Rechte für Gesetzesbrecher können sich nur die relativ sicheren europäischen Staaten leisten, nicht aber die von Kriminalität überschwemmten lateinamerikanischen. So gibt es eine verbreitete Zustimmung zu Lynchjustiz und der Wiedereinführung der Todesstrafe, vor allem in den unteren Schichten.²¹¹

Was sie aber allzu oft vergessen ist, dass sich die Gewalt zum größten Teil gegen sie selbst richtet, wenn sie im Rahmen der Willkür zu Opfern polizeilicher Gewalt werden. Die wachsende Kriminalität findet einen guten Nährboden, wächst doch die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter. Das starke Bevölkerungswachstum und die Verstädterung tun noch ihr übriges. Der Schwenk zum Neoliberalismus verschärfte die Probleme auch noch zunehmend. Am generellen Konflikt hat sich seit den Militärdiktaturen wenig geändert, nur die Namen wurden ausgetauscht. Nicht mehr in guter Bürger und Terrorist, sondern in guter Bürger und Gesetzloser wird die Bevölkerung eingeteilt. Auch die zunehmende Aufmerksamkeit durch die internationale Öffentlichkeit trägt durch die Aufdeckung von

²¹⁰ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S137

²¹¹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S138

Misständen zu einer dramatischer erscheinenden Situation bei. Der Kampf gegen die ausufernde Kriminalität scheint ein aussichtsloser zu sein und rein symptomatisch, solange die Ursachen nämlich massenhafte Verelendung nicht beseitigt werden.²¹²

Selbstverständnis der lateinamerikanischen Polizei

Während den Diktaturen zwischen den 60ern und den 80ern, lag der Fokus der Aufmerksamkeit eher auf den Streitkräften. Die Polizei spielte nur eine Nebenrolle als Helfer. Seit dem Übergang zur Demokratie rückt die Polizei wieder vermehrt ins Rampenlicht. Verantwortlich dafür sind zwei Entwicklungen. Einerseits erkannte man, dass nicht nur der Überbau mit den drei Gewalten wichtig ist, sondern auch die nach Weber vierte Gewalt, die Verwaltung umfassen muss. Die Polizei scheint noch immer in den alten Strukturen der Diktatur verhaftet zu sein. Das traditionelle Freund-Feind-Denken wurde nur auf andere Gegensatzpaare umgestellt. Nicht mehr den politischen Feind gilt es zu bekämpfen, sondern den sozialen. Solche sich lange haltenden Vorstellungen gibt es speziell in bürokratischen Großorganisationen, wie eben der Polizei.

Zum anderen gab es eben wie angesprochen einen rapiden Anstieg der Kriminalität in den Ballungszentren. Diese wird durch das rasche Bevölkerungswachstum, den stärkeren Rauschgifthandel und die zunehmende Armut verursacht. Die volle Wucht der polizeilichen Repression trifft aber nicht die mächtigen Drogenkartelle, sondern die Straßenkinder und Kleinkriminellen. Eine Unverhältnismäßigkeit, die den schlechten Ruf der Polizei innerhalb der Bevölkerung und der Presse begründet.²¹³

Das korrupte Verhalten der Polizei ist aber schon in ihrer Geschichte begründet. Wie auch im restlichen Staatswesen erfolgte die Adaption der europäischen Polizei-Modelle (Italien/Frankreich/Spanien/England). Zunächst noch nach absolutistischen Vorbildern orientiert wurde die Polizei in den Wirren der Kriege in die Kompetenz der Städte übergeben. Nach den Kriegen versuchten die Staaten die städtischen Polizeien aufzulösen und diese in eine dem Staat untergeordnete Institution zu verwandeln. Die Polizei wurde in eine bürokratische Organisation mit bezahlten und geschulten Angestellten umgewandelt. Auch in Lateinamerika war die Gründung der Polizei eine Reaktion auf die zunehmende Bevölkerung in den Städten. Doch anders als in Europa gab es in Lateinamerika, dessen Kolonisierung von Anfang an auf Städte gegründet war, kein dichtes Straßennetz, das die Kontrolle des

²¹² Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S139-141

²¹³ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S143-145

Hinterlandes gewährte.²¹⁴ Schon allein durch ihre Ausdehnung wäre es unmöglich diese Gebiete zu kontrollieren, ganz zu schweigen von den geografischen Gegebenheiten. In Europa konnte durch die Industrialisierung der Einfluss des Staates fast bis in den hintersten Winkel des Landes ausgedehnt werden, in Lateinamerika hingegen blieben weite Teile der Kontrolle der Zentralgewalt entzogen. Es kam sogar zu Übergriffen aus dem Hinterland auf die Städte. Und auch heute treiben dort noch staatsferne Gruppen ihr Unwesen (Guerillatruppen und Drogenkartelle). Erfolge das Hinterland zu zähmen blieben nur vorübergehend. Dadurch konnte Lateinamerika nie das Monopol effektiver physischer Gewalt beanspruchen, worauf im nächsten Kapitel noch eingegangen wird.²¹⁵

1.1.2.5 Unklare Zuständigkeiten

In vielen Definitionen darüber worum es in der Politik geht, kommt als erste Antwort fast immer Macht. Wie sie ausgeübt wird und wie sie verteilt wird. Im ersten Schritt muss ein Träger der staatlichen Gewalt in der Lage sein seinen Herrschaftsanspruch gegenüber seinen Bürgern geltend machen. Doch schon daraus kann man schließen, dass Macht immer mit Verantwortung zu tun hat. So muss sich auch der Beherrscher kontrollieren lassen. Macht muss eingehegt und ihr Gebrauch gewissen Regeln unterworfen sein, um nicht wahllos eingesetzt zu werden.

Wichtig hierbei ist die Kontrolle durch Akteure, die nicht der Regierungsgewalt angehören. Diese Akteure sind eine heterogene Gruppe, von denen die wichtigsten die internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und IWF), Parteiführer, Graswurzelbewegungen, die Medien und Wissenschaftler sind.²¹⁶ Accountability ist das Mittel, durch welches Individuen und Organisationen für ihre Handlungen und Aufgaben von externen Akteuren zur Rechenschaft gezogen werden können. Gesetzliche Verpflichtungen sind eine Voraussetzung für die Accountability, aber der Begriff umfasst mehr als nur die genaue Befolgung des Gesetzestextes. Er umfasst auch die Verantwortlichkeit gegenüber den Wünschen und Bedürfnissen der Interessensvertreter innerhalb und außerhalb der Organisation, um die Glaubwürdigkeit und das öffentliche Vertrauen in sie sicher zu stellen.²¹⁷

Das Konzept der Accountability nach Andreas Schedler setzt sich aus zwei Dimensionen

²¹⁴ Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko; S68

²¹⁵ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S146ff

²¹⁶ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S10

²¹⁷ Vgl. Kearns, Kevin P. (2011): Accountability in the Nonprofit Sector: Abandoning the One-Size-Fits-All-Approach. In: Dubnik, Melvin J. et alii: Accountable Governance: Problems and Promises S198

zusammen: answerability (Akteure legen Rechenschaft darüber ab, was sie machen) und enforcement (die Akteure sind auch in der Lage die Entscheidungen, die sie fällen durchzusetzen).²¹⁸

Answerability

Ein Aspekt der Zuständigkeit (Accountability) ist die Answerability, das heißt, dass öffentliche Organe die Pflicht haben, auf Fragen von Kritikern zu antworten. Sie müssen den Kritikern darüber antworten, einerseits was sie machen und andererseits Rechenschaft ablegen, was sie und wieso sie es machen. Es besteht also eine Informations- und eine Rechtfertigungspflicht. Sie können entweder nach Gründen oder nach Fakten fragen. Daraus abgeleitet lässt sich die Pflicht ablesen sein Handeln zu rechtfertigen und sein Vorgehen zu erklären.

Die Praxis der Accountability beinhaltet Aufsicht und Kontrolle. Es müssen Fakten und Motive geliefert werden. Aber andererseits muss, ganz im Sinne der Aufklärung, die Macht nicht nur dem Gesetz, sondern vor allem auch der Vernunft unterworfen sein. Sie muss nicht nur durch Gesetze gebunden sein, sondern auch von der öffentlichen Meinung unterstützt werden.²¹⁹

Enforcement

Die zweite Dimension betrifft die Durchsetzung (enforcement). Diese folgt im Normalfall der Rechtfertigung. Hier wird entweder mit Strafe oder Belohnung gearbeitet. Neben dem Informations- und Rechtfertigungsaspekt, spielt also die Umsetzung eine entscheidende Rolle. Ohne Konsequenzen bleiben Urteile zahnlos und ohne große Folgen.

Mögliche Sanktionen können öffentliche Zurschaustellung (durch die Medien) oder die Entfernung aus dem Amt sein. Aber oft haben die Organisationen kaum großen Einfluss Sanktionen gegen solches Fehlverhalten zu verhängen. Wie zum Beispiel die Mexican National Human Rights Commission, die zwar nicht bindende Vorschläge einbinden kann, aber nicht Kompetenzen Untersuchungen durchzuführen hat. Wenn ein Polizist jemand ohne ersichtlichen Grund erschießt, und Journalisten und Menschenrechtsorganisationen darüber berichten, aber der Polizist nicht verurteilt wird, dann gibt es keine Herrschaft nach dem

²¹⁸ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S12

²¹⁹ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; 14-15

Die Unwägbarkeiten der Macht

Accountability setzt Macht voraus, denn ihre Aufgabe ist es diese zu kontrollieren, sie zu domestizieren, zu begrenzen. Ohne Macht ergibt accountability keinen Sinn. Man kann niemanden für etwas verantwortlich machen, das nicht in seiner Zuständigkeit liegt (auch wenn das relativ oft passiert).²²¹ Dies erfolgt über die Rechenschaftspflicht gegenüber Akteuren außerhalb der Organisation.²²²

Die Undurchsichtigkeit der Macht

Die Zuständigkeit, sowie die Informations- und Rechenschaftspflicht versuchen Transparenz zu schaffen. Durch Rechtfertigung und Information wird Licht in die dunklen politischen Prozesse geworfen. Wenn politische Prozesse offen und leicht zu durchschauen wären, dann müsste sich niemand rechtfertigen, denn es wäre von vornherein unumstritten klar, ob er falsch oder richtig gehandelt hat. Da dem aber nicht so ist, müssen Akteure, die die Rechenschaft einfordern, meist mit unvollständigen Informationen arbeiten. Die Frage nach Zuständigkeit, resultiert also aus dem Vorhandensein einer unvollkommenen Welt. In einer perfekten transparenten Welt würde niemand nach Zuständigkeiten fragen, da es für alle klar wäre, wie ein Fehler passiert und man genau wüsste, was passiert ist. Es würde einfach keinen Sinn machen nach dem wie und warum zu fragen, da es jede/r schon längst wüsste. Aber nicht immer ist es gut, dass politische Prozesse offen gelegt werden. So hat es sein Gutes, wenn zum Beispiel Richter sich mit den Geschworenen von der Öffentlichkeit abgeschirmt beraten und diese nur die Entscheidung und die Begründung erfahren, aber nicht den Prozess selbst beobachten.²²³

Wer ist wofür verantwortlich?

Das hier besprochene Konzept der Zuständigkeit, umfasst nur politische Zuständigkeit. Also betrifft es nur Politiker, Richter, Polizisten, Soldaten, etc. Im engeren Sinne betrifft es nur die erste Kategorie.

Davon ausgehend, kann man mehrere Kategorien von Zuständigkeit ablesen: exekutive,

²²⁰ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S16-17

²²¹ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S18

²²² Vgl. Kearns, Kevin P. (2011): Accountability in the Nonprofit Sector: Abandoning the One-Size-Fits-All-Approach. In: Dubnik, Melvin J. et alii: Accountable Governance: Problems and Promises S197

²²³ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S19-21

legislative, bürokratische, juristische und militärische.

Die Frage nach dem wer, zielt auf die personelle Ebene ab. Die Frage nach dem wofür ist eine andere Frage. Wenn wir einen politischen Akteur für etwas verantwortlich halten, müssen wir uns aber auch fragen: Wie definieren wir schlechte Amtsführung? Welche Strafen verwenden wir? Was ist falsch, was richtig? Was ist Amtsmissbrauch?

Natürlich werden Behörden für vieles verantwortlich gemacht. Aber wir sollten uns dennoch im Klaren sein, dass wir das wofür wir sie verantwortlich machen, eingrenzen müssen.

Politische Verantwortlichkeit betrifft einerseits die politischen Themen und Prozesse, aber auch die Akteure selbst, ihre persönlichen Qualitäten. Administrative Verantwortlichkeit überprüft den korrekten Ablauf der Bürokratie und die Ausgaben. Professionelle Verantwortlichkeit überwacht die Einhaltung ethischer Standards in medizinischer, juristischer und akademischer Hinsicht. Finanzielle Verantwortlichkeit wacht über die Verwendung öffentlicher Gelder. Moralische Verantwortlichkeit bewertet politische Akte auf der Grundlage von Normen und konstitutionelle Verantwortlichkeit überprüft, ob Gesetze im Einklang mit der Verfassung erlassen werden.²²⁴

Wer ist wem verantwortlich?

Wer sind die Akteure, die von Politikern Erklärungen einfordern? Politische und moralische Verantwortlichkeit, wird meist von Bürgern, NGOs, den Medien oder den Oppositionsparteien eingefordert. Administrative und finanzielle Verantwortlichkeit wird von spezialisierten Organisationen überwacht, wie zum Beispiel Ombudsmänner, Verwaltungsgerichtshöfe, oder Antikorruptionsbehörden. Ethikkommissionen und Disziplinargerichte sind Institutionen der professionellen Verantwortlichkeit. Und Gerichte garantieren die verfassungsrechtliche Verantwortlichkeit.²²⁵

Es wird zwischen horizontaler und vertikaler Verantwortlichkeit unterschieden. Also zwischen gleichgestellten und ungleich gestellten. Im zweiten Fall handelt es sich um bürokratische Verantwortlichkeit. In dieser Beziehung versucht der höher Gestellte den Untergeordneten zu kontrollieren. Es ergibt sich also das Prinzipal-Agent Problem. Der niedriger gestellte Mitarbeiter wird stets versuchen, seinem Vorgesetzten mit unvollständigen Informationen zu versorgen, da er so seine eigene Macht ausweiten kann. In Demokratien können die Bürger über ihren Vorgesetzten via Wahlen abstimmen und ihn so für Fehlverhalten bestrafen.

Horizontale Verantwortlichkeit beschreibt die Beziehung zwischen Gleichen. Die

²²⁴ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S21-22

²²⁵ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S22-23

Gewaltenteilung in den modernen Demokratien stellt hierfür, das klassische Beispiel dar. Ein Mächtigegleichgewicht zu finden, welches ja horizontale Beziehungen voraussetzen, ist schwer. Denn Macht lässt sich schwer messen und deshalb existiert so gut wie immer ein Ungleichgewicht. Gleichgewichtige Beziehungen innerhalb Realpolitik zu finden ist deshalb eine unmögliche Aufgabe.²²⁶

Deshalb kann die Beziehung zwischen der verantwortlichen Partei und dem Akteur, der die Verantwortung einfordert, nie die von Gleichen sein. Wegen seiner Überwachungsfunktion, muss er immer mit gewissen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet sein, um unkorrektes Verhalten zu bestrafen, auf welche Art auch immer. Die Akteure können nicht über dieselbe Macht verfügen, jedoch kann es zu einer horizontalen Beziehung kommen, wenn der Akteur, der die Verantwortung einfordert, in allen Bereichen des Feldes unabhängig ist. Beide Parteien sollten im Idealfall über relativ autonome Macht verfügen. Horizontale Verantwortlichkeit verlangt im vorhinein eine Aufteilung der Macht, eine interne, funktionale Differenzierung. Horizontale Verantwortlichkeit findet sich sowohl innerhalb des Staates, zwischen Staat und Zivilgesellschaft, aber auch innerhalb der Zivilgesellschaft. Zivile Akteure können zwar große faktische Macht besitzen, jedoch können sie niemals das Gewaltmonopol an sich reißen, oder zur Quelle des Rechts werden, da dadurch ja der Staat in sich zusammen brechen würde und die Unterscheidung staatlich-zivilgesellschaftlich, ihre Bedeutung verlieren würde.²²⁷

Sekundäre Verantwortlichkeit

Aber was ist, wenn Akteure, die den Staat kontrollieren sollen, sich selbst zu übermächtigen Akteuren entwickeln? Wenn sie kontrovers handeln? Wenn man sie selbst schlecht überwachen kann? Natürlich würde diese Frage in einer unendlichen Kette ausarten. A ist rechenschaftspflichtig an b, und b an c, und c an d. Dies könnte man ewig so fortführen. Diese endlose Kette kann nur durch reziproke oder rekursive Verantwortlichkeit vermieden werden. Also die Elemente müssen sich gegenseitig verantwortlich sein.²²⁸

Horizontal Accountability in neuen Demokratien

Vertikale Verantwortlichkeit setzt voraus, dass eine Demokratie existiert, ansonsten ergibt das ganze Konzept keinen Sinn. Die Bürger müssen also die Möglichkeit haben zu einer Wahl zu

²²⁶ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S23

²²⁷ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S24-25

²²⁸ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S26-27

gehen und dort ihre gute oder schlechte Meinung über die Regierung zum Ausdruck zu bringen. Demokratien vereinen drei Prinzipien: Liberalismus, Republikanismus und Demokratie.

Liberalismus findet sich darin, dass es ein paar Rechte gibt, die unantastbar und unveräußerlich sind (Menschenrechte). Der Republikanismus in der Idee, dass Staatsdiener sich dem Gesetz zu unterwerfen haben und ihr Handeln stets im Interesse der Bevölkerung zu folgen hat. Der Liberalismus agiert in der privaten Sphäre und der Republikanismus in der öffentlichen. Daher kommt die gesplante Haltung des Liberalismus gegenüber dem Staat. Auf der einen Seite pocht er auf die Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat und auf der anderen Seite braucht er einen starken Staat, der die Rechte des Einzelnen garantiert. Über die Demokratie, also die Wahlen, kommen beide wieder zusammen, indem die Bevölkerung die obersten Staatsdiener wählt. Das Mehrheitsprinzip ohne die einschränkenden Wirkungen des Republikanismus und des Liberalismus ist grausam, denn kümmert sich nicht um den Schutz des einzelnen vor der Mehrheit und auch nicht um die Sinnhaftigkeit von Entscheidungen, solange diese nur nach dem Mehrheitsprinzip getroffen werden.

Auch wenn der Liberalismus sich nicht vollkommen mit dem Republikanismus versöhnen lässt und die Demokratie nicht mit dem Republikanismus, so haben diese drei Prinzipien, doch gemeinsam, dass sie sich alle dem Rechtsstaat unterwerfen, auch wenn sie unterschiedliche Ansichten über ihn haben.²²⁹

In Mexiko findet sich der Liberalismus eher als elitäres Phänomen, also nur in einer städtischen Oberschicht, aber nicht bei der ländlichen Bevölkerung. Auf Grundlage der Verfassung von 1857 wurden diese liberalen Ideen auch dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs erstmals gegenüber dem Bürger geltend gemacht. Im Austausch für Steuerfreiheit stellten indigene Kommunen dem Staat Soldaten.²³⁰

Allzu oft werden Wahlen als das identifiziert, was eine Demokratie ausmacht. Jedoch wird vergessen, dass es vor allem auch auf die Einstellung der Bevölkerung selbst ankommt und nicht nur auf legale Prinzipien. Demokratie geschieht vor allem dann, wenn sich die Menschen auch Gedanken darüber machen, wen sie wählen, wieso sie ihn/sie wählen. Wenn es keine Rotation gibt, sinkt die Wahlbeteiligung und sinkende Wahlbeteiligung ist ein Indikator für Desinteresse oder Frustration. Durch eine zu große Konzentration auf Wahlen

²²⁹ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S29-33

²³⁰ Vgl. Thomson, Guy P. C. (1997): Politics and Government: 1876-1910. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S1136-1138

als das konstitutive Element von Demokratien, wird allzu oft auf die beiden anderen Prinzipien, Republikanismus und Liberalismus vergessen.²³¹

Nach dieser längeren Erklärung, möchte ich darauf eingehen, was horizontal accountability wirklich bedeutet. Der Begriff horizontal accountability beschreibt die Existenz von staatlichen Institutionen, die einerseits über das nötige Recht und, was viel wichtiger ist, den nötigen Willen verfügen, andere staatliche Organe zu bestrafen, oder zu kritisieren, wenn diese kriminelle und gesetzeswidrige Handlungen vornehmen.²³²

Dies kann alle drei zuvor genannten Bereiche betreffen. Wenn Handlungen das demokratische Prinzip verletzen, ist es im Prinzip hinfällig, da dadurch die Demokratie selbst abgeschafft wird und dadurch auch die Aufteilung keinen Sinn mehr macht. Der Liberalismus wird verletzt, wenn Akteure des Staates, gewissen Personen oder den Polizisten erlauben, das Recht gegenüber bestimmten anderen zu brechen oder außer Kraft zu setzen. Verfolgung von Oppositionellen oder die Todesschwadronen wären hierfür Beispiel. Die meisten dieser Handlungen werden natürlich nicht direkt von gewählten Angehörigen des Staates ausgeübt, sondern von unteren, schwachen Staatsdienern, die an der Kopplung zwischen Staat und Zivilgesellschaft stehen.

Der Republikanismus schließlich wird durch Ignoranz und Selbstherrlichkeit der Regierenden (gewählt oder auch nicht) verletzt, wenn diese zum Beispiel die Bedürfnisse der Bevölkerung ignorieren und sich nicht dem Gesetz unterordnen. Oft handeln die Regierenden im Interesse von gewissen Einflussgruppen wie Parteien, ihrer Familie, Freunden, etc. Um dem entgegen zu wirken, ist es nötig Behörden ins Leben zu rufen, die mit den nötigen Kompetenzen und vor allem dem Willen ausgestattet sind, andere Behörden zu kontrollieren, zu sanktionieren und wenn nötig zu strukturieren. Diese können einerseits von der Öffentlichkeit und andererseits von Gerichtsurteilen in ihrem Handeln gestützt werden.

An besten sollten solche Behörden Teil von Netzwerken sein, die sich gegenseitig stützen.²³³

²³¹ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S34-38

²³² Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S38

²³³ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S39-41

1.1.2.6 Die Justiz

Beschäftigt man sich mit der Begrenzung politischer Macht, so kommt man unweigerlich auf das Justizwesen. Müsste sich diese doch vom Selbstverständnis her, als Hüterin der Gesetze am ehesten um die Einhaltung der selbigen kümmern. Das größte Problem der Rechtsstaatlichkeit, sind klare Zuständigkeiten, eine effektive Begrenzung der Regierung und natürlich der Schutz des Rechts. In Demokratien ist es wichtig, dass politische Macht begrenzt wird. In wirtschaftlicher Hinsicht, verlangt die Marktwirtschaft nach einem stabilen Rechtsrahmen, in dem die Akteure nach klaren Regeln agieren können.

In Lateinamerika sucht man danach meist vergeblich. Zu sehr wird ein ordentliches Prozedere durch die unklare Verteilung der Aufgaben zwischen den Behörden einerseits und die Bestechlichkeit der Staatsdiener andererseits verhindert. Ebendies zu verhindern, gehört eigentlich zu den Aufgaben der Justiz. Aber bevor man das Verhalten der Justiz gegenüber anderen Behörden betrachtet, sollte man ein Auge darauf werfen, wie sie sich in dieser Hinsicht intern verhält. So bekommt man von der Justiz ein ähnliches Bild wie von den restlichen Behörden. Sie ist korrupt, ineffizient und kostenintensiv.²³⁴

Die Entwicklung des mexikanischen Rechtssystems

Die erste Etappe (1812-1856)

Im Artikel 34 der Verfassung von 1812 wurde festgelegt, dass die Wahl der Abgeordneten durch indirekte Wahl zu bestimmen sei.²³⁵ Diese Wahl erfolgte in Wirklichkeit vierfach indirekt: In der Kirche versammelten sich die Wähler und bildeten zusammen den Kirchenausschuss, dem der Bürgermeister vorstand, im Beisein des Pfarrers. Nach der Messe wurden zwei Stimmenzähler und ein Sekretär ernannt. Der Präsident des Ausschusses fragte dann nach etwaigen Beschwerden bezüglich Bestechungen, Unregelmäßigkeiten etc. Stellte sich eine Anschuldigung als wahr heraus wurden die Beschuldigten ihrer aktiven und passiven Stimme enthoben, aber selbiges galt auch für den Ankläger, wenn sich seine Behauptung als falsch herausstellen sollte. Dann wurden die Wahlmänner gewählt (etwa 11 für jeden Kirchenausschuss) und diese wählten dann die Wähler der Kirchengemeinde. Nach einer mehr als fragwürdigen Wahlprüfung und Überprüfung der Wahlmänner „innerhalb“ ihrer

²³⁴ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S151-152

²³⁵ Vgl. Garcia, Israel Arroyo (1997): Constitution of 1857. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S332-334

Partei, wurden dann ebenfalls nach einer Messe von den Kirchenwählern die Parteiwähler gewählt (diesmal jedoch geheim und nicht offen). Mit einem von ihrer eigenen Partei ausgestellten Zertifikat, das ihre Rechtschaffenheit beweisen sollte, wurden sie in die Hauptstadt der Provinz geschickt und die Wähler der Partei bestimmten dann den Abgeordneten der Provinz – die Überprüfung dieser Wahl und der Abgeordneten fand durch eine dann im Parlament von den gewählten bzw. den ständigen Mitgliedern selbst bestimmten Kommission statt.²³⁶ Das wäre in etwa so als würde ein Richter über den Baubescheid seines eigenen Hauses bestimmen. Die Wahlgesetze von 1823, 1830, 1836, 1841 und 1847 änderten an den Wahlgesetzen relativ wenig.

1830 wurde die Kirchengemeinde durch eine Wahlsektion ersetzt, und der Kommissar der Wahlsektion musste die Stimmzettel den Bürgern aushändigen und die Wahlliste musste er dem primären Wahlausschuss aushändigen. So konnten die Bürger die Wahlen reklamieren, wenn sie gerechter- oder ungerechterweise auf der Wahlliste standen.

In den Grundsätzen der Mexikanischen Republik vom 14. Juli wurden zum ersten Mal Gründe für die Nichtigkeit einer Wahl aufgeführt. Nach Artikel 168 kann keine Wahl als nichtig angesehen werden, wenn nicht folgende Motive vorliegen: 1. Das Fehlen der verfassungsmäßigen Eigenschaften des Gewählten, 2. Intervention oder Gewaltanwendung des Militärs, 3. Fehlen der absoluten Mehrheit derjenigen, die das Recht haben zu wählen und 4. Fehler oder Betrug bei der Auszählung.

Die zweite Etappe (1857-1881)

In dieser Zeit, die mit dem Inkrafttreten der Konstitution von 1857 beginnt, gibt es wichtige Veränderungen im mexikanischen öffentlichen Recht. Es kommt zur Einschränkung der Macht der Legislative und die Justiz hat größeren Einfluss auf das Wahlrecht, und die Kontrolle der Verfassungskonformität der Gesetze und der Amtshandlungen. Die Einführung dieser Verfassung stand aber unter keinem besonders günstigen Stern. Noch im selben Jahr brach ein Bürgerkrieg aus und danach erfolgte die ausländische Intervention.

Mit der Wiederherstellung der Republik 1867 kämpften die drei Gewalten um mehr Souveränität voneinander, die ihnen die Verfassung zugestanden hatte.

So kommt der Oberste Gerichtshof ab 1872 zu der Ansicht, dass „...es zu den Kompetenzen der Bundesgerichtshöfe gehört, in bestimmten Fällen über die Legitimität der staatlichen Autoritäten der Bundesstaaten zu entscheiden.“²³⁷

²³⁶ Vgl. J. Fernando Ojesto Martinez Porcayo: Die Entwicklung der Wahljustiz in Mexiko S1ff

²³⁷ J. Fernando Ojesto Martinez Porcayo: Die Entwicklung der Wahljustiz in Mexiko S7

Die Geschichte des Gerichtshofs wurde insbesondere von ihren Persönlichkeiten beeinflusst. In dieser Periode standen sich der Richter Iglesias und der Präsident Lerdo gegenüber. In der Verfassungsreform von 1874 wurde der Senat wieder eingeführt, und die Aufgabe der politischen Kontrolle gegeben, um zu verhindern, dass sich der oberste Gerichtshof einmischte.²³⁸ In der darauf folgenden Präsidentschaftswahl 1876 kam es wieder zu Unregelmäßigkeiten, als ein Großteil der Wähler sich der Stimme enthielt, was so viel hieß wie, dass die Wahlen von Unruhen, Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung, Interventionen des Militärs oder gar der Nichtabhaltung der Wahlen kam. Als sich daraufhin mehrere Mitglieder des Obersten Gerichtshofs sich von ihm trennten, also distanzierten, aber nicht zurücktraten, kam man zu dem Schluss die Tätigkeit des Obersten Gerichtshofs bis auf weiteres zu suspendieren, so lange die verfassungsmäßige Ordnung nicht wieder hergestellt war²³⁹. Daraufhin verfasste der Richter Iglesias ein Manifest bezüglich des Wahlbetruges an die Nation, in dem er unter anderem sagt: „...entweder nehme ich das hin, was vor meinen Augen ein Staatsstreich ist und verwandle mich so bewusst in einen Komplizen des Anschlags auf die Konstitution; oder ich stelle mich offen gegen dieses Attentat, um dieser Komplizenschaft auszuweichen. Für einen Ehrenmann können die Wahlen [...] nicht zweifelhaft sein.“²⁴⁰ Als Gewinner aus diesem Streit ging, der schon oben erwähnte, Porfirio Diaz hervor.

Hindernisse für die Rechtsstaatlichkeit in Lateinamerika

Löste die Demokratisierung während der 80er in Lateinamerika noch allgemeine Zustimmung aus, wurde sie als Fortschritt für diese Region gesehen, so kamen Politikwissenschaftlern, unter anderem dem Argentinier Guillermo O'Donnell, schon erste Zweifel. Es gab Kritik, dass die breite Masse der Bevölkerung, wenn überhaupt, nur an den Wahlterminen politisch partizipiere und dass die politische Elite sich wenig an die Verfassung halte. Eine strikte Trennung von Privatem und Öffentlichem, sowie die Gewaltenteilung waren ihr ziemlich egal. Das Ausmaß der Korruption in Form von Klientelismus schien trotz der demokratischen Reformen weiter zuzunehmen. Die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz war ebenso wenig gegeben, wie eine Möglichkeit, die Politiker zur Verantwortung zu ziehen.²⁴¹

²³⁸ Vgl. Garcia, Israel Arroyo (1997): Constitution of 1857. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S332

²³⁹ Vgl. J. Fernando Ojesto Martinez Porcayo: Die Entwicklung der Wahljustiz in Mexiko S9ff

²⁴⁰ J. Fernando Ojesto Martinez Porcayo Die Entwicklung der Wahljustiz in Mexiko S9-10

²⁴¹ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S65

Das Verhältnis von formellem Recht und gesellschaftliche Gegennormen

Heute sind die Lateinamerikaner (zum größten Teil) nicht zufrieden mit dem Rechtssystem in ihren Ländern, doch was genau ihnen missfällt, hängt immer vom Standpunkt des Betrachters ab, also von ihrer Position in der Gesellschaft, denn daraus ergibt sich auch die Art der Rechtsverstöße vonseiten des Staates mit denen sie sich konfrontiert sehen. So beschwert sich die Unterschicht über das Verhalten der Behörden und die hohe Rechtsunsicherheit. Die Mittel- und Oberschicht hingegen stößt sich an unübersichtlichen Gesetzen, unnachvollziehbare Gerichte und die wachsende Kriminalität.²⁴²

Es existiert eine Vielzahl von Gesetzen, bei denen einerseits Unklarheit über deren Anwendung besteht und die andererseits mit bereits existierenden kollidieren. Das schafft eine große Unklarheit für die Anwendung der Gesetze durch die Exekutive einerseits und die Befolgung durch die Bürger andererseits. Durch die hohe Anzahl an neu verabschiedete Gesetze, achtet die Legislative oft gar nicht darauf, ob neue Gesetze nicht mit alten kollidieren. Dadurch entsteht eine Unübersichtlichkeit und Intransparenz von Gesetzen. So wird derselbe Sachverhalt durch zwei oder mehrere sich widersprechende Gesetze geregelt. Wie soll ein Bürger sich so gesetzestreu verhalten? Auch die zahlreichen Sonderregelungen für bestimmte Gruppen tragen ihr übriges dazu bei.²⁴³

Den Behörden, Gerichten und Polizisten fällt durch die vielen Möglichkeiten ein großer Ermessensspielraum zu. So können sie den für sie opportunen Standpunkt einnehmen. Dadurch entsteht eine paradoxe Situation: Sie brechen das Gesetz, aber halten sich auch daran.²⁴⁴

Die Exekution von Gesetzen

Da dem Exekutivorgan eine so große Bandbreite an Entscheidungen zufällt, kann der Bürger das Gesetz *aushandeln*. Dass die Auswahl für Beamte oft von deren Bereitwilligkeit abhängt ebenso korrupt zu werden wie ihr Vorgesetzter, wurde in vorherigen Kapiteln schon erwähnt. Dies betrifft aber ebenso die Richterschaft, wenn auch mit einigen Einschränkungen. Sie genießen keinen guten Ruf, hatten sie doch kaum Verstöße gegen die Verfassung (wie z.B.: Militärputsche, Wahlmanipulation, etc...) bestraft, sondern versuchten aus diesen Situationen heraus stets ihre eigene Macht zu erweitern.²⁴⁵ In den 90-ern kam es zwar wie schon oben

²⁴² Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S66

²⁴³ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S67

²⁴⁴ Vgl. Waldmann, Peter: Der anomische Staat; S68

²⁴⁵ Vgl. wie oben

erwähnt zu einigen Reformen um die Ausbildung und die finanzielle Situation der Richter zu verbessern, doch inwieweit diese Maßnahmen eine Änderung bewirken können bleibt noch abzuwarten. Außerdem finden sich große Teile der Bevölkerung sowieso jenseits der Arme des Gesetzes wie zum Beispiel die abgelegenen Indioenklaven, in denen es höchstens alternative Rechtsschlichtungsformen gibt, wie den schon erwähnten Friedensrichter. Diese sind aber oft von ausländischer Unterstützung abhängig. In den Gebieten, die von Guerillabewegungen, Drogenkartellen oder selbstherrlichen Großgrundbesitzern kontrolliert werden, kommt das staatliche Recht schon überhaupt nicht mehr zur Anwendung, sondern herrschen eigene Gesetze.²⁴⁶

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind eng miteinander verbunden. Die Rechtsstaatlichkeit regelt die Beziehungen zwischen Staat und Bürger, den Bürgern untereinander und innerhalb des Staates selbst. Rechtsstaatlichkeit existiert dann, wenn die Regierung sich den Spielregeln der Gesetze unterwirft.

Die Rechtsstaatlichkeit stellt eine Methode dar, um den Staat und die Regierung in ihrem Handeln zu beschränken und sie gegebenenfalls auch zu bestrafen. Um dies zu gewährleisten, müssen die Gesetze klar und bindend sein. Außerdem stellt sie den Schutz von gewissen Rechten sicher. Das Problem liegt jedoch meist in der Ausübung. Hierbei ergibt sich ein großer Widerspruch zwischen formell geltendem Recht und exekutiertem Recht auf. Die praktische Anerkennung der Rechte der Staatsbürger und deren Schutz ist einer der wichtigsten Schritte in Richtung Demokratie. Sie stellt außerdem ein wichtiges Element für die Anerkennung der staatlichen Herrschaft durch die Bürger dar.

Die Gerichtsbarkeit bietet dann idealerweise das Umfeld, in dem die Rechtsstaatlichkeit abgesichert wird. Sie schützt das Recht und die Verfassung, bietet ein Forum für die Bürger um ihrer Streitigkeiten beizulegen (entweder untereinander oder mit dem Staat), und schließlich trägt sie zur Bekämpfung der Kriminalität bei.²⁴⁷

Gerichtliche Unabhängigkeit

Gerichtliche Unabhängigkeit ist wichtig, um einerseits das Ansehen der Gerichte zu stärken und deren Unbefangenheit sicher zu stellen und andererseits eine effektive Umsetzung der

²⁴⁶ Vgl. wie oben

²⁴⁷ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S152-153

Gesetze garantieren.

Um dies zu gewährleisten, ist eine Autonomie des Gerichts von der Regierung das Wichtigste. Dies ist insbesondere für die horizontale Verantwortlichkeit von besonderer Bedeutung.

Dadurch kann sichergestellt werden, dass die Richter bei ihren Entscheidungen nicht durch kurzfristige politische Überlegungen beeinflusst werden.

Außerdem müssen die Richter eine neutrale Position gegenüber den Konfliktparteien einnehmen können, um ein faires Urteil zu garantieren. Bestechungen und soziale Bindungen zu einer Konfliktpartei dürfen nicht vorhanden sein. Zudem sollten Richter keiner Ideologie nahe stehen, was aber nur sehr schwer zu kontrollieren ist. Schließlich sollten sie sich nicht von der Öffentlichkeit oder den Medien unter Druck setzen lassen. Durch die Medien kann ein/e Richter/in zu einer bekannten Person werden, was großen Druck auf ihn/sie ausübt und sie/ihn in ihrem/seinem Urteil vielleicht negativ beeinflusst.²⁴⁸

Bei der Frage der Justiz gibt es immer die Spannung zwischen Unabhängigkeit und demokratischer Herrschaft. In einer Demokratie ist es die Aufgabe der Justiz die Prinzipien, die Gesetze zu schützen. Sie handelt (idealerweise) nicht aufgrund von persönlichen Vorzügen, sondern verschreibt sich der Verfassung, den Gesetzen, ihrer korrekten Einhaltung und ihrem Schutz. Dies spielt umso mehr eine Rolle, wenn ihre Entscheidungen einen politischen Einfluss haben. Nicht diesem Ethos verschriebene Richter könnten der Versuchung nur allzu leicht erliegen, für den eigenen, persönlichen Vorteil, oder auch aus Noblesse Gründen, vielleicht aus dem Glauben heraus, das Richtige zu tun, das Gesetz zu biegen, es bewusst falsch auszulegen und damit ihre Macht zu missbrauchen. Diese Versuchung ist und wird immer groß sein.

Deshalb wird bei der Auswahl von Richtern idealerweise auch stärker darauf geachtet in wie weit die Kandidaten mit wichtigen Politikern oder einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen in Kontakt stehen. Durch die Ernennung auf Lebenszeit und einem angemessenen Gehalt, wird dem Richter finanzielle Unabhängigkeit von demjenigen garantiert, der ihn ernannt hat. Aber auch noch andere Faktoren spielen eine Rolle. So wird das Agieren und die Entscheidungen der Richter wesentlich von den Überwachungs- und Kontrollrechten, mit denen sie ausgestattet werden, beeinflusst. Außerdem wirkt sich das politische Umfeld des Rechtssystems darauf aus, inwieweit sie Gebrauch von ihren Kompetenzen machen, oder

²⁴⁸ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State; S154

eben auch nicht.

All diese Faktoren spielen zusammen. Ist ein Richter von der Verfassung her mit wenig Rechten ausgestattet, kann er auch wenig kontrollieren. Ist der politische Druck zu groß, will er vielleicht seine verfassungsmäßige Rolle gar nicht in vollem Umfang wahr nehmen.²⁴⁹

Es gibt zahlreiche Unterschiede. Je nachdem, ob sich ein Rechtssystem aus dem Gewohnheitsrecht abgeleitet entwickelt hat, oder ob es sich am Römischen Recht orientiert. Das angelsächsische oder das kontinentaleuropäische. In Lateinamerika findet man einen Synkretismus. Während es sich traditionellerweise von Kontinentaleuropa das kodifizierte Recht übernahm, baute es mit der Zeit auch das US-amerikanische Modell der Gewaltenteilung mit seinem starken präsidentiellen Charakter ein. Wie schon erwähnt garantieren zwar die Verfassungen theoretisch den Gerichten eine unbestreitbare Rolle in Fragen der Verfassung und der Gesetze, doch die Realität sieht anders aus. Die Höchstgerichte waren zu oft nicht in der Lage, grobe Verstöße gegen die zu verhindern und damit ihrer Rolle im Staat gerecht zu werden.²⁵⁰

Aber das ist nur eine Seite des Problems, denn zudem zeichnen sich die Gerichte auch noch durch eine grobe Ineffizienz aus und ihre Entscheidungen sind meist nur schwer vorherzusagen. Diese beiden Faktoren werfen ein schlechtes Bild auf die Glaubwürdigkeit der Lateinamerikanischen Gerichte.

Die lateinamerikanischen Gerichte werden generell als ineffizient und dem Willen des Militär oder der Politik unterworfen angesehen, also genau das Gegenteil von dem was die Verfassung als ihre Aufgabe ansieht. Es ist also nicht nur eine Aufgabe, die Gerichte vom äußeren Einfluss zu schützen, sondern vielmehr müssen auch von innen die Abläufe verbessert werden.²⁵¹

Die Rolle, die die Gerichte in einem lateinamerikanischen Staat spielen, hängt stark davon ab, welche ihnen die Politiker, die Gesellschaft und andere wichtigen Gruppen, die den Staat ja eher als Mittel zum Zweck ansehen, zugestehen. Durch die Machtfülle und den meist sehr

²⁴⁹ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S155

²⁵⁰ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S155

²⁵¹ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S156

hohen virtuellen, aber auch realen Einfluss des Präsidenten in lateinamerikanischen Ländern, sehen sich die Gerichte einem enormen Druck ausgesetzt. Dies geschieht vor allem nach einem der zahlreichen Putsche in der lateinamerikanischen Geschichte. Dies verhindert den Aufbau einer Rechtstradition, da durch die neuen Verfassungen natürlich meist fundamentale Änderungen in der Rechtsordnung einhergehen und die Judikative oft mit starken Eingrenzungen ihrer Befugnisse, durch zum Beispiel Notstandsverordnungen zu kämpfen hat. Die ständigen Änderungen der Gesetzestexte tragen ihr Übriges dazu bei. Die Gerichte müssen sich auf Änderungen einstellen, sie können nicht gut funktionieren, wenn die Regeln, nach denen sie arbeiten, ständig über den Haufen geworfen werden, zudem schwächt dies auch noch das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsordnung. Mögen die Militärregime einige dieser Probleme erklären, so ist eine Demokratie allein aber noch kein Garant für ein besseres Funktionieren der Rechtsordnung. In Demokratien kann es sogar sein, dass Politiker mehr Interesse daran haben, Einfluss auf die Justiz zu nehmen, da sie in einer Demokratie deren Entscheidungen nicht ignorieren können.²⁵²

Ein weiteres Problem ist die massive Korruption in Zusammenhang mit mafia-artigen Organisationen wie Drogenkartellen, die Einfluss auf die Justiz nehmen. Es ist nur allzu verständlich, dass ein Richter sich leicht dazu verführen lässt, über gewisse Straftaten hinwegzusehen, wenn sich ihm dafür die Möglichkeit bietet sein Einkommen zu vervielfachen. Auch hieran sieht man, dass das Einkommen eines Richters in keiner Relation zu seiner Verantwortung steht. Jedoch können sich die lateinamerikanischen Staaten ihren Richtern nur einen Bruchteil von dem Gehalt zahlen wie das ihrer westeuropäischen Kollegen. Das macht sie natürlich zu leichter Beute für Bestechungen, zumal ja auch noch das Verständnis eines rational geleiteten Amtsbetriebes fehlt, wie ihn Weber kennt. Es existiert auch eine lange Tradition der Missachtung der Gesetze.²⁵³²⁵⁴

Es gibt auch kaum Kontrollen der Qualifikation von Richterasspiranten. Richterliche Beschlüsse sind kaum ein Thema in der Öffentlichkeit, es kommt zu keiner öffentlichen Debatte über die Ämtervergabe. In den meisten Staaten, darunter auch Mexiko, ist eine richterliche Amtszeit auf 5-6 Jahre beschränkt. Ausnahmen hiervon bilden nur Argentinien, Brasilien, Chile und Paraguay. Die realen Budgets der Gerichte sind weit geringer als die

²⁵² Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S157-158

²⁵³ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S158

²⁵⁴ Vgl. Max Weber-Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie (1922)
<http://www.textlog.de/7321.html>

Staaten formell deklarieren, was zu einem Mangel an genügend Personal und Ausstattung führt, wodurch die Gerichte weit mehr mit der Administration der Beschlüsse, als mit deren sorgsamer Ausarbeitung beschäftigt sind.²⁵⁵

Mit der Einführung der Demokratie und der damit einhergehenden Entwicklung einer Zivilgesellschaft und eines Bewusstseins als Staatsbürger, werden die Menschen dazu gedrängt, sich politisch zu engagieren (auch wenn sich dies oft nur in Wahlen ausdrückt). Es entsteht ein größeres Bewusstsein für die eigenen Rechte, aber auch dafür, wie diese vom Staat ausgelegt werden sollten, und vor allem dafür, wenn er sie nach Meinung der Gesellschaft falsch auslegt. Durch den mit der Modernisierung des staatlichen Sektors beginnenden Schrumpfungsprozess der öffentlichen Leistungen (vor allem den Sozialleistungen und finanziellen Förderungen), gibt es aber auch weniger Kanäle über die Bürger ihre Forderungen an den Staat artikulieren können und das gerade, wenn dieses Bedürfnis ja sehr stark ansteigt. Die Kritik am Staat entsteht ja nicht unbedingt, weil er korrupt ist, denn das ist er ja schon seit langem, sondern, weil er seiner Aufgabe nicht ausreichend nachkommt die ausufernde Kriminalität zu bekämpfen. Die Bürger wissen ja nicht unbedingt, was falsch läuft, sondern sehen sich hauptsächlich mit den Konsequenzen konfrontiert, wissen nicht, was genau geändert werden müsste, sondern nur, dass etwas geändert werden müsste. Der Hauptfaktor für das schlechtere Ansehen der Gerichte ist die erhöhte Öffentlichkeit ihrer Verfehlungen, die zumeist von NGOs, aber auch Medien aufgedeckt werden. Eine Reaktion auf diese zunehmende Kritik ist zum Beispiel die Einrichtung von Ombudsmännern in Mexiko und El Salvador.

Auch von wirtschaftlicher Seite entsteht eine größere Nachfrage nach klareren Regeln, auch wenn dies nicht alle Sektoren betrifft, manche Unternehmen sind sogar ganz zufrieden mit der Korruption (z. B.: Coca Cola Company in Chiapas). Aber ein stabiles Rechtssystem ist doch der Mehrheit der Unternehmen lieber, da von Korruption immer nur ein kleiner Teil profitiert.

²⁵⁶

Erfolgreiche Reformen bedürfen nicht nur der Änderung des Gesetzestextes, sondern brauchen vor allem eine Änderung der politischen Kultur, der Werte und der Erwartungen einer Gesellschaft.

²⁵⁵ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S159

²⁵⁶ Vgl. Schedler, Andreas; Diamond, Larry; Plattner, Marc F.: The Self-Restraining State S161-165 und Vgl. www.sipaz.org CIEPAC 2001, 2003, 2004

2 Geschichte und Entwicklung Mexikos

2.1 Entwicklungsdefizite bei der Etablierung moderner Staatlichkeit

2.1.1 Von der Kolonialzeit bis zur Unabhängigkeit

Die Ankunft der Spanier Anfang des 16. Jhd. im heutigen Mexiko, führte zu blutigen Auseinandersetzungen unter den Konquistadoren, die in einem drei Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg in Peru gipfelten, dessen Ursachen in der brutal geführten Reconquista Spaniens und der schwachen Präsenz des Königs in den Kolonien liegen. Zunächst orientierte man sich am portugiesischen „...Stützpunktsystem zur Beschaffung von Gold, Sklaven und Handelsgütern...“²⁵⁷, doch als dieses scheiterte, ging man zu Beutezügen über. Die ersten Konquistadoren wurden durch Berichte von Seefahrern angelockt, wie zum Beispiel Juan Grijalva, der auf der Halbinsel Yucatan gestrandet, durch Tauschgeschäfte mit Tabasco-Indianern Gold erworben hatte. Von ihnen erfuhren die Spanier auch das erste mal vom mächtigen Aztekenreich.²⁵⁸

Von diesen Berichten erfuhr auch Hernan Cortes und ließ eine Expedition ausrüsten, die zunächst nur Informationen sammeln sollte, doch innerhalb von nur zwei Jahren unterwarf er das gesamte Aztekenreich.²⁵⁹ Dabei ist anzumerken, dass dies keine Handelsexpedition im heutigen Sinne ist, sondern eine schwer bewaffnete spanisch-genuesischen Söldnertruppe.²⁶⁰

Nach der Plünderung des Silbers und Goldes, begannen die Konquistadoren mit der Ausbeutung der Indianer als Arbeitskräfte in Minen oder als Perlentaucher, in Form von überhöhten Tributen und dem Verkauf in die Sklaverei. Vor allem in der Karibik, den nördlichen Küstengebieten Südamerikas und Mittelamerika kam es zu Bevölkerungsrückgängen von bis zu 90%. Zwar trugen die eingeschleppten Krankheiten einen wesentlichen Teil dazu bei, doch Überarbeitung, Mangelernährung und die Zerschlagung der sozialen Ordnung waren nicht minder wichtige Faktoren.²⁶¹

Die Konquistadoren kamen meist aus dem niedrigen spanischen Adel, den Hidalgo. Sie besaßen entweder nur wenig Land oder waren segundones (Zweitgeborene) und wieder andere wie zum Beispiel Francisco Pizarro, waren illegitime Söhne. In der ersten, oder auch

²⁵⁷ Reinhard, Wolfgang: Kleine Geschichte des Kolonialismus. S58

²⁵⁸ Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S57

²⁵⁹ Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S58-59

²⁶⁰ Vgl. Reinhard, Wolfgang: Parasit oder Partner?, S13

²⁶¹ Vgl. Keen, Benjamin (1997): Conquistadors. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S321

karibischen, Phase der Eroberung der neuen Welt kamen vor allem Kastilier, aber auch Ausländer stellten große Teile der Truppen der Konquistadoren. Sie kamen aus fast ganz Europa: Italiener, Deutsche, Schotten, Engländer, Franzosen, Ungarn, Polen, Griechen und Portugiesen. Nach Tradition der Reconquista waren sie in *compañía* gegliedert. Die Profite wurden unter allen Mitgliedern nach einem bestimmten Schlüssel aufgeteilt. Die Mitglieder finanzierten die Unternehmungen meist über Kredite. Deshalb war ein Erfolg unbedingt notwendig, da ansonsten ihre Existenz gefährdet gewesen wäre. So standen die niedrigeren Mitglieder von Cortes Expedition vor dem Ruin, da ihre Anteile nicht einmal die Ausgaben für ihre Bewaffnung deckten. Bei den ersten Eroberungen bekamen auch die niedrigeren Schichten Landzuteilungen, was später nur noch den Anführern und hohen Adligen vorbehalten blieb.²⁶² Die religiöse Missionierung war meist nur sekundär wie Pizarro es zu einem Priester gesagt haben soll: „Dafür [die Missionierung] bin ich nicht gekommen. Ich bin gekommen um ihnen ihr Gold weg zu nehmen.“²⁶³ Tatsächlich sahen aber auch die Könige Spaniens und Portugals den „...Daseinszweck der Neuen Welt vor allem darin, ihre stets leeren Staatskassen zu füllen.“²⁶⁴

Rein rechtlich waren die amerikanischen Gebiete des spanischen Kolonialreich keine Kolonien, sondern ein „*reinos patrimoniales*“, das heißt es verfügte über Privilegien wie der Verleihung von Adelstiteln und königlichem Land. Die spanische Krone besaß das Handelsmonopol mit den Kolonien, nur spanische Schiffe und Kaufleute durften mit ihnen handeln.²⁶⁵ Finanziell war die Conquista für die Krone ein Erfolg, da sie sich selbst finanzierte und sehr schnell expandierte.²⁶⁶

Die Dominanz der Spanier in Mittelamerika, dem Nördlichen Südamerika und der Karibik wurde schon ab den 20er Jahren des 16. Jhd. von den Franzosen und ab den 60er Jahren von den Engländern angefochten. Später kamen noch Holländer und in kleinerem Maße Dänen, Brandenburger und Welser sowie Piraten hinzu.²⁶⁷

²⁶² Vgl. Keen, Benjamin (1997): Conquistadors. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S322

²⁶³ Keen, Benjamin (1997): Conquistadors. in: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA S323; Übersetzung des Verfassers

²⁶⁴ Reinhard, Wolfgang: Kleine Geschichte des Kolonialismus. S58

²⁶⁵ Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko. S67

²⁶⁶ Reinhard, Wolfgang: Kleine Geschichte des Kolonialismus. S61-63

²⁶⁷ Vgl Reinhard, Wolfgang: Parasit oder Partner?, S32-35

Mit dem Beginn der bourbonischen Herrschaft in Spanien 1700, kam es zu einigen Änderungen der politischen und ökonomischen Institutionen im Mutterland und in den Kolonien. Durch die bourbonischen Reformen sollten die schlechte finanzielle Situation Spaniens, wie sie unter der habsburgischen Regentschaft vorherrschten beseitigen. Traditionelle Privilegien und regionale Steuerfreiheiten wurden abgeschafft und der direkten Kontrolle der spanischen Krone unterstellt. Bis 1787 wurde das Finanzsystem von den Händen der Vizekönige auf die des Vorsitzenden der königlichen Schatzkammer übertragen. Abgesehen von abgelegenen Regionen wie der Halbinsel Yucatan wurden corregidores (Richter und Vorsitzende der Städteversammlung) und alcaldes mayores (Steuereintreiber und Gewerbezulassung) eingesetzt. Jedoch ließ die Umsetzung zu wünschen übrig und Zuständigkeiten überschnitten sich oder einige Gebiete wurden einfach vergessen.²⁶⁸

2.1.2 Von der Unabhängigkeit bis zum Porfiriat

Die Gründung der Nachfolgestaaten Neuspaniens, fand im großen und ganzen zwischen 1810 und 1840 statt. Die damals festgelegten Grenzen verlaufen auch heute noch mehr oder weniger an denselben Stellen (abgesehen von Nordmexiko)²⁶⁹. Von der erlangten Unabhängigkeit von Spanien 1821 bis ins letzte Viertel des 19. Jhd. kann man lediglich von den Ansätzen eines Staates, in Bezug auf die Steuerhoheit und das Gewaltmonopol sprechen²⁷⁰. Der Loslösung Mexikos vom spanischen Mutterland begann 1809 als zivile Unruhen zunahmen und Miguel Hidalgo, ein mexikanischer Priester, sich an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung stellte. Er führte seine Anhänger im folgenden Jahr nach Guanajuato und stürmte den dortigen Kornspeicher, Ereignisse, die Alaman Lucas in seinem Buch „Die Geschichte Mexikos“ festhielt.²⁷¹ Zwischen den 1860ern bzw. 1870ern und dem Ausbruch der mexikanischen Revolution von 1910/11 konnte der mexikanische Staat seine Macht aufgrund einer innerstaatlichen Stabilisierung und einem durch Auslandskapital finanzierten Wirtschaftswachstum seine fiskalische, polizeiliche und administrative Macht deutlich ausbauen und letztendlich auf das gesamte Staatsgebiet ausbauen.

²⁶⁸ Vgl. Garcia, Melchior Campos (1997): Politics and Government: Bourbon New Spain. In Werner Michael I. (Hg.): 2. Mexico – Civilization – Encyclopedias; S1104

²⁶⁹ Vgl. Buisson-Wolff, Inge (1999): Desintegration und Staatenbildung in Hispanoamerika, 1810-1840. In: König, Hans-Joachim (Hg.): Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika; Köln: Vervuet Verlag S85

²⁷⁰ Vgl. Tobler, Hans Werner (1999): Die Entwicklung des mexikanischen Staates im 19. und 20. Jahrhundert. In: Reinhard, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. München: Oldenburg Verlag S37

²⁷¹ Vgl. Williams, Rebecca: www.historicaltextarchive.com und Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko; S73-74

Dennoch war dieser Staat keineswegs ein so Konsolidierter wie es nach außen hin den Anschein erweckte, was dessen rascher Zusammenbruch zeigen sollte. Der Staat konsolidierte sich in drei Phasen, von denen die revolutionären Bürgerkriege des Jahrzehnts zwischen 1910/20 die letzte darstellt. Der Staat ging schlussendlich gestärkt aus diesen Kriegen hervor. Er sah es nicht mehr nur als Aufgabe günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern wollte durch nationalistische Strömungen bedingt selbst zum Träger der wirtschaftlichen Entwicklung werden.

Die Entwicklung des mexikanischen Staates lässt sich in drei Phasen unterteilen, die hier folgend beschrieben werden.

Die Unabhängigkeit Mexikos von Spanien brachte keine so einschneidenden Veränderungen für die politisch-gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung seit dem 18. Jhd. wie man vielleicht meinen möchte. Die kolonial geprägten Verhältnisse und auch das Fortdauern bestimmter Formen staatlicher Organisation trugen zur chronischen Schwäche des mexikanischen Staates bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und darüber hinaus bei.

Der Verlauf der eigentlichen Dekolonialisierung in Mexiko unterschied sich von dem im restlichen spanischen Südamerika. Die kreolische Elite und die kolonial-spanische Verwaltung schlossen sich nämlich zusammen und schlugen die Aufstände unter Morelos und Hidalgo nieder. Die Erklärung der Unabhängigkeit erfolgte wegen der 1820 von Spanien erlassenen liberalen Verfassung von Cadix, welche die Privilegien der kreolischen Aristokratie und der katholischen Kirche beschnitt. Das Hauptproblem Mexikos zwischen 1821 und 1876 war, dass es den verschiedenen politischen Kräften nicht gelang eine funktionierende Verfassung zu etablieren.²⁷²

Diese reaktionären Wurzeln zeigt schließlich auch die Verfassung von 1824. In ihr sind zwar die Prinzipien wie Repräsentativität, Rechtsgleichheit und Meinungsfreiheit enthalten, aber die Sonderrechte von Armee und Klerus blieben weiterhin bestehen. Die Indios wurden zwar mit den Kreolen und den Spaniern gleichgestellt, doch wenn sie in indianischen comunidades lebten, waren sie faktisch außerhalb des staatlichen Rechtsraums.

Im Wesentlichen beschränkte sich die Macht des Zentralstaats auf die Hauptstadt, die wichtigsten Häfen, sowie die Grenzzollposten. Die finanziellen Mittel akkumulierte der Staat im Prinzip über Zolleinnahmen und Darlehen der agiotistas (Spekulanten). Zudem wurde der

²⁷² Vgl. Guedea, Virginia (1997): Politics and Government: 1821-1876. In: Werner, Michael I. (Hg.): 2. Mexico – Civilization – Encyclopedias, USA; S1106-1108

Staat abwechselnd von sich befehlenden Fraktionen beherrscht. Dadurch löste sich der Staat in immer mehr und immer kleiner werdende lokale Machtbereiche auf.²⁷³

So gab es bis 1850 „fünfzig“ verschiedene Regierungen, die hauptsächlich aus Militärrevolten hervorgingen. 11 dieser Regierungen unterstanden der Präsidentschaft General Antonio Lopez de Santa Anna.

2.1.3 Der mexikanisch-amerikanische Krieg

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstreckte sich Lateinamerika noch bis an den Mississippi. Der Krieg zwischen den USA und Mexiko änderte dies jedoch. Die USA, die als Sieger aus diesem Konflikt hervorgingen, konnten sich riesige Gebiete einverleiben. Mexiko verlor damit rund ein Drittel seines Staatsgebiets. Zwar wird von vielen Historikern bemerkt, dass diese Gebiete kaum erschlossen und besiedelt waren, doch war es ein starker symbolischer Schlag für das mexikanische Selbstbewusstsein. Die USA konnten sich somit die Territorien der heutigen Staaten Texas, Arizona, Utah, Nevada, Kalifornien und New Mexiko sichern. Der Krieg wurde nicht von allen gut geheißen. Es gab sogar Kritik von oberster Stelle, so bemerkte General Grant: „Was mich anbetraf, so war ich ein erbitterter Gegner der Maßregel und betrachte den daraus entstandenen Krieg bis auf den heutigen Tag als einen der ungerechtesten, die je von einer stärkeren Nation gegen eine schwächere geführt worden sind. In diesem Falle folgte eine Republik dem schlechten Beispiel europäischer Monarchien und nahm in dem Wunsche, weiteres Gebiet zu erwerben, keine Rücksicht auf die Gerechtigkeit.“²⁷⁴

Diese Gebietsverluste und außerdem noch die katastrophale Niederlage der mexikanischen Armee wurden im Wesentlichen durch zwei Prozesse bedingt. Erstens ist die, schon erwähnte, Schwäche des mexikanischen Staates nach innen wichtig (fehlendes Gewaltmonopol, die Herrschaft der Caudillos am Land und die vielen inneren Kriege). Denn es war ein Caudillo, der Texas unter der Protektion der USA für unabhängig erklärte. Mexiko hatte dem Angriff der USA nichts entgegen zu setzen (außer vielleicht biologische Kriegsführung²⁷⁵). Wenig später wurde das unabhängige Texas in die USA eingegliedert.

²⁷³ Vgl. Tobler, Hans Werner: Die Entwicklung des mexikanischen Staates im 19. und 20. Jahrhundert; S38-44

²⁷⁴ Vgl. Grant (1886): „MEMOIREN“; http://www.bigcountry.de/index.php?Seite=/amerikanisch_mexikanischen_krieg.htm

²⁷⁵ Im Krieg kamen mehr amerikanische Soldaten durch Seuchen ums Lebens, als durch mexikanische Soldaten.

Zweitens begann durch diesen Krieg die Unterscheidung zwischen dem mächtigen Norden und dem ohnmächtigen Süden Amerika, was noch heute die Beziehungen zwischen diesen beiden Weltregionen belastet. Außerdem lösten die USA den vormaligen großen Bruder, das Vereinigte Königreich als Hegemonialmacht in dieser Region ab.

Im Vertrag von Guadeloupe Hidalgo wurde der Gebietsabtritt schließlich abgesegnet. Dieser Krieg erklärt vielleicht vieles an dem gestörten Verhältnis der beiden Großregionen. Auch der Ausdruck Gringos stammt aus dieser Zeit. Er leitet sich von den damals grünen Uniformen der amerikanischen Soldaten ab.²⁷⁶

Die Wurzel des Konflikts liegen im beginnenden 19. Jhd. Damals ließen sich mit der Erlaubnis des spanischen Gouverneurs Antonio Martinez etwa 300 amerikanische Familien unter der Führung des Amerikaners Moses Austin an den Flüssen Austin und Colorado nieder. Nach der Unabhängigkeit Mexikos ließ sich dessen Sohn die Rechte der amerikanischen Siedlern von der neuen Regierung in Mexiko-Stadt bestätigen. Bei seiner Rückkehr war das Gebiet von Indianerstämmen, die vor weißen Siedlern in den Süden geflohen waren, verwüstet worden. Das schwache mexikanische Militär war nicht in der Lage gewesen die Siedler zu schützen. Um dem in Zukunft vorzubeugen, heuerte Austin Schützen an, aus denen später die Texas Ranger hervorgehen sollten. Es folgten immer mehr Siedler bis es 1835 ungefähr 30.000 waren. Alle Siedler hatten die mexikanische Staatsbürgerschaft angenommen und verpflichteten sich zum Katholizismus zu konvertieren, was aber nicht allzu ernst gehandhabt wurde. Die amerikanischen Siedler genossen die selben Rechte wie die spanischen Tejanos. Das Zusammenleben führte zu keinen großen ethnischen Spannungen. 1824 kam es in Mexiko zu einer Neuordnung des Staatsgebietes und Texas wurde mit Coahuila unter dem Namen Coahuila y Tejas vereinigt. Nach der Verlegung der Hauptstadt in das territorium von Coahuila kam es vermehrt zu bewaffneten Protesten. Die Rebellen nannten sich Texianer und lehnten sich gegen die mexikanische Bürokratie auf. Sie wollten auch weiterhin, wie ihre Brüder in den USA Sklaven halten. Santa Anna forderte daraufhin die Ausweisung aller „Ausländer“.

Die texanische Revolution begann 1835, als die Einwohner des texanischen Dorfes Gonzales sich weigerten, dem mexikanischen Militär eine geliehene Kanone wieder auszuhändigen und

²⁷⁶ Vgl. Kaller-Dietrich, Martina u. Mayer, David: <http://www.lateinamerikastudien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-26.html>

das Feuer auf die mexikanischen Soldaten (unter anderem mit genau dieser Kanone) eröffneten. Als Mexiko eine große Armee aushob, besetzte am 27. Jänner 1836 ein Teil der texanischen Rebellen das aufgelassene Fort Alamo, um Sam Houston, dem Kommandeur der texanischen Truppen Zeit zu verschaffen, selbst eine Armee auszuheben. Knapp einen Monat später traf die mexikanische Kavallerie ein und die Belagerung begann. Die mexikanischen Truppen unter Santa Anna nahmen Alamo unter Dauerbeschuss, bis es schließlich am 6. März kapitulieren musste. Doch der Sieg war teuer erkaufte und Santa Anna verlor viele seiner Elitesoldaten. Am 20. März besiegten mexikanische Truppen bei Goliath ein texanisches Regiment, das sie nach seiner Kapitulation hinrichten ließen. Am 21. April folgte jedoch die Rache, als die Texaner das stark überlegene mexikanische Heer am kleinen Fluss San Jacinto vernichtend schlugen. Sam Houston wurde texanischer Präsident und stellte den Antrag auf den Anschluss an die USA, da Texas allein auf Dauer der mexikanischen Bedrohung nicht gewachsen war, doch der Antrag wurde vor allem auf Druck des Nordens vom amerikanischen Kongress abgelehnt.²⁷⁷

Seit den 40ern des 19. Jhd. kam es immer wieder zu Spannungen zwischen den USA und Mexiko. 1843 arrangierten Großbritannien und Frankreich ein Abkommen zwischen Texas und Mexiko, doch dieses führte nicht zur Anerkennung der Souveränität Texas durch die Mexikaner. Ganz im Gegenteil, denn dadurch, dass Santa Anna darauf bestand, dass Texas noch immer ein Teil Mexikos sei, setzte er eine Annexion Texas, die von den meisten US-Amerikanern begrüßt wurde, mit einer Kriegserklärung gleich.²⁷⁸

Die mexikanische Öffentlichkeit, sowohl die konservative als auch die liberale, waren über das aggressive Verhalten der Washingtoner Politiker erzürnt, aber der neue Präsident, General Herrera, fand bald heraus, dass die finanzielle und militärische Lage seines Landes einen Widerstand zum Scheitern verurteilten und aus Europa keine Hilfe zu erwarten war.²⁷⁹

Im Dezember 1845 putschte General Paredes und wurde im Jänner 1846 Präsident. Da die Truppen in der Hauptstadt auf Seiten Paredes standen, konnte Herrera ihm nichts entgegen setzen. Die Etablierung einer Monarchie unter einem europäischen Adelshaus scheiterte einerseits am Desinteresse der Europäer und andererseits an der republikanisch gesinnten

²⁷⁷ Vgl. wie oben und Vgl. Santoni, Pedro (1997): U.S.-Mexican War. In: Werner, Michael I. (Hg.): 2. Mexico – Civilization – Encyclopedias, USA S1511-1513

²⁷⁸ Vgl. Bazant, Jan (1989): Texas. In : Bethel, Leslie (Hg.): The Cambridge history of Latin America: From Independence to c. 1870; Cambridge (UK) S441

²⁷⁹ Vgl. wie oben

Armee. Außerdem war dafür auch zu wenig Zeit, denn die weit überlegenen US-amerikanischen Streitkräfte überrollten die schwach gerüsteten Mexikaner innerhalb von wenigen Monaten und besetzten den Norden des Landes. In ihrer Verzweiflung setzten die Mexikaner das ungleiche Paar aus Farias und Santa Anna, als Vizepräsidenten und Präsidenten ein. Die USA verweigerten Santa Anna nicht die Einreise, da sie befürchteten, dass dies noch mehr Chaos verursachen würde, und sie vor den mexikanischen Streitkräften ohnehin wenig zu befürchten hatten. Da die mexikanische Kriegskasse leer war, beschlagnahmte Santa Anna 10% der Kircheneigentümer, was 1847 zu einer Militärrevolte, die von der Kirche unterstützt wurde führte.²⁸⁰ Daraufhin musste sich Santa Anna dem Druck der Kirche beugen, setzte aber durch, dass diese für die Kredite des Staates bürgen würde, im Wissen, dass diese wahrscheinlich niemals zurückgezahlt werden würden. Santa Anna zog in einen aussichtslosen Krieg gegen die weit überlegenen amerikanische Armee.²⁸¹ Am 9. März 1847 landeten schließlich amerikanische Truppen in Vera Cruz und eroberten am 15. September 1847 die Hauptstadt. Santa Anna tritt daraufhin als Präsident, nicht aber als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zurück. Die USA versuchen eine Regierung zu etablieren und forcieren den Beginn von Friedensverhandlungen.²⁸²

Zuerst in Toluca und dann später in Queretaro wird unter dem ehemaligen obersten Richter Manuel de la Pena y Pena eine Gegenregierung ohne Liberale gebildet. Trotz der schlechten Verhandlungsbasis gelang es der Regierung in den Verhandlungen einige besetzte Gebiete wie z. B. Lower California zurück zu bekommen. Die direkten Folgen des Gebietsverlustes für Mexiko waren weniger schlimm, als sie zunächst erschienen, denn zwar mussten sie fast die Hälfte ihres Territoriums abtreten, doch war dieses nur sehr dünn besiedelt (1-2% der mexikanischen Bevölkerung) und hatte wenige natürliche Ressourcen. Weitaus schlimmer waren die indirekten Folgen. So kam es 1847 zum War of the Castes, in dem ehemalige Soldaten, die aus der Ethnie der Maya rekrutiert worden waren und nicht mehr in die Sklaverei zurückwollten, sich gegen die Zentralgewalt erhoben. Das besiegte Mexiko verfügte über keine Armee mehr, die groß genug war, um sie nach Yucatan zu entsenden und die Revolte zu ersticken. Die amerikanischen Siedler vertrieben die Indianer in den neu eroberten Gebieten, die daraufhin im Norden Mexikos einfielen und dort Haciendas plünderten und Menschen töteten. Die Sierra Gorda Rebellion wurde von Sklaven und verschuldeten

²⁸⁰ Vgl. Bazant, Jan (1989): Texas. In : Bethel, Leslie (Hg.): The Cambridge history of Latin America: From Independence to c. 1870; Cambridge (UK) S443

²⁸¹ Vgl. Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S77

²⁸² Vgl. Bazant, Jan (1989): Texas. In : Bethel, Leslie (Hg.): The Cambridge history of Latin America: From Independence to c. 1870; Cambridge (UK) S444 und Vgl. Santoni, Pedro (1997): U.S.-Mexican War. In: Werner, Michael I. (Hg.): 2. Mexico – Civilization – Encyclopedias, USA.; S1514

Arbeitern der Haciendas ausgelöst und versuchte ihnen freies Land zu geben.²⁸³

Mit Hilfe amerikanische Waffenlieferungen konnten die Rebellionen zwar niedergeschlagen werden, doch die Folgen waren verheerend. Die Kreolen Yucatans überlebten zwar, es starben aber rund die Hälfte von ihnen.²⁸⁴

Der mexikanisch-amerikanische Kriege und die vielen parallel dazu verlaufenden Kleinkriege führten zu einer der tragischsten Episoden der mexikanischen Geschichte, dem zweiten Kaiserreich oder der französischen Intervention. Zwischen 1862 und 1867 besetzten französische und habsburgische Truppen Mexiko und riefen Maximilian von Österreich zum Kaiser von Mexiko aus. Die Jahre des Blutvergießens brachten aber auch eine Stabilisierung der politischen Eliten mit sich, wodurch die darauf folgende Periode, das Porfiriato zu einer der stabilsten in der Geschichte Mexikos werden sollte.²⁸⁵ Die Intervention hatte mehrere Gründe: Einerseits die schon im Kapitel über die Rolle der Verfassung erwähnten Verlierer der Reformkriege von 1857 bis 1861, die nach Frankreich geflüchtet waren und von dort aus gegen Mexiko konspirierten und andererseits die kolonialen Fantasien von Kaiser Napoleon III, der sich Profite aus der mexikanischen Bergbauindustrie versprach. Außerdem waren die USA als einziger ernstzunehmender lokaler Konkurrent gerade selbst mit einem Bürgerkrieg beschäftigt. Zuerst tarnten die Franzosen die Aktion als eine Schuldeneintreibungsmission und auch Spanien und Großbritannien beteiligten sich, stiegen aber nach wenigen Monaten wieder aus, als klar wurde, dass Frankreich einen Marionettenstaat gründen wollte. Nach einer plötzlichen Niederlage zu Beginn des Krieges in Puebla, konnten die französischen Truppen innerhalb weniger Monate Mexiko-Stadt erobern. Die Unterstützung konservativer Kräfte in Mexiko war weit geringer als die Exilanten es dem französischen Kaiser geschildert hatten und die katholische Kirche konnte sich mit dem säkularen Frankreich nicht anfreunden. Napoleon III suchte nach einem möglichst neutralen Kandidaten für den mexikanischen Thron, den er im habsburgischen Erzherzog Ferdinand Maximilian fand. Auch wenn die französischen Truppen im ganzen Land Pazifizierungsfeldzüge unternahm, konnte sie den Widerstand nie ganz brechen. Es kam zu einigen Wirtschaftsaufschwüngen, die aber mit äußeren Ereignissen in Zusammenhang standen, wie zum Beispiel in Monterrey, wo ein Zentrum für den Transport von Gütern aus und in das Territorium der Konföderation der

²⁸³ Vgl. Bazant, Jan (1989): Texas. In : Bethel, Leslie (Hg.): The Cambridge history of Latin America: From Independence to c. 1870; Cambridge (UK) S447

²⁸⁴ Vgl. Bazant, Jan (1989): Texas. In : Bethel, Leslie (Hg.): The Cambridge history of Latin America: From Independence to c. 1870; Cambridge (UK) S448

²⁸⁵ Vgl. de la Mora, Luz Maria (1997): French Intervention. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S541

Südstaaten entstand.²⁸⁶

Die Besatzungstruppen konnten zwar einige Erfolge erzielen und alle wichtigen Städte erobern, doch der Widerstand konnte aufgrund der Unterstützung vor allem in den vielen kleinen Dörfern nie gebrochen werden. Nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs begann der Kaiser ehemalige konföderierte Soldaten und Ingenieure anzusiedeln, wodurch Städte wie „Villa Carlota“ oder „New Virginia“ entstanden und erlaubte ihnen ihre Sklaven für 5 bis 10 Jahre zu behalten. Dies führte jedoch dazu, dass die USA die mexikanischen Rebellen mit Waffen versorgte. Mit dem Beginn des deutsch-französischen Krieges musste Napoleon III seine Truppen abziehen um seine Position in Frankreich zu stärken.²⁸⁷

Maximilian I versuchte zwar die Armee zu reorganisieren und mexikanische Truppen aufzustellen, doch da er nur in Venedig mit der Marine Erfahrung gesammelt hatte, scheiterte er.²⁸⁸ Dadurch brach die Herrschaft des Kaisers beinahe im gesamten Land zusammen und 1867 stellte Juarez die Republik wieder her.²⁸⁹

2.1.4 Das Porfiriat

Mexikos Entwicklung im Porfiriat wurde durch zwei sehr eng miteinander verbundene Prozesse charakterisiert. Zum einen die staatliche und wirtschaftliche Modernisierung und zum anderen die daraus entstehende politische und gesellschaftliche Krise. Bis zum Ausbruch der Revolution wirkten die Kräfte der Modernisierung eher stabilisierend, doch nach der Revolution von 1910/11 überwogen die destabilisierenden, auflösenden und krisenhaften Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Politik²⁹⁰.

Unter staatlicher Modernisierung wurde vor allem die Ausweitung der zentralen Regierungsmacht auf das ganze Land verstanden. Regionale Machtbereiche wie die *cacicazgos* (lokale Chiefs) mussten ihre Loyalität gegenüber der Zentralmacht erweisen oder wurden ausgeschaltet. Vor allem für den Norden und den Süden bedeutete es tief greifende Veränderungen, mussten sie doch große Teile ihrer Autonomie nun an eine Zentralmacht

²⁸⁶ Vgl. de la Mora, Luz Maria (1997): French Intervention. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S542 und Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S78-79

²⁸⁷ Vgl. de la Mora, Luz Maria (1997): French Intervention. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S543

²⁸⁸ Vgl. Corti, Egon Caesar Conte: Maximilian von Mexiko. S139-143

²⁸⁹ Vgl. de la Mora, Luz Maria (1997): French Intervention. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S543

²⁹⁰ Vgl. Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940, S23 und Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S81-83

abgeben.

Die wirtschaftliche Modernisierung erfolgte wie so oft in Entwicklungsländern nur in Teilbereichen. Diese waren hauptsächlich auf Rohstoffe ausgerichtete Sektoren wie der Bergbau- und Erdölsektor, die exportorientierte Landwirtschaft, das Verkehrs- und Kommunikationssystem und die verarbeitende Industrie, diese aber nur zum Teil.²⁹¹

Durch Investitionen aus dem Ausland verfügte der Staat nun über ausreichend Ressource um die Verwaltung und die öffentliche Ordnung auszubauen. Die Ausweitung der Zentralmacht und die damit einhergehende „Beruhigung“ des Landes waren die Voraussetzung für die Investitionen des Auslands, den wer baut schon gerne eine Fabrik, wenn er nicht weiß, ob sie am nächsten Tag noch steht.

Die gesellschaftliche Modernisierung blieb jedoch weitestgehend aus. So zeigte sich kaum eine zunehmende Partizipation der Unter- und Mittelschicht am politischen Geschehen.

Oligarchische Herrschaftsverhältnisse wurden sogar noch gefestigt, sodass man nur von einer Teilmodernisierung reden konnte.²⁹²

Entmachtung traditioneller und lokaler Eliten

Wie schon erwähnt war die Zentralisierung der politischen Macht die wichtigste Strategie der Machthaber. Durch die Aufhebung der *alcabalas*²⁹³ (Verkaufssteuer) entzog sie den lokalen Eliten die wirtschaftliche Basis, die in der Zeit vor dem Porfiriat vor allem einen starken Einfluss auf den Kongress hatte. Die Judikative und die Legislative verloren durch die Zentralisierung zunehmend an Macht gegenüber der Exekutive und traditionelle Rechte der Einzelstaaten wurden ausgehöhlt. Das gesamte Herrschaftssystem wurde immer stärker auf die zentrale Person des Präsidenten ausgerichtet. So bedurften gewählte Gouverneure und Abgeordnete des Bundeskongress der Zustimmung des Präsidenten. Durch Betrug und gezielte Gewalt konnte Diaz (der Präsident) das Aufkommen bedeutender politischer Gegengewichte verhindern.²⁹⁴ Man konnte schon fast von einer Autokratie sprechen, auch wenn er immer wieder gewählt wurde. Interne Konflikte kamen zwar unter seiner Herrschaft nie vollkommen zum Erliegen, doch schaffte er es, dass alle beteiligten Gruppen ihn als obersten Schiedsrichter akzeptierten. Diaz sicherte sich seine Macht vor allem durch die geschickte Politik des *divide et impera*, also vergleichbar mit der Politik des British Empire.

²⁹¹ Vgl. wie oben

²⁹² Vgl. Schell Jr., William (1997): Politics and Government: 1876-1910. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA., S1111-1118

²⁹³ Vgl. Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940, S95

²⁹⁴ Mabry, Donald J.(2001): The Porfiriato. www.historicaltextarchive.com

Bis zur Jahrhundertwende spielten politische Parteien und Verbände in Mexiko kaum eine Rolle.²⁹⁵

Die neuen Eliten

Das Porfiriat war vor allem militärisch geprägt. Militärisch in dem Sinne, dass es eine hohe Anzahl von Generälen, die sich während der Revolution „verdient“ gemacht hatten, in wichtigen staatlichen Positionen gab. Der Prototyp dieser Gruppe war nach Abel Hernández²⁹⁶ „...[ein] zwischen 1830 und 1835 geborene[r] Militär [...] von bäuerlicher oder halbstädtischer Herkunft. [...] Als Liberaler und Anhänger von Juárez hatte er an vielen Waffengängen teilgenommen und sich aufgrund seiner militärischen Erfolge in den cacique seiner Herkunftsregion verwandelt... Mit 40 bis 45 Jahren stößt er in den inneren Kreis der Machtelite vor, aus dem er sich schließlich gegen Anerkennung seiner Vormachtstellung in seine Heimatregion zurückzieht. Er beschließt seine Tage gegen Ende des Porfiriats, fast ohne jeden politischen Einfluss, aber als großer Hacendado.“²⁹⁷ Der Anteil der Militärs in der Regierung, auf Bundes- und Gliedstaats-ebene, wie auch im Kongress war während der ersten Präsidentschaft von Díaz noch relativ hoch und betrug 59% (1876-1880) bzw. 50% (1880-1884), sank aber während seiner zweiten Legislaturperiode auf 27,2% ab²⁹⁸.

Dieses sanfte Ausmustern der alten Eliten, schaffte Díaz vor allem durch wirtschaftliche Pfründe. Da sie Angst hatten ihr Vermögen zu verlieren wurden sie ihm gefügig. Im Mexiko des 19. Jhd. entstammten die Eliten meist aus den untersten Schichten, aus Leuten, die sich hochgearbeitet²⁹⁹ hatten. Ein Charakteristikum, das auch für die Zeit nach der Revolution von 1910 seine Gültigkeit behalten sollte.

Die Científicos

Die Bezeichnung leitete diese Gruppe vor allem von einer „...gemeinsamen sozialphilosophischen Überzeugung ab.“³⁰⁰ Die genaue Bedeutung des Begriffes ist höchst umstritten, denn er wird sowohl für die Gruppe von Intellektuellen und politischen Beratern

²⁹⁵ Vgl. Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940. S96ff

²⁹⁶ Vgl. Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940, S96ff und Vgl. Schell Jr., William (1997): Politics and Government: 1876-1910. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S1115

²⁹⁷ Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940; S96ff

²⁹⁸ Vgl. wie oben

²⁹⁹ Wobei hochgearbeitet hier nicht heißt, dass dies auf integrale Weise geschah.

³⁰⁰ Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940; S99

Diaz verwendet, als auch allgemein für einflussreiche Befürworter des Regimes.³⁰¹ Als bei den Revolutionen von 1910 und 1911 die Aufständischen den Científicos den Tod wünschten, meinten sie das gesamte Regime und nicht nur eine bestimmte Gruppe innerhalb desselben. Als Kopf der Científicos galt Gabino Barreda, der unter Präsident Benito Juárez Staatssekretär für Justiz gewesen war. In seiner „Oracion civica“ von 1867, stellte er den Sieg der Mexikaner gegen die französischen Besatzer, als den Eintritt in eine Zeit der Freiheit, Ordnung und des Fortschritts dar.³⁰² Durch ihren Einfluss auf die mexikanische Zeitung „La Libertad“, halfen sie die Machtübernahme Diaz im Nachhinein zu rechtfertigen, da dieser im Gegensatz zu Lerdo Tejada, der zwar demokratisch gewählt worden war, ein starker politischer Führer sei und die Demokratie zu schwachen Präsidenten und Anarchie führen würde.³⁰³ Mit ihrer Ideologie rechtfertigten sie den zunehmenden Einfluss von Auslandskapital auf Mexikos Wirtschaft und die Herrschaft einer technokratischen Oligarchie über die als rassistisch minderwertig empfundene indigene Bevölkerung. Hier kann man durchaus Vergleiche zur Rassenideologie der Nationalsozialisten ziehen, wenn auch vergleichsweise harmloser. Die Científicos waren vorerst nur eine von mehreren Gruppen, auf die sich Diaz stützte. Sie konnten sich zwar mit ihren liberalen (wenn auch elitären) Ideen nicht durchsetzen, aber übernahmen wichtige Regierungspositionen (z. B.: das Wirtschafts-, das Innen- und das Außenministerium). Ihr Einfluss wirkte sich weniger über Posten in Ämtern und Institutionen, in denen die Entscheidungen gefällt wurden aus, als viel mehr durch einen indirekten Einfluss, durch ihren Zugang zum Präsidenten, also quasi durch beratende Funktion. Sie konnten ihren Einfluss vor allem über „...die anerkannten Fachleute auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sowie als erfolgreiche Rechtsanwälte, der Jurisprudenz...“³⁰⁴ geltend machen. Wenn von den Científicos gesprochen wird entsteht oft der Eindruck, dass es sich hierbei um eine Gruppe der Gesellschaft handelt, doch die wirklichen Científicos bestanden nur aus dem oberen Beraterstab des Porfirios und umfassten nie mehr als ein dutzend Männer.³⁰⁵

Durch die Einführung der Wiederwahl des Präsidenten im Jahre 1888, floss diese Art der

³⁰¹ Vgl. Beals, Carleton (1997): Porfirio Diaz: Dictator of Mexico. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S260

³⁰² Vgl. Beals, Carleton (1997): Porfirio Diaz: Dictator of Mexico. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S261

³⁰³ Vgl. wie oben

³⁰⁴ Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940; S100

³⁰⁵ Vgl. Beals, Carleton (1997): Porfirio Diaz: Dictator of Mexico. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S261

Machtzementierung auch auf alle Ebenen darunter herab. So war die Wiederwahl auf allen Ebenen der Legislative und der Exekutive möglich. Dadurch wurde der Pool aus dem sich die politischen Eliten rekrutierten zunehmend kleiner. 1910 war Diaz gewählter Präsident mit einer Amtszeit von 26 Jahren, wobei sein Kabinett ihm in Nichts nachstand und auch ähnlich lange im Amt war. Dies führte zu einer Vergreisung der Herrschaftselite. Es gab sogar 90-jährige in ihren Reihen.

Die wirtschaftliche Entwicklung während des Porfirians

Wie schon erwähnt kam es in Mexiko eher zu einer konservativen Modernisierung, das heißt die unteren Schichten wurden ausgeschlossen. Dies kann man besonders am Beispiel der Landwirtschaft und dem Aufstieg des Nordens sehen. Durch das Ende der Apachenkriege und den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen den USA und Mexiko 1884 rückte diese einst periphere Region ins Zentrum. Durch diese Voraussetzungen begann im Norden ein starkes Wirtschaftswachstum und die Entstehung einer Mittelschicht, die im späteren Bürgerkrieg von Bedeutung sein sollte, da vor allem der Norden sich durchsetzen konnte. Leider war diese Region nun auch von den Entwicklungen des Weltmarktes abhängig und bekam die Weltwirtschaftskrise umso heftiger zu spüren.³⁰⁶ Die Científicos bevorzugten, was den Einfluss fremder Nationen auf die Wirtschaft betraf, eine Balance aus europäischen und US-amerikanischen Investitionen, um so die Aggression der USA in Grenzen zu halten, da sie dadurch sich einen gewissen Schutz durch die europäischen Großmächte versprachen.³⁰⁷ In den 1890ern organisierten die Científicos unter der Führung von Sierra und Limantours die Wiederwahl Diaz mit Hilfe der neu gegründeten Union Liberal nacional (ULN). Zwar errang Diaz wieder die Macht, doch mit dem Aufstieg Limantours zum Sprecher der Científicos 1895 begann der Anfang vom Ende des Porfirians. Zwar war dieser ein sehr geschickter Schatzkanzler, aber er konnte Mexikos Rückstand nicht nachhaltig reduzieren. Gegenüber den Konservativen konnten sie zwar eine Stärkung des Amtes des Präsidenten erreichen, scheiterten aber mit der Durchsetzung der richterlichen Unabhängigkeit. Einerseits propagierten sie Maßnahmen zur Eindämmung der Macht der caudillos und stellten sich gegen den Personalismus, aber andererseits unterstützten sie Diaz und akzeptierten seine autokratische Herrschaft. Was die Científicos von anderen wichtigen Gruppen im Beraterstab

³⁰⁶ Vgl. Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940; S34

³⁰⁷ Vgl. Beals, Carleton (1997): Porfirio Diaz: Dictator of Mexico. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S263

des Präsidenten unterschied, war ihr Einfluss auf die Medien.³⁰⁸ Auch wenn die Cientificos schließlich scheiterten, so waren es doch ihr Einfluss und ihre Ideen, die die Macht lokaler Eliten während des Porfiriats zurückzudrängen vermochten, aber schließlich begingen sie diesselben Fehler, die sie selbst so sehr kritisierten.

Das Ende

Mit der Einsetzung Ramon Corrales, einem eher wenig angesehenen Cientifico, als Vizepräsidenten, der von keiner Gruppe Unterstützung genoss und recht unpopulär war, beschwor Diaz 1908 schließlich den Bürgerkrieg herauf, der das Ende des Porfiriats einläuten sollte. Dies zeigt wie sehr er die Macht Sierras und Limantours fürchtete.³⁰⁹ Madero, der 1910 gegen Diaz antrat wurde verhaftet.³¹⁰ Als er während einer gefängnisrevolte entkam floh er nach Texas und erklärte die Wahl in der Erklärung von Potosi für nichtig. Daraufhin begannen Aufständische einen Guerillakrieg im Norden, und im Süden wütete in Chiappas bereits seit längerem ein Bürgerkrieg unter der Führung von Zappata. Im März 1911 musste sich Diaz schließlich geschlagen geben und ging nach Europa ins Exil.³¹¹

2.1.5 Die Transformation Mexikos nach der Revolution

In den Wirren nach der Revolution war es General Obregon, der als Minister und später als zweiter Präsident der Republik, das Land wieder aufbaute. Mit seinem einstigen Weggefährten Carranza, der der erste Präsident werden sollte, kam es bald zu Zerwürfnissen. Obregon warf carranza Misswirtschaft und Korruption vor, was schließlich zu einer neuen Revolte, die Obregon mit Hilfe des Militärs an die Macht brachte. Er schaffte es erfolgreich zwischen den verschiedenen Parteien zu vermitteln und implementierte 1920 die neue Verfassung. Da er aus niedrigeren Eliten abstammte, aber auch gute Kontakte zu den kleinen Bauern pflegte, genoss er einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung. Dadurch war es im ein leichtes nach der Interimspräsidentschaft von de la Huerta die neuerliche Rebellion für sich zu entscheiden. Durch Agrarreformen und eine freundliche Politik mit den USA, sicherte er sich nach innen und nach außen ab. Er schloss Wirtschaftsbeziehungen mit den USA und belieferte sie mit mexikanischem Öl, was ihm eine gute finanzielle Basis sicherte.³¹²

³⁰⁸ Vgl. Beals, Carleton (1997): Porfirio Diaz: Dictator of Mexico. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S264-265

³⁰⁹ Vgl. wie oben

³¹⁰ Vgl.: Marbry, Donald J.: „The Beginning of the End: Porfirio Diaz“; <http://historicaltextarchive.com>

³¹¹ Vgl. wie oben

³¹² Vgl. Carrie E., Starks „Obregon, Alvaro – Transformation of Mexico“ ; <http://historicaltextarchive.com>

3. Krisensymptome

3.1 Die Drogenkriminalität in Mexiko

Die Anfänge des mexikanisch-amerikanischen Drogenhandels gehen bereits bis auf den Beginn des 20. Jhd. zurück. Damals wird in Mexiko mit dem Anbau von Schlafmohn begonnen, um die Opiumsucht der chinesischen Gastarbeiter in Kalifornien zu befriedigen, da das Rauschmittel zu Beginn des 20. Jhd. für illegal erklärt wurde.³¹³ Da die Nachfrage sehr stark anwuchs, wurde Mexiko das wichtigste Transitland für den Schmuggel von Drogen in die USA³¹⁴ Durch die Prohibition der 20er und 30er Jahre kommt noch der Alkoholschmuggel und damit eine weitere Basis für den Reichtum der Drogenkartelle hinzu. Da die Drogenschmuggler den schwachen mexikanischen Staat immer wieder als Rückzugsgebiet vor den amerikanischen Behörden nutzen, verfolgen amerikanische Polizisten sie auch illegal über die Grenze hinweg.³¹⁵ Durch den Zweiten Weltkrieg benötigen die USA größere Mengen an Morphin und verschließen deshalb ihre Augen vor den Verbrechen, außerdem fielen die traditionellen Seerouten durch den Krieg mit Japan weg.³¹⁶ Erst in den 60ern als der Drogenkonsum stark zunimmt, werden nicht mehr die Konsumenten, sondern die Produzenten als Hauptursache gesehen. In der Operacion Condor durchforsten über 10.000 mexikanische Soldaten und Beamte Sinaloa. Sie brennen Marihuana- und Schlafmohnfelder nieder und vertreiben die Bauern, darunter aber auch viele Unschuldige. Folterungen und sogar Hinrichtungen ohne Prozess finden statt. Die Aktion hat jedoch nur geringe Wirkung, denn die „Narco-Unternehmen“ wandern einfach in andere Provinzen ab und bleiben dank Beziehungen zu Politikern und Polizei weitgehend unbehelligt.³¹⁷

Mit der Gründung der DEA 1973 traten die USA gegen die Drogenindustrie auf mexikanischem Territorium an, auch wenn die mexikanische Regierung nur relativ zögerlich kooperierte. Drei verschiedene Programme wurden in Kooperation durchgeführt: die Vernichtung von Drogenfeldern aus der Luft, die Unterbindung von Transporten, und

Verhaftungen bzw. Tötungen von Drogenbossen.³¹⁸ Mit Beginn der 80er Jahre erlebt die

³¹³ Vgl. Azzellini, Dario (2002): www.lateinamerikanachrichten.de

³¹⁴ Vgl. Toro, Maria Celia (1997): Drug trade. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S417

³¹⁵ Vgl. wie oben

³¹⁶ Vgl. Toro, Maria Celia (1997): Drug trade. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA.; S418

³¹⁷ Vgl. Azzellini, Dario (2002): www.lateinamerikanachrichten.de

³¹⁸ Vgl. Toro, Maria Celia (1997): Drug trade. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History –

Drogenindustrie in der Regierungszeit von Präsident De La Madrid wieder einen starken Aufschwung. Sogar die DFS, die mexikanische Drogenbekämpfungsbehörde muss aufgelöst werden, da sie mit einem Kartell kollaboriert. Der ehemalige Chef dieser Behörde Rafael Aguilar Guajardo wird sogar Boss eines der Kartelle. In dieser Zeit entstehen auch die Verbindungen zu den kolumbianischen Kartellen, da die Nachfrage nach Kokain stark ansteigt.³¹⁹ Zugleich startet die US-Regierung unter Reagan und später George H. W. Bush den „War on drugs“. Bemühungen in den USA wurden verstärkt, vor allem Kontrollen der Häfen. Dies führte zu einer Anpassung und Reorganisation der Kartelle, die Mitte der 1980er stärker waren, als noch in den 1970ern.

Unter der Amtszeit von Carlos Salinas (1988-1994) und seinem Nachfolger Ernesto Zedillo verstricken sich Beamte, Polizei und Politiker immer weiter in den Drogensumpf. Die Kooperation zwischen Staat und Drogenkartellen geht sogar soweit, dass kolumbianische Flugzeuge mit Drogen an Bord unter dem Schutz von Soldaten auf alten Armee-flughäfen entladen werden. Der Präsident kassiert persönlich Bestechungsgelder der Kartelle, wenn er die Flugzeuge nicht abfängt. Seine Familie ist fest mit dem Geschäft verstrickt. Ihm und seiner Familie werden Verbindungen mit dem Medellin- und dem Golfkartell nachgesagt. Dies führt dann aber im Endeffekt zur Aushöhlung der Macht der PRI. Am Ende seiner Amtszeit setzt sich Salinas mit einem Milliardenvermögen nach Irland ab, doch sein Bruder wird wegen Mordes verhaftet. Salinas trifft sich jedoch weiterhin mit wichtigen Persönlichkeiten der PRI.

Unter seinem Nachfolger Ernesto Zedillo (1994-2000) ändert sich wenig. Das mexikanische Innenministerium vermutet, dass etwa die Hälfte der rund 900 bewaffneten kriminellen Organisationen aus ehemaligen und aktiven Polizisten besteht. Es gab zwar immer wieder spektakuläre Verhaftungen, dies änderte aber relativ wenig.

Auch der neue Präsident Vincente Fox konnte nichts dagegen unternehmen. Er entließ zwar ganze 70%! der Staatsanwaltschaft wegen Verbindungen zum Drogenhandel. Auch wenn er während seiner ersten 100 Tage einige Achtungserfolge erzielte, ging die Zahl der beschlagnahmten Drogen daraufhin wieder zurück. Zudem wurden zivile Posten in der Polizei zunehmend vom Militär besetzt, was angesichts dessen offensichtlicher Verstrickung in den

Encyclopedias, USA.; S418-419

³¹⁹ Vgl. Azzellini, Dario (2002): www.lateinamerikanachrichten.de

Drogenhandel sehr fragwürdig ist.

Durch seine geografische Lage zwischen den USA und den großen Drogenproduzenten Lateinamerikas ist Mexiko vor allem wegen der nur sehr schlechten Kontrolle durch den Staat, das wichtigste Transitland für Rauschgift in die USA. 90% des Kokains, das auf dem amerikanischen Markt gehandelt wird, passiert Mexiko. Waren es vor den 90ern vor allem kolumbianische Kartelle (Cali und Medellin), so wuchs die Bedeutung mexikanischer Kartelle seit dieser Zeit, auch wenn sie schon davor eine Rolle spielten. Die Inhaftierung von wichtigen Drogenbossen (vor allem des Golf- und des Tijuana Kartells) führten zu vermehrten blutigen Nachfolgekämpfen. Vor allem das Golf- und das Sinaloa Kartell zeichnen sich durch vermehrte Gewalt gegen Zivilisten und Beamte aus.³²⁰

Anfangs waren die mexikanischen Kartelle nur die Juniorpartner der kolumbianischen, doch schon bald konnten sie diese an Macht, Vermögen und Gefährlichkeit überholen und entwickelten sich zu den gefährlichsten verbecherorganisationen der westlichen Hemisphäre. Ihre macht stützt sich hauptsächlich auf ihre geografische Schlüsselstelle zwischen den Produktions- und den Konsumländern. Weiters konnten die Kartelle das Machtvakuum, das durch die Zerschlagung des Medellin- und des Calikartells (1993-1995) entstand nutzen um ihre Position auszubauen. Den nun standen verhältnismäßig große mexikanische Transitororganisationen, den kleinen verbliebenen kolumbianischen Organisationen gegenüber. Durch das NAFTA-Abkommen und dem dadurch resultierenden höheren Transportvolumen zwischen USA und Mexiko erhöhten sich auch die Möglichkeiten zum Drogenschmuggel.³²¹

Das Drogengeschäft ist ein großer Wirtschaftsfaktor, allein im Anbau sind in Mexiko zwischen 40.000 und 50.000 Bauern involviert und in anderen Bereichen des Drogengeschäfts lassen sich nur schwer Zahlen ausmachen.³²²

Die Organisation der Kartelle ähnelt der der italienischen Mafia, was auch die Stabilität der Führung erklärt. Es gibt keinen bekannten Fall in dem der Kopf eines Kartells von Konkurrenten aus den eigenen Reihen beseitigt wurde. Unnatürliche Führungswechsel kamen immer nur durch Verhaftungen oder Erschießungen vonseiten der Polizei zustande. Die

³²⁰ Vgl. Cook, Colleen W.: CRS Report for Congress "Mexico's Drug Cartels" (Oktober 2007) und World Drug Report 2010

³²¹ Vgl. Hoffmann (2009) „Drogenkrieg in Mexiko“

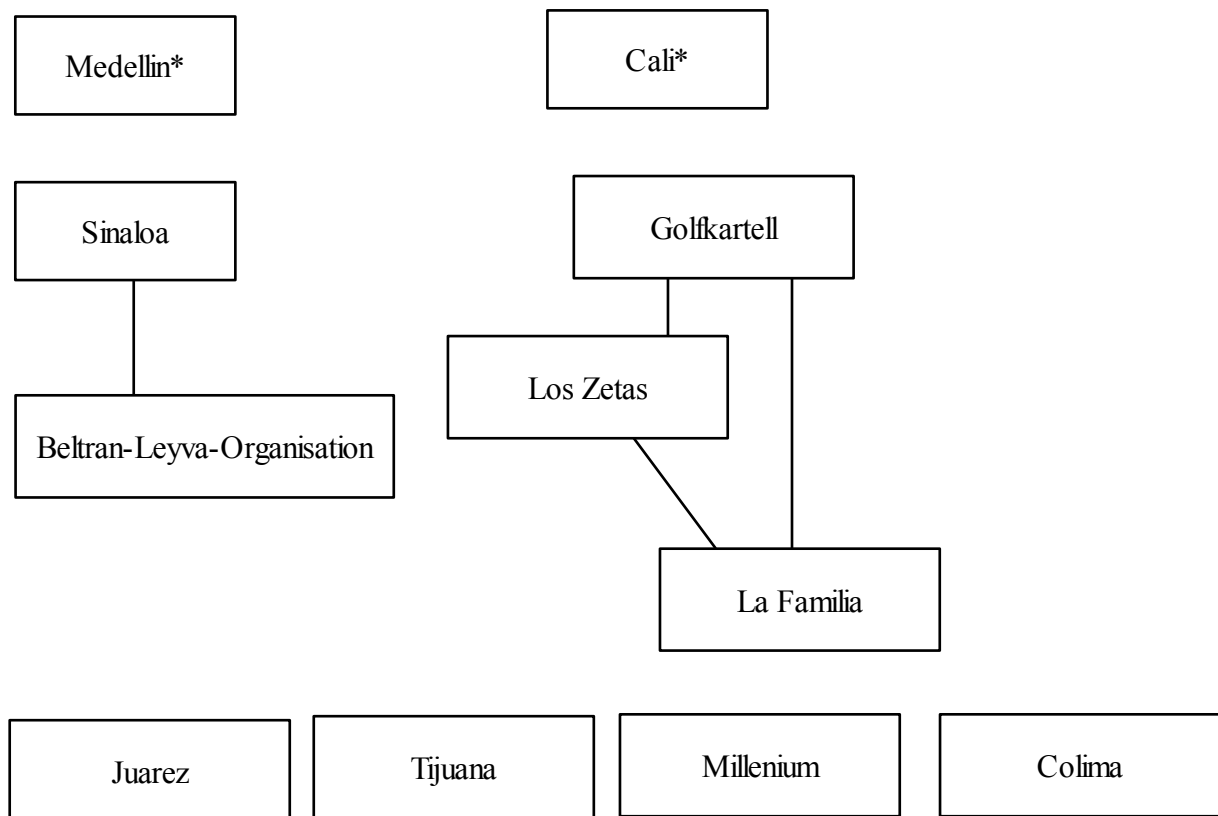
³²² Vgl. Toro, Maria Celia (1997): Drug trade. In: Werner, Michael I. (Hg.): 1. Mexico – History – Encyclopedias, USA., S420

Nachfolge wird meist familiär bestimmt. So kann es auch sein, dass ein Mitglied eines Kartells, obwohl es nur eine geringe Position inne hatte, zum Anführer wurde, wenn sie mit dem ehemaligen Chef eng verwandt ist, wie zum Beispiel 1997 beim Juarezkartell. Auch wenn sich die Aktivitäten der Kartelle lange Zeit auf Mexiko und die USA beschränkten, dehnten sie ihren Einflussbereich sukzessive auf Mittel- und Lateinamerika aus. Der Aufstieg der mexikanischen Kartelle ist auch auf den wachsenden Einfluss von mexikanisch-amerikanischen Gangs in den USA zurückzuführen, die die Kolumbianer zunehmend aus dem Geschäft drängten. Mit Ausnahme des Nordostens der USA beherrschen sie weitgehend den gesamten amerikanischen Markt.³²³

Die meisten Polizisten, die mit den Kartellen kooperieren entstammen der Landespolizei. Das geht sogar so weit, dass sich diese Feurgelächte mit Bundesbeamten liefern, wenn diese sich zu stark in ihre Geschäfte einmischen. Für die Beamten der Landespolizei ist es meist die Frage: Kooperation oder Tod. Der strukturelle Mangel der Polizei in Mexiko bzw. eigentlich in fast ganz Lateinamerika wurde in vorhergehenden Kapitel bereits ausreichend behandelt, weshalb ich an dieser Stelle nicht mehr näher darauf eingehe.

Im wesentlichen lassen sich neun große Kartelle ausmachen, die den Markt in Mexiko beherrschen, plus die zwei großen, die inzwischen verdrängt wurden. Die folgende Grafik soll einen kleinen Überblick geben.

³²³ Vgl. Hoffmann (2009) „Drogenkrieg in Mexiko“



Zeichnung 1: g

**nur bis zu den 90ern*

3.2 Die Kartelle

Medellin- und Cali-Kartell

Das Medellinkartell ist das wohl bekannteste Drogenkartell in Mexiko. Sein Ursprung liegt im Zusammenschluss mehrerer Männer, die zunächst garnicht im Drogengeschäft tätig gewesen sind. So war Jose Gonzalo Rodriguez Gacha im kolumbianischen Smaragdhandel tätig, die Ochoa-Brüder entstammen einer Gutsbesitzer und Pferdezüchterfamilie und das bekannteste Mitglied Pablo Escobar war nur ein kleiner Straßendieb aus dessen Kopf die Idee entwuchs. Zusammen mit dem Marijuana-Schmuggler Carlos Lehder begannen sie Kokain über Flugzeuge direkt in die USA zu schleusen. Durch die bald steigenden Gewinne begannen sie ihre Produktionsmethoden zu verfeinern und erwarben sogar eine kleine Karibikinsel als Tankstation für die Flugzeuge. Das Kartell begann auch in Kolumbien nach mehr Macht zu greifen, was in den 80ern in einen Krieg mit der Regierung mündete. Doch mit dem Krieg begann ein Selbstaflösungsprozess des Kartells. Die Ochoa Brüder stellten sich schließlich

freiwillig im Ausgleich für geringere Gefängnisstrafen und Pablo Escobar wurde von der Polizei erschossen.³²⁴

Doch der eigentliche Todesstoß wurde dem Kartell nicht von der Polizei versetzt, sondern von Konkurrenten im eigenen Land. Das Cali-Kartell aus der gleichnamigen Stadt unterschied sich in seiner Vorgehensweise deutlich vom Medellín-Kartell. Sie setzten auf subtilere Mittel und reinvestierte das Drogengeld in legale Geschäfte. Durch den Aufstieg geriet es mehr und mehr in Konflikt mit dem Medellín-Kartell, auch die Beteiligung am PEPES (People Against Pablo Escobar), einer Paramilitäreinheit, die Anschläge gegen das Medellín-Kartell durchführte, wird ihm nachgesagt. Außerdem arbeitete es mit der kolumbianischen Polizei und der DEA zusammen und versorgte diese mit Informationen. Sie setzten vermehrt auf moderne Technologien, um nicht von der Polizei abgehört werden zu können und organisierten den Drogenhandel in Zellen.

Als der Drogenhandel in die USA schließlich nachließ, eröffneten sie neue Märkte in Asien und Europa. Es wird vermutet, dass sie viele Politiker in Kolumbien finanziell unterstützten um sich die Protektion zu verschaffen. So ist es nicht verwunderlich, dass der DEA Administrator Thomas Constantine sagt: „The Cali Cartel is the biggest, the most powerful crime syndicate we've ever known.“ Die führenden Mitglieder des Kartells gehören zu den reichsten und angesehensten Persönlichkeiten in Kolumbien. Ihre Kinder besuchen Privatschulen und Universitäten in den USA und Europa. Sie kontrollieren große Bereiche der kolumbianischen Wirtschaft. Sie produzieren 70% des in den USA gehandelten Kokains und 90% des in Europa verkauften. Seit Mitte der 90er die Bosse des Kartells verhaftet wurden, geht man davon aus, dass es sich in mehrere kleine Gruppen aufgespalten hat.³²⁵ Das Kartell nutzte oft das Prinzip der double jeopardy aus, also, dass man für dasselbe Verbrechen nicht zweimal verurteilt werden kann. So schafften sie es, dass Kolumbien zum Beispiel einen Auslieferungsantrag an Mexiko oder Spanien stellt, lassen sich von einem bestochenen Richter dort inhaftieren und kommen nach wenigen Jahren wieder frei.³²⁶

Anstatt von ganzen Vertriebs- und Produktionsketten ist das Drogengeschäft nun viel stärker in Netzwerken organisiert und es werden mehr verschiedene Gruppen eingebunden. So

³²⁴ Vgl. <http://www.pbs.org>

³²⁵ Washington, Shannon Elaine (2001): <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,157350,00.html#ixzz15T7QdxOP>

³²⁶ Vgl. wie oben

kümmert sich eine Gruppe mit Unterstützung von marxistischen Rebellen um den Anbau (Oaxaca, Chiappas und Kolumbien) und wieder andere um den Schmuggel über die mexikanisch-amerikanische Grenze. Allein in Kolumbien soll es über 300! Drogenschmugglerorganisationen geben.³²⁷

Tijuana-, Sinaloa-, Juarez-, Amezcu- und Golfkartell

Zu diesen zählen das Sinaloakartell und das Juarezkartell, die um die wichtige Grenzstadt Ciudad de Juarez kämpfen. Joaquin Gúzman, der Anführer des Sinaloakartells steht laut Forbes auf Platz 41 der 67 mächtigsten Männer der Welt.

Das Tijuanakartell, auch Arellano Felix Organisation (AFO) genannt, ist eines der vier mächtigsten mexikanischen Kartelle. Es agiert seit den 80ern und vertreibt hauptsächlich Amphetamine, Marijuana und Kokain. Nach DEA-Angaben schmuggelt das Kartell rund ein Viertel des in den USA konsumierten Kokains. Es ist fest in Tijuana verankert und die Behörden kooperieren mit ihnen. Allein 2002 verhaftete die mexikanische Polizei 200 Polizisten in Tijuana, die unter Verdacht standen mit dem Kartell zu kollaborieren, darunter auch der Polizeichef der Stadt, Sergio Riedel Brossio. Nach der Razzia 2002 gilt es als zerschlagen, doch es wird davon ausgegangen, dass es sich bereits neu organisiert hat. Es entstand durch den Zusammenschluss von mindestens einem dutzend kleinerer Organisationen und wird von einem Unternehmensrat geleitet, dem die drei Arellano-Brüder Benjamin, Ramon und Eduardo. Es handelt mit Kokain, Marihuana und Amphetaminen. Schon vor der Razzia planten die Brüder jedoch sich aus dem geschäft zurück zu ziehen. Es ist dezentral organisiert, die Teilorganisationen verfügen über eigene Strukturen.³²⁸

Das Sinaloa-Kartell gilt als die zur Zeit mächtigstes Kartell. Bei diesem Kartell handelt es sich um den Zusammenschluss mehrerer krimineller Organisationen. Sein Anführer ist Joaquín „El Chapo“ Guzmán, der es sogar schaffte aus einem Hochsicherheitsgefängnis zu entkommen.

Das Juarezkartell ist noch dezentraler organisiert. Es arbeitet in Zellen. Das Kartell hat so bekannte Persönlichkeiten wie Amado Carrillo Fuentes, den Herrn der Lüfte, hervorgebracht, da es Kokain mit Flugzeugen in die USA schmuggelte. Die Zellen sind sowohl regional als auch operativ geplant. Das Kartell wird als das zur Zeit mächtigste in Mexiko angesehen und

³²⁷ Vgl. <http://www.pbs.org>

³²⁸ Vgl. Azzellini, Dario (2002): www.lateinamerikanachrichten.de

ist in mehreren mexikanischen Bundesstaaten aktiv. Anders als das Tijuana-Kartell hat es sich nur auf eine Droge spezialisiert: Kokain. Das weiße Pulver wird zunächst mit Schnellbooten von Kolumbien an die mexikanische Küste und danach mit Flugzeugen weiter in den Norden des Landes gebracht. Danach wird es mit Fahrzeugen über die Grenzstädte Tijuana, Guadalajara und Ciudad de Juarez in die USA geschmuggelt. Die wichtigsten Verteilungsknotenpunkte in den USA sind Phoenix, Los Angeles, New Jersey und Chicago. Auch das Juarez-Kartell hat gute Beziehungen bis in die hohe Politik. So wurde der Ex-Gouverneur des Bundesstaats Quintana Roo im Mai 2001 wegen Beziehungen zum Kartell verhaftet. Die Beziehungen gehen sogar soweit, dass obwohl die Anführer des Kartells gesucht werden, sie inoffiziellen Polizeischutz genießen.³²⁹

Das Amezcua-Kartell ist der größte Efenidrin-Händler und Amphetamin-Produzent der Welt und operiert hauptsächlich in den USA und Mexiko. Es produziert Drogen sowohl in den USA als auch in Mexiko. Die Kapazitäten werden auf bis zu mehreren 100 Kilo wöchentlich geschätzt. Obwohl die beiden Amezcua-Brüder 1998 verhaftet wurden, bedeutete das keinen wirklich starken Rückschlag für das Kartell, da sie nur geringe Haftstrafen erhielten und nach wenigen Wochen wieder auf freiem Fuß waren.

Das Golfkartell erlangte unter der Präsidentschaft Salinas große Bedeutung und entwickelte sich von Zigaretten und Alkoholschmugglern zu einem der größten Drogenkartelle Mexikos. Nach dessen Amtszeit verlor es aber wieder an Bedeutung. Auch die Verhaftung und Auslieferung in die USA, von deren Boss Juan Garcia Abrego konnte dem Kartell nicht viel anhaben. Es ist ebenfalls in Zellen organisiert und wird von Osiel Cardenas Guillen und Zeferino Pena Cuellar geleitet. Eine Verhaftung im November 2001 zeigte, dass auch in diesem Kartell ehemalige Polizei- und Armeeeinheiten tätig sind.³³⁰

Konflikte zwischen den Kartellen

Seit den Jahren 2002 und 2003 zeichnet sich ein immer blutiger werdender Konflikt zwischen den Kartellen ab, mit seinem bisherigen grausamen Höhepunkt in der Gewaltorgie des Jahres 2008. Handlungsmotive sind schwer auszumachen, da man sich schlecht einen Blick aus dem Inneren der Organisationen verschaffen kann. In der mexikanischen Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, dass dies auf das Ende der PRI-Ära zurückzuführen ist, in der die Kartelle

³²⁹ Vgl. Azzellini, Dario (2002): www.lateinamerikanachrichten.de

³³⁰ Vgl. wie oben

noch Allianzen mit den obersten Amtsträgern der Partei in den Gliedstaaten bildeten. Im Gegenzug, so zumindest die These, hielt sich die Gewalt in gewissen Grenzen. Durch diese Verbindung konnten die PRI-Funktionäre als Schlichter in den Revierkämpfen der kartelle eintreten. Durch die Schwächung der PRI durch Wahlniederlagen (1989 auf Municipalebene und 2000 auf Bundesebene) konnten diese Bündnisse nur mehr in beschränktem Maße eingehalten werden.

Auch die durch das NAFTA-Abkommen verstärkten Beziehungen zwischen Mexiko und dem Andenraum schufen durch den steigenden Transit einen idealen Nährboden für Drogenschmuggel. Vor allem der Aufstieg des Sinaloakartells, das infolge der Schwächung des Golf- und des Tijuana kartells versuchte seine Macht auf neue Regionen auszudehnen, führte zu zahlreichen blutigen Auseinandersetzungen wie zum Beispiel 2003, 2005 und 2007 in Laredo und Nuevo Laredo. Sogar das Militär musste einschreiten um den Konflikt einzudämmen. Auch die Stagnation des US-amerikanischen Drogenmarktes führte zu einer Konzentration auf das Geschäft auf den heimischen Märkten.

Die Kartelle setzen immer stärker auf professionelle Truppen um ihre Konflikte auszutragen. Das erste Kartell, das sich eine professionelle Schutztruppe zulegte war das Golfkartell. Die Truppe bestand aus desertierten und ehemaligen Mitgliedern mexikanischer Spezialeinheiten. Die Professionalisierung geht sogar soweit, dass sie eigene Trainingslager unterhalten und Uniformen tragen.³³¹

Gegenaktionen der Polizei führen wenn überhaupt nur zu einer Verlagerung der Drogenproblematik. Allein 2007 kamen in Ciudad de Juarez 1600 Menschen bei den Kämpfen zwischen den Kartellen ums Leben.

³³¹ Vgl. Hoffmann (2009) „Drogenkrieg in Mexiko“

3.3 Medienanalyse zu Gewaltausbrüchen in Zusammenhang mit der Drogenkriminalität

Methodik:

Medien sind die einzigen Akteure, die in der Lage sind „...Kommunikationen, [...], gesellschaftsweit, zu verbreiten.“³³² Sie schaffen so eine eigene Wirklichkeit, die aber immer umstritten ist. Sie schaffen sich eine eigene Wirklichkeit, so wie die Wissenschaft oder das Rechtssystem.³³³ Da meist nur schlechte Nachrichten, gute Nachrichten sind, verfallen Medien sehr leicht dazu schlechte Stimmung nicht nur aufzugreifen und zu verstärken, sondern sie sogar selbst zu erzeugen. Sie vermitteln also nicht nur eine Wirklichkeit, sondern erzeugen diese erst. Solange ein Krieg nicht medial aufbereitet wird existiert er für die Menschen nicht, die nicht unmittelbar von ihm betroffen sind.

Das Problem von Medien sind die durch den Zeit- und Finanzdruck favorisierten Lösungen. Nicht wissenschaftlich geprüfte Hypothesen, werden in der Öffentlichkeit als logische Erklärung verkauft (Bsp.: Computerspiele als die Ursache für die Amokläufe von Columbine und Erfurt). Andere Hypothesen, die weniger Zustimmung versprechen werden gar nicht erwähnt. So gerät das zerrüttete soziale Umfeld der Täter als Erklärungsursache in den Hintergrund, und um ganz ehrlich zu sein müssten ja die Straßen heutzutage voller Blut sein, wenn der Konsum von gewalttätigen Medieninhalten automatisch zu erhöhter Aggression führen würde. Angewendet auf unser Beispiel, über die Berichterstattung über die Drogenkriminalität in Mexiko als Merkmal eines erodierenden Gewaltmonopol des Staates, werde ich untersuchen welche Akteure in den Artikeln der vier Journalisten, die in diesem Zeitraum Artikel zu diesem Thema in der L.A. Times verfasst haben, behandelt werden. Wie die Polizei, die Politiker und die Drogenkartelle stilisiert werden.

Ein weiterer Zugang ist es vom Empfänger auszugehen, also wie ein und derselbe Text unterschiedlich aufgenommen wird und in den verschiedenen Personen unterschiedliche Realitäten erzeugt und entweder im Sinne des Kommunizierenden (des Journalisten) interpretiert wird oder eben komplett kontrovers. Hier spielen natürlich die persönliche Erfahrung und kulturelle Prägung eine starke Rolle.³³⁴

³³² Sutter, Tilmann „Medienanalyse und Medienkritik“ (2010, 1.Auflage)
<http://www.springerlink.com/content/q0t756/#section=647363&page=1&locus=97>; S17

³³³ Vgl. Sutter, Tilmann „Medienanalyse und Medienkritik“ (2010, 1.Auflage)
<http://www.springerlink.com/content/q0t756/#section=647363&page=1&locus=97>; S17

³³⁴ Vgl. Hepp, Andreas et alii (2006): Kultur-Medien-Macht. S156-171

18 killed in a Juarez clinic for addicts (04.09.2009)

Das Drogenproblem wird als eine nicht enden wollende Fehde zwischen alteingesessenen Kartellen untereinander und solchen die sich Zugang verschaffen wollen thematisiert. "It's a free-for-all,"³³⁵ heißt es. Die Drogenkriminalität wird als chaotisch und unberechenbar angesehen. Der Journalist macht sich keine Hoffnungen auf Besserungen denn, „[o]dds are that the slayings, like hundreds of others in the border city, will never be solved.“³³⁶ Es werden verschiedene Gründe angeführt: Viele der Opfer schuldeten Drogenbanden Geld oder waren Mitglieder rivalisierender Banden. Die lokale Drogenproblematik nimmt weiter zu. Das einzig verwunderliche ist, wie unverwunderlich dieses Ereignis geworden ist in Relation zu dne zahlreichen anderen mit der Drogenkriminalität in Verbindung gebrachten Verbrechen. Denn schon in der Vorwoche wurden 75 Menschen ermordet. Und es war auch kein besonderes Ereignis als in der Vorwoche drei Männer verhaftet wurden, denen 211 Morde zur Last gelegt werden. Vor allem der fallende Preis für Drogen in Mexiko, der ein Zeichen für die zunhéhmende Konkurrenz ist, führt zu stärkeren Revierkämpfen. Drogen werden nicht mehr hauptsächlich im Norden, sondern in ganz Mexiko verkauft. Bereits 460.000 Mexikaner seien Drogenabhängig. Im Artikel wird auf Einzelschicksale eingegangen wie das eines Vaters, dessen Sohn in der klinik erschossen wurde: „He promised me he was going to change.“³³⁷ Der Artikel ist eher auf einer sentimental Ebene verfasst. Im zweiten Artikel desselben Tages zu dem Thema wird ein anderer Zugang gewählt.

Im zweiten Artikel wird die Schießerei als Racheakt des Sinaloakartells für einen Anschlag vermutet oder aber als Angriff auf Straßengangs. Eine weitere erwähnte Theorie sieht ihn als Rache gegen Aussteiger, die ihre Finger nicht von Drogen lassen konnten. Als weiteren Grund sieht man die Tatsache, dass diese Rehab-Center als Rekrutierungsstellen für die Kartelle dienen. Innerhalb eines Jahres fanden seit Calderons Anti-Drogenkrieg 11.000 Menschen den Tod. Abschließend kopmmmentiert der Autor: „You have a very chaotic situation.“

Der Autor versucht dem Leser das Bild einer komplett verwahrlosten, rechtlosen und durch und durch korrumpierten Stadt zu zeichnen. Es gibt kaum Angaben woher er seine Quellen bezieht.

³³⁵Ellingwood ,Ken: www.la-fg-mexico-rehab-attack4-2009sep04

³³⁶ Wie oben

³³⁷ Vgl. wie oben

One Mexico border city is quiet, maybe too quiet (16.09.2009)

In Mexicali einer 700.000 Einwohner-Stadt in Baja California gibt es kaum Morde. Die Mordrate liegt niedriger als in Wichita. Es gibt keine Banküberfälle und auch ansonsten ist es relativ ruhig. Doch dies hat laut dem Autor des Artikels seinen Grund, den die Stadt liegt fest in der Hand des Sinaloa-Kartells.³³⁸ Es gibt Verbrechen, doch keine Morde. Der Hafen der Stadt dient als Stützpunkt für den Schmuggel in die USA. Die mexikanischen Behörden versuchen laut Autor die ganze Sache zu vertuschen, denn es gibt in der Stadt nur 20 Drogenfahnder, was lächerlich gering ist für eine so große Stadt, die auch noch im Verdacht steht das Zentrum des mächtigsten Drogenkartells des Landes zu sein. Außerdem machen sie die USA verantwortlich für den starken Drogenverkehr zwischen den Ländern, da sie die Grenze zu schlecht schütze.³³⁹ Das kalifornische Drogendezernat wiederum macht die mexikanischen Behörden verantwortlich. Diese aber behaupten in der Stadt alles unter Kontrolle zu haben, da man ja sonst die Auswirkungen sehen würde, wie zum Beispiel Aufruhr und Schießereien zwischen Polizisten. Verurteilte Drogenschmuggler machen sich darüber lustig wie einfach es ist ihrer Arbeit nach zu gehen. Außerdem konnten viele in den USA verhafteten Drogendealern eine Verbindung zu dieser Kleinstadt nachgewiesen werden.

340

Mexico's narco lawyers risk everything (12.10.2009)

Der Artikel beschäftigt sich mit den Anschlägen auf Anwälte der Drogenkartelle. Denn sie werden häufig Opfer von frustrierten Polizisten oder rivalisierenden Banden und Kartellen. Anwälte bekommen inzwischen schon Angst Fälle, die mit Drogenkriminalität zu tun haben zu übernehmen, egal auf welcher Seite sie stehen. Das geht inzwischen schon so weit, dass niemand mehr mit solchen Menschen in Verbindung gebracht werden will, da er sonst um sein Leben fürchten muss. Die Polizei kümmert sich kaum um die Aufklärung solcher Mordfälle, da sie entweder Angst hat selbst bei den Ermittlungen zu Schaden zu kommen oder aber in

³³⁸ Marosi, Richard: www.la-fg-mexicali16-2009sep16

³³⁹ Vgl. wie oben

³⁴⁰ Vgl. wie oben

den Mord involviert ist. Anschläge auf Staatsanwälte sind besonders fatal für den Rechtsstaat, da sie die Möglichkeit des Staates gegen die Kartelle vorzugehen unterminieren. Der Artikel stellt den Norden Mexikos wieder einmal als chaotische Region dar, in der kaum Recht und Ordnung herrschen. Anwälte müssen Angst davor haben, dass ihre Fälle öffentlich bekannt werden, da sie sonst um ihr Leben fürchten müssen. Selbst wenn sie nicht von den Feinden ihrer Klienten hingerichtet werden, rächen sich die Klienten selbst an ihnen, wenn sie vor Gericht nicht erfolgreich sind. Sie werden zwar gut bezahlt, wenn sie erfolgreich sind, doch wenn nicht...³⁴¹

In Mexico, gruesome slayings add to Guerrero's toll (17.10.2009)

In Guerrero wurden 18 Plastiksäcke mit den verstümmelten Leichen von 9 Menschen gefunden, keine Seltenheit in Guerrero, einem Bundesstaat im Süden Mexikos. Mit dabei eine grausige Nachricht auf einem kleinen Papierzettel: „So that you learn respect.“ Die Lage an der Pazifikküste macht den Bundesstaat zu einer idealen Schmuggelroute für Drogen aus Südamerika, die vielen Touristen mit gefüllten Geldbörsen heizen den Krieg zwischen Kartellen und Gangs weiter an. Vor allem La Familia und das Golfkartell liefern sich einen erbitterten und blutigen Machtkampf. In Guerrero gab es allein 2009 über 500 mit Drogen in Verbindung gebrachte Morde.³⁴²

In drug trafficking hub, artist is in demand (24.10.2009)

Dieser Artikel schildert das dekadente Leben der mexikanischen Drogenbosse, und der Künstler, die sich um die Gestaltung ihrer Villen kümmern. Der Artikel versucht den Lesern ihren protzenden Reichtum vor Augen zu führen, der im krassen Gegensatz zur in der Region herrschenden Armut steht. Handwerker und Künstler, die diese Villen einrichten werden zwar sehr gut bezahlt, müssen aber aufpassen ihre Kundschaft nicht zu verärgern und können mit ihnen nicht über den Preis verhandeln. Die Hauptsache ist, dass die Residenzen Macht ausdrücken.³⁴³

Grim glossary of the narco world (28.10.2009)

Der Krieg schafft sich seine eigene Sprache, auf nichts trifft da mehr zu als auf den

³⁴¹ Ellingwood, Ken www.la-fg-mexico-lawyers12-2009oct12

³⁴² Ellingwood, Ken www.la-fg-mexico-lawyers12-2009oct17

³⁴³ Wilkinson, Tracy www.la-fg-mexico-painter24-2009oct24

mexikanischen Drogenkrieg. *Levantón* zum Beispiel nennt sich die Entführung und Folterung von Mitgliedern gegnerischer Banden und Kartelle um seine eigene Macht zu demonstrieren. Oder *fusilados* sind Erschießungen in aller Öffentlichkeit wie zum Beispiel die blutigen Überfälle auf Rehabcenter. Über ein dutzend solcher speziellen Begriffe kennt man.³⁴⁴

Women play a bigger role in Mexico's drug war (10.11.2009)

Frauen werden vermehrt von den Kartellen rekrutiert, da sie weniger stark verdächtigt werden. Längst sind sie nicht mehr nur gestylte und operierte Aushängeschilder von mächtigen Mitgliedern der Drogenkartelle. Sie übernehmen immer öfter auch wichtige Aufgaben wie Schmuggel oder Einschüchterungen.³⁴⁵

Die Zahl der abhängigen Frauen nimmt rapide zu. Ein wichtiger Grund dafür ist die Wirtschaftskrise. Viele Frauen denken sich, sie verkaufen lieber Drogen bevor sie in die Prostitution abgleiten. Doch dadurch werden auch vermehrt Frauen zu Opfern der Gewalt, die zuvor meist verschont geblieben waren.³⁴⁶ Es trifft auch die Frauen von Drogenbossen. Nicht einmal Guzmán, der Kopf des Sinaloa-Kartells konnte den Mord an seiner Frau verhindern, obwohl er als einer der mächtigsten Männer der Welt gilt.

Wenn Frauen ihre Männer verlassen wollen, die im Drogengeschäft tätig sind, ist es meistens ein gefährliches Unterfangen. Frauenorganisationen gehen sogar so weit sie außer Landes zu schaffen, um sie dem Zugriff ihrer Exmänner zu entziehen. Für die Polizei ist es auch oft kein schweres Vergehen, wenn Männer ihre Frauen schlagen oder sie stehen selbst auf der gehaltsliste eines Kartells.

Rights group Mexico over alleged army abuse (09.12.2009)

In diesem Artikel geht es um Morde an Zivilisten durch die Armee. Diese Attentate werden oft nur relativ schlecht oder gar nicht untersucht. Im Zuge des Antidrogenkrieges habe die Armee laut Amnesty International im ganzen Land Menschen gefoltert, illegal festgehalten oder ermordet.³⁴⁷

³⁴⁴ Ellingwood, Ken www.la-fg-mexico-words12-2009oct28

³⁴⁵ Wilkinson, Tracy www.la-fg-mexico-words12-2009nov10

³⁴⁶ Vgl. wie oben

³⁴⁷ Wilkinson, Tracy www.la-fg-mexico-abuse9-2009dec09

Vor allem an den Zivilbehörden wird Kritik geübt, da diese ihre Aufgabe, das Militär zu kontrollieren, nicht wahrnehmen. Zudem ist das Militärgericht für solche vergehen zuständig und dieses stellt sich auf die Seite des Militär und so kommt es bei tausenden von Anklagen, nur in einer Hand voll von Prozessen zu einer Verurteilung. Es sind vor allem zwei Hindernisse die einem erfolgreichen Prozess im Weg stehen: Beschwerden über Militärangehörige dürfen nicht veröffentlicht werden und die Opfer und deren Familien werden bedroht, falls sie Missbräuche melden. Die meisten Übergriffe finden in den Städten statt, in denen der Drogenkrieg am heftigsten wütet, allen voran Ciudad de Juarez.³⁴⁸

One man's warzone is another paradise (14.12.2009)

In diesem Artikel geht es um Amerikaner, die sich in Rosario in Mexiko niedergelassen haben. Lange Zeit war dieser Ort von den Drogenkriegen verschont geblieben, was auch der Grund dafür war, dass sie sich 1999 hier niedergelassen hatten (neben den günstigen Grundstückspreisen). Doch in den letzten Jahren kam es immer öfter zu Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Kartellen. Mit der Ruhe scheint es nun vorbei zu sein. Statt dem Rauschen des Meeres hört man nun die Fahrzeuge des Militärs.³⁴⁹

Seit 2008 starben rund 1000 Mexikaner im Norden der Baja California durch den Drogenkrieg, doch Amerikaner waren bis vor kurzem kaum Opfer, obwohl sich rund 14.000 in dieser Gegend niedergelassen haben. Sie lebten wie in einer Blase und die Verbrechen um sie herum scheinen in weiter Ferne. Hier war für sie eine Traumwelt: die Gefahr, die den Mexikanern drohte, betraf sie nicht. Sie konnten die günstigen Preise und das schöne Wetter genießen. Hinter Wällen verschanzen sie sich vor den Übeln der großen Welt. Die Wohnkomplexe sind durch hohe Mauern und private Sicherheitskräfte geschützt. Verglichen mit den Mexikanern sind Amerikaner kaum Opfer von Verbrechen, doch die Schlagzeilen haben Auswirkungen auf die Wirtschaft der Gegend: die Hollywoodstudios wollen nicht mehr hier drehen, Leute ziehen Weg und Geschäfte sperren zu.³⁵⁰

³⁴⁸ Vgl. wie oben

³⁴⁹ Marosi, Richard www.latimes.com

³⁵⁰ Vgl. wie oben

3.4 Chiappas und die Zappatisten

Alles begann 1823, zwei Jahre nach der mexikanischen Unabhängigkeit. Ganz frei nach dem Spruch: „Besser der Schwanz eines Löwen, als der Kopf einer Maus“³⁵¹. Trennt sich die Herrschaftselite von Chiapas von Nicaragua und wird ein Teil des größeren Nachbarstaates Mexiko. Es folgte fast ein Jahrhundert der Unterdrückung durch die Zentralregierung und eine militärische Intervention Frankreichs. Und dann kam Zapata...

Wer ist Emiliano Zapata?

Am 10. April 1919 töteten die Kugeln eines Mordkommandos der Regierung eine der schillernden Persönlichkeiten der Revolution Emiliano Zapata, der Che Guevara Mexikos ist tot. Aber wer war dieser Mann? Dieser Frage möchte ich im folgenden Kapitel nachgehen.

Die schon in einem der oberen Kapitel erwähnte Diktatur des Porfirio Diaz (1876-1911), brachte viele Vorteile für die inländische Oberschicht und Investoren aus dem Ausland. Die Verlierer waren die bäuerliche Landbevölkerung und das Proletariat in den Städten (das Proletariat machte ähnlich wie im vorrevolutionären Russland nur einen kleinen Teil der Bevölkerung aus und nicht die Masse). Bis zu 90% der Bauern waren landlos, das Land war in den Händen weniger Familienclans, unter denen es auch einige Europäer und US-Amerikaner gab.³⁵² Zu Beginn des 20. Jhd. begann sich innerhalb des liberalen Bürgertums, der Bauern und der Arbeiter Widerstand gegen Korruption und Vetternwirtschaft unter Diaz Regenschaft auszubreiten. Der Widerstand vereinte sich unter Francisco Madero, einem Großgrundbesitzer. Die Front der Revolutionäre teilte sich auf zwei Zentren auf: zum einen der Norden mit den Grenzstaaten Chihuahua, Sonora und Coahuila, und andererseits dem Süden, vor allem im nahe der Hauptstadt gelegenen Zuckerrohranbaugebiet Morelos. Die Reaktion des Regimes ließ nicht lange auf sich warten: Die Verhaftung von Politikern und Massenerschießungen von streikenden Arbeitern waren die Folge. Von den USA aus begann Madero den bewaffneten Aufstand gegen das Regime. Die Rebellion gewann allerdings erst an Fahrt, als sich auch immer mehr Bauern den liberalen Aufständischen anschlossen. Die mexikanische Revolution hat begonnen.³⁵³

³⁵¹ <http://www.chiapas98.de/chronologie.php>

³⁵² Vgl. <http://www.carea-menschenrechte.de/Chiapas%20Politischer%20Hintergrund.htm>

³⁵³ Vgl. Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940, S139-141 und vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S98-99

Zu dieser Zeit war Emiliano Zapata der gewählte Vorsitzende des Dorfrates in seinem Heimatort Anenecuilco im Bundesstaat Morelos. Er führte die ersten Besetzungen des von Großgrundbesitzern geraubten Landes an, einer Praxis, die sich wie ein Lauffeuer verbreitete. Zapata wählte man in den Verteidigungsausschuss der umliegenden Dörfer.

Da Madero in seinem Plan von „San Luis Potosí“ angekündigt hatte, geraubtes Land zurückzugeben, nahm er sofort mit ihm Kontakt auf. Im Februar 1911 mündete dann alles in einem Aufstand, der sich über ganz Morelos zog.

Schon im Mai desselben Jahres sah sich Diaz so schwer von den Rebellen bedrängt, dass er aufgab und ins Exil ging. Das Militär ging ohne größere Änderungen ins nächste Regime über. Madero enttäuschte die Bauern und weigerte sich den Plan der Landrückgabe einzulösen, obwohl diese ja einen wesentlichen Beitrag geleistet hatten.

Die Zapatisten ignorierten Madero und setzten seinen Plan eben ohne ihn um. Dies führte zu einem Konflikt zwischen den beiden Parteien (den Bauern und den Liberalen). Für die Liberalen war es ein Angriff auf das Privateigentum und für die Bauern Gerechtigkeit. Nach Verhandlungen versprach Madero einzulenken und Zapata entwaffnete seine Truppen wieder. Doch als der ex-porfiristische General Huerta in Morelos einmarschierte, waren die Differenzen unausgleichbar. Der Bürgerkrieg brach von neuem aus und innerhalb kurzer Zeit kontrollierte die aufständische Bauernarmee ganz Morelos. Im November 1911 entwarfen sie den Plan Ayala, der die Umsetzung des Plans von „San Luis Potosí“ forderte: die Großgrundbesitzer sollten ein Drittel ihres Landes an besitzlose Bauern abtreten und wer sich weigerte, sollte enteignet werden.

Am 19. Februar 1912 putschte General Huerta und ließ Madero exekutieren. Dies führte zu einer neuerlichen Allianz der Liberalen und der Bauern. Morelos war weiterhin in der Hand der Zapatisten und im Norden sicherte die Division Norte unter dem Befehl des Bauernführers Pancho Villa den Aufstand. Durch die Hunderttausenden, die seinem Regime zum Opfer fielen, ging Huerta als „Der Schlächter“ in die Geschichte ein. Trotz seiner blutigen Strafexpeditionen musste Huerta schließlich am 15.07.1914 ins Ausland flüchten.³⁵⁴

Die liberalen Bürgerlichen unter Carranza weigerten sich weiterhin die Forderungen der

³⁵⁴Vgl. <http://www.chiapas.at>

Bauern zu erfüllen. Doch waren sie nicht in der Position Verhandlungen zu führen und am 24.11.1914 zog Zapata kampflos in Mexiko-Stadt ein.³⁵⁵

Doch an diesem Punkt verpassten sie ihre historische Chance indem sie den Erfolg durch Streitigkeiten zwischen Anhängern Villas und Zapatas zunichte machten. Die Zapatisten sahen sich als Vertreter der Dorfgemeinschaften und sie forderten die Rückgabe des Landes an die bäuerlichen Kommunen. Mit der Arbeiterbewegung gab es kaum eine Verbindung. Dies nutzten die Liberalen und schlossen sich mit den Arbeitern zusammen.

In der Folge unterlagen die Bauernheere, da die Streitigkeiten zwischen Villa und Zapata ihre Kooperation erschwerten. So kam Zapata Villa nicht zu Hilfe, als dieser immer wieder von Carranzas Heeren geschlagen wurde, was dazu führte, dass sich die Division Norte im August 1915 auflöste. Alleine war Zapata seinem Gegner nicht mehr gewachsen und Carranza konnte ihn schließlich in Morelos isolieren. Die Zapatisten wurden stetig dezimiert und der Aufruf an die Fabrikarbeiter mit Hilfe eines Manifests kam viel zu spät.³⁵⁶

Wie so viele Rebellenführer (zum Beispiel Andreas Hofer) wurde Zapata nicht militärisch besiegt, sondern verraten. Er bot mehreren Führern der Regierungstruppen an auf die Seite der Rebellen überzulaufen. Oberst Guajardo täuschte vor darauf einzugehen und lockte ihn so in einen Hinterhalt bei dem Zapata erschossen wurde.

Danach war die Revolution jedoch keineswegs tot, denn unter Zapatas Nachfolger Gildardo Magaña, kam es zu einem militärinternen Aufstand an deren Spitze General Obregon stand. Obregon wurde am 1. Juni 1920 erster nachrevolutionärer Präsident Mexikos. Er holte ehemalige Zapatisten in die Regierung. Aus dem schönen Traum der Bauernbewegung wurde wie so oft in der Geschichte natürlich nichts. Zapata wurde zu einem Mythos und so kam es dass 1994 eine Gruppe bewaffneter Indios im Süden des Landes, sich natürlich diesen Mythos zu Nutze machte und zwar als „Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung“.

³⁵⁵ Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S85

³⁵⁶ Vgl. wie oben

Die 30er Jahre

In dieser Periode zwang der erneute Aufstand der Bauern, die sich schon wieder in einer misslichen Lage befanden, den Präsidenten Cardenas zu einer neuerlichen Agrarreform um den Frieden zu sichern. In einem 6-Jahresplan will er aus der exportorientierten Landwirtschaft eine binnenorientierte Industrie aufbauen um die Menschen im Land mit billigen Nahrungsmitteln versorgen zu können. Dafür setzt die Regierung auf Enteignung von „Produktionsunwilligen“ Landbesitzern.³⁵⁷ Wer sein Land nicht bewirtschaftet wird enteignet. Vor allem indigene Kommunen sollen davon profitieren, darunter auch Chiapas, wo sich eine breite Basis der Unterstützung für die PRI bildet, die bis weit in die 60-er hinein Bestand haben sollte. Dennoch erweist sich die Reform als schwierig, da Korruption und jahrelange Gerichtsverfahren den Prozess deutlich verlangsamen.³⁵⁸

Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung „¡Ya Basta!“

Bereits in den 30ern begannen sich im Hochland von Chiapas die Indios unter anderem unter Erasto Urbina zu organisieren. Es kam zwar zu einer Absetzung der alten Oligarchie, doch die eingesetzten „maesteros bilingües“, die sie ersetzten entwickelten sich im Laufe der Zeit zu einer neuen Herrscherschicht.³⁵⁹ Trotzdem führte dies zu verbesserten Arbeitsbedingungen. In den 60ern konnte die neue Elite ihre wirtschaftliche Macht ausbauen und neue Verteilungskämpfe führten zu einer Vertreibung der neuen konvertierten protestantischen Bevölkerung, was jedoch weniger als religiöser Konflikt gesehen werden darf, sondern mit den fehlenden Beiträgen für die Kommunen zu tun hatte (Alkoholverbot, Nichtteilnahme an Dorffesten).³⁶⁰ Bei einem indigenen Kongress in den 70ern in San Cristobal kam es in der Folge immer wieder zur Bildung verschiedener politischer Bewegungen. Die neueste ist die EZLN.³⁶¹ Der erste bedeutende Verband ist die FALN, die bewaffneten Kräfte der nationalen Befreiung. Diese existierte bis Mitte der 80er und lieferte sich Gefechte mit den Paramilitärs der Großgrundbesitzer und lokalem Militär, ohne jedoch große Erfolge zu erzielen.³⁶²

1983 wurde die Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung (EZLN), oder Ejército

³⁵⁷ Vgl. Pilch Ortega, Andrea: Indigene Lebensentwürfe S14ff

³⁵⁸ Vgl. <http://www.chiapas.at>

³⁵⁹ Vgl. Pilch Ortega, Andrea: Indigene Lebensentwürfe S14ff

³⁶⁰ Vgl. wie oben

³⁶¹ Vgl. wie oben

³⁶² Vgl. Neumann, Kirsten et alii (2001): Die Bedeutung des Aufstandes der Zapatisten <http://www.copyriot.com/bewegt/zapatistas.html#end>

Zapatista de Liberación Nacional im Südwesten von Chiapas gegründet. Zuerst gehörten ihr nur wenige Sympathisanten aus den Großstädten, die sich vom Vorbild Che Guevaras inspiriert fühlten und eine Guerilla gründen wollten und einige ehemalige Kämpfer der FALN an. Doch im Gegensatz zu den meisten anderen Guerilla-Gruppen auf der Welt funktionierte das maoistische Konzept, dass die Guerilleros wie Fische im Wasser unter der Landbevölkerung leben sollten. Es kam zu keinem Widerstand, sondern durch den Austausch mit der Landbevölkerung wuchs die Gruppe zu einer Bewegung heran.³⁶³

Am 1. Januar 1994, dem Tag des Beitritts Mexikos zur NAFTA, stürmen Krieger der EZLN die Bezirkshauptorte. Ihr Ziel die Zerstörung von Besitzurkunden, die einer Hand voll Großgrundbesitzern ihr Land sichern. Parallel dazu begannen sie mit den Enteignungen. So konnten sie dem herben Los entfliehen, für Hungerlöhne für die Landlords zu schuften. Der Beitritt zur NAFTA führte zu einer Verarmung der indigenen Bauern, deren Produkte mit dem billigeren kanadischen und US-amerikanischen Getreide nicht konkurrenzfähig war.³⁶⁴

Zwei Wochen dauerte der bewaffnete Konflikt zwischen mexikanischen Truppen und Guerilleros an, bis die Regierung aufgrund von nationalen und internationalen Protesten und Kritik einlenken musste. Sie trat in Verhandlungen mit den Aufständischen. Die Gewaltakte ließen nach. Die EZLN kämpfte nun nicht mehr mit den Waffen, sondern mit dem bewaffneten Wort. Seitdem wird sie manchmal als „Medienguerilla“ bezeichnet. Aufgrund der langen Geschichte der Gewalt und des Betrugs durch den Staat weigert sich die EZLN Hilfe von der Regierung anzunehmen.^{365 366}

Der Erfolg der Zapatisten führte jedoch nicht wie in so vielen Fällen (SU) dazu, dass sie autoritär wurde und viele ihrer Versprechen nicht mehr einlöste. Die EZLN bauten eigene Schulen, Krankenhäuser und logistische Einrichtungen.

Trotz ständiger Bedrohungen und Vertreibungsversuchen von Seiten der Regierungstruppen und Paramilitärs ist die EZLN noch immer aktiv.³⁶⁷ Die Zahl der Regierungstruppen wird auf

³⁶³ Vgl. <http://www.chiapas.at>

³⁶⁴ Vgl. Pilch Ortega, Andra: Indigene Lebensentwürfe S20ff und Vgl. Berger, Karl-Wilhelm; Erdmann, Angelika: Mexiko, S96-99

³⁶⁵ Vgl. wie oben

³⁶⁶ Mayrhofer, Elisabeth: Chiappas, wo selbst die Steine schreien S4

³⁶⁷ Vgl. www.sipaz.org CAPISE 2004/2005

70.000 geschätzt, was einem Drittel der stehende mexikanischen Streitkräfte entspricht.³⁶⁸ Seit 2003 gibt es sogar eine Räteregierung. Sie nennen sie die „Räte der Guten Regierung“ in Anspielung auf die „schlechte“ Zentralregierung. Die Regierung bildet sich aus fünf Räten, die Ansprechpartner für die Koordinierung von Projekten und die Verteilung von Hilfsgütern sind.

Aufgaben und Mandate werden zeitlich begrenzt verteilt um Machtmissbrauch vorzubeugen³⁶⁹.

Ein weiteres Problem ist die Präsenz der internationalen Unternehmen, die die natürlichen Ressourcen des Landes ausbeuten und sich nicht an Umweltbestimmungen oder Menschenrechte halten. Es gibt immer wieder Kritik am Vorgehen von Monsanto, Coca Cola und der Ford Motor Company.³⁷⁰ Diese Ausbeutung durch internationale Konzerne führte unter anderem auch zu Vertreibungen.³⁷¹ Opfer dieser Politik sind aber längst nicht mehr nur die Indigenen selbst, sondern sogar der Menschenrechtsanwalt Ricardo Lagunes attackiert und konnte nur noch knapp vor den Paramilitärs gerettet werden.³⁷²

Laut dem Menschenrechtszentrum Fray Bartholome de las Casas werden immer wieder Indigene festgenommen und unter Folter zu Geständnissen gezwungen. In Chiapas gibt es aber auch regierungsnahe indigene Gruppierungen wie die OPPDIC, die Organisation zur Verteidigung der indigenen bäuerlichen Rechte, die ein Nutznießer des Tourismus in Agua Azul ist und deshalb gegen die EZLN vorgeht.³⁷³

³⁶⁸ Vgl. Pilch Ortega, Andrea: Indigene Lebensentwürfe S23ff

³⁶⁹ Vgl. www.chiapas.at

³⁷⁰ Vgl. www.sipaz.org CIEPAC 2001, 2003, 2004

³⁷¹ Vgl. Pilch Ortega, Andrea: Indigene Lebensentwürfe S21

³⁷² Vgl. <http://de.indymedia.org/2010/12/295593.shtml>

³⁷³ Vgl. Kerkeling, Luz (2009): Foltern für Bodenprivatisierung. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Mexiko/boden.html>

3.5 Menschenrechtslage

Die Beobachtungen des Menschenrechts-Komitee zeichnet kein gutes Bild von Mexiko. Zwar werden einige positive Punkte genannt wie zum Beispiel der Development Plan (1995-2000), das Public Security programme, der Federal Public Advocacy Act und der Federal Act for the Prevention of Torture and Punishment. Doch auch hier gibt es Kritik, da die Gesetze so formuliert sind, dass nicht alle Formen von Folter verboten werden und dass es keine unabhängige Behörde zur Untersuchung der Vorwürfe gegen die Polizei wie zum Beispiel Folter, Vertreibung und außergerichtliche Erschießungen gibt. Die Verantwortlichen (Polizisten) wurden nicht vor Gericht gestellt und die Familien der Opfer bekamen keine Kompensation bekommen.

Außerdem wird das Erzwingen von Geständnissen und deren Verwendung gegen den/die Beschuldigte/n kritisiert. Das Opfer muss außerdem noch beweisen, dass das Geständnis erzwungen wurde. Des Weiteren zeigt sich die UNO besorgt wegen den erhöhten Aktivitäten von bewaffneten Gruppen in den Staaten Chiapas, Guerrero und Oaxaca, wo sie die Polizei ersetzen. Die Ordnung sollte von zivilen Sicherheitskräften aufrechterhalten werden.

Es gibt auch kein allgemeines Prozedere, um die Unabhängigkeit der Untersuchungen, in die Sicherheits- und Streitkräfte verwickelt sind, sicher zu stellen. Außerdem werden Verdächtige viel zu spät der Justizbehörde ausgeliefert.

Die schon in oberen Kapiteln erwähnte, wahllos verhängte Verhängung des Ausnahmezustands zur Einschränkung der Menschenrechte wird ebenfalls kritisiert.

Die Behinderung von Menschenrechtsorganisationen durch die Streichung von Visa und Aufenthaltstiteln.

Die Verfolgung von kritischen Journalisten, die sogar bis zu deren Ermordung führen können und deren Einschüchterung, machen es schwierig für die Presse ihre Rolle in der Gesellschaft auszuüben. Vor allem die Anschuldigung der Staatsbeleidigung wird verwendet um diese einzuschüchtern.³⁷⁴

Folter

Speziell das Verbot der Folter liegt im Blickpunkt des Menschenrechtskomitees. Denn es gibt keine einheitliche in allen Bundesstaaten Regelung über die Definition von Folter. In Guerrero wird das Verbrechen der Folter gar nicht einmal im Strafrechtsgesetzbuch erwähnt. Es

³⁷⁴ Vgl. Concluding observations of the Human Rights Committee: Mexico. 27/07/99, www.uno.org

existiert also nicht einmal dieser Tatbestand. Es hat seinen guten Grund, dass Folter in den meisten Ländern der westlichen Welt verboten ist, denn „...das an den Staat gerichtete Folterverbot hat seinen Grund auch gerade in der Hilflosigkeit, in der sich ein Festgenommener gegenüber staatlichen Organen befindet.“³⁷⁵ Der Fortbestand von erniedrigenden Bestrafungen und Folter scheint aber gesichert, da es kaum Bestrebungen gibt, die Vergehen auch zu verfolgen. Im Militärgericht ist Folter immer noch kein anerkanntes Verbrechen.

Außerdem können Personen bis zu 30 Tage (in manchen Teilstaaten sogar bis zu 90 Tage) ohne Beweismittel festgehalten werden.

Folter wird auch oft als Mittel für Zeugenaussagen verwendet, wodurch einerseits die Ermittlung verfälscht und andererseits der Ruf der Polizei verschlechtert wird.³⁷⁶

³⁷⁵ Keilmann, Annette (2006): Grenzen polizeilicher Zugriffsgewalt. In: Freia, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des Staatlichen Gewaltmonopols. Frankfurt/New York S79

³⁷⁶ Vgl. Consideration of Reports submitted by States Parties under Article 19 of the Convention, www.uno.org

4. Conclusio

Auch wenn Mexiko ein Staat ist, der von Gewalt und Korruption durchzogen ist, das Rechtssystem nur mangelhaft funktioniert, sofern es gewissen Regionen überhaupt zu Tage tritt, kann man nicht von einem failed state reden, aber es ist natürlich auch kein moderner Staat. Dennoch kann es seine Souveränität nach außen behaupten und wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft können, denn die Kartelle können niemals ganz auf die Infrastruktur des Staates verzichten, sie sind wie Parasiten, verlassen sie den Wirt können sie nicht überleben. Das steigende Handelsvolumen zwischen den USA und Mexiko sowie zu seinen anderen Nachbarn wird in Zukunft den Drogenschmuggel noch weiter verstärken, da es in einer immer größer werdenden Flut an Waren immer schwieriger wird die Drogen herauszufiltern. Mächtige Konzerne, die Gesetze ignorieren werden auch weiterhin die Zustände in Mexiko zu ihren Gunsten ausnutzen. Punkte, die man in der Arbeit noch behandeln hätte können, wären zum Beispiel die Auswirkungen auf die Umweltverschmutzung oder aber der Umgang der Privatwirtschaft mit dieser Situation.

5. Literaturverzeichnis

Monografien:

BORIS, Dieter: "Mexiko im Umbruch – Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie", Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996

COENEN, Herman: "Diesseits von subjektivem Sinn und kollektivem Zwang", München, 1985

CORTI, Egon Caesar Conte: "Maximilian von Mexiko", Wien, 1978

DURKHEIM, Emile: "Physik der Sitten und des Rechts", Frankfurt am Main, 1999 [1991],

ECO, Umberto: „Wie man eine wissenschaftliche Abschlussarbeit schreibt“ Heidelberg, 11. Auflage, 2005 [1977]

HEPP, Andreas et alii (Hg.): "Kultur-Medien-Macht", Wiesbaden, 3. Auflage, 2006 [1997]

HOBBSBAWM, E.J.: „Revolutionaries – Contemporary Essays“, New York, 1973,

HOFFMANN, Karl-Dieter: "Regierung kontra Kartelle: Der Drogenkrieg in Mexiko", 2009

KNEIHS, Benjamin: "Privater Befehl und Zwang", Wien, Springer Verlag, 2004

MERTEN, Detlef: "Rechtsstaat und Gewaltmonopol", Tübingen, 1975

MESTROVIC, Stepjan Gabriel: "Emile Durkheim and the Reformation of Sociology", Lanham, Maryland, 1993 [1988]

OJESTO, Fernando J.: "Die Entwicklung der Wahljustiz in Mexiko", Mexiko-Stadt, 2002

PILCH-ORTEGA, Angela: „Indigene Lebensentwürfe“, Wiesbaden, 2009

REINHARD, Wolfgang: „Kleine Geschichte des Kolonialismus“, Stuttgart, 1996

REINHARD, Wolfgang: „Parasit oder Partner?“, Münster, 1997

TOBLER, Hans Werner: „Die mexikanische Revolution – Gesellschaftlicher Wandel und Politischer Umbruch 1876-1940“, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 1984

von TROTHA, Trutz: „Distanz und Nähe: Über Politik, Recht u. Gesellschaft zwischen Selbsthilfe und Gewaltmonopol“, Tübingen 1986

WALDMANN, Peter: „Der Anomische Staat“, Opladen, 2002

WALDMANN, Peter: „Strategien politischer Gewalt“, Stuttgart, 1. Auflage, 1977

WIMMER, Hannes: „Gewalt und Gewaltmonopol des Staates“, Wien/Berlin, 2009

WIMMER, Hannes: „Modernisierung politischer Systeme“, Wien, 2000

Magazine:

HIPPLER, Jochen: „Ursachen und Grundstrukturen politischer Gewalt“, Wissenschaft & Frieden 1/2007

Diplomarbeiten:

MAYRHOFER, Elisabeth: „Chiapas, wo selbst die Steine schreien“, Graz, 1997

Sammelbände:

BAZANT, Jan: Texas. In : BETHEL, Leslie (Hg.): The Cambridge history of Latin America:

From Independence to c. 1870; Cambridge (UK), 1989 [1985]

BERGER, Karl-Wilhelm; ERDMANN, Angelika (Hg.): Mexiko; Kleve, B.o.s.s. Druck und Medien, 2004

BORIS, Dieter: Staaten in der Peripherie. In: BECKER, Joachim / IMHOF, Karin / JÄGER, Johannes (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd; Wien, 2007

BUISSON-WOLFF, Inge: Desintegration und Staatenbildung in Hispanoamerika, 1810-1840. In: KÖNIG, Hans-Joachim (Hg.): Staat, Gesellschaft und Nation in Hispanoamerika; Vervuet Verlag, Köln, 1999

GARCIA; Israel Arroyo: Constitution of 1857. In: WERNER, Michael I. (Hg.): I. Mexico-History-Encyclopedias; USA/UK, 1997

GARZON-VALDES; Ernesto: Verfassung und Stabilität in Lateinamerika. In: BORSODORF, Axel (Hg.): Lateinamerika – Krise ohne Ende?; Selbstverlag des Instituts für Geographie der Universität Innsbruck, Innsbruck, 1994

GIROUARD, Julia C.: Caudillismo. In: WERNER, Michael I. (Hg.): I. Mexico-History-Encyclopedias; USA/UK, 1997

GLICKMAN, Maurice: Anomie. In: Kuper, Adam et alii (Hg.): The Social Science Encyclopedia; Routledge, London; 1989

GRIMM, Dieter: Das Staatliche Gewaltmonopol. In: FREIA, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols; Frankfurt/New York, 2006

GUEDA, Virginia: Politics and Government: 1821-1876. In: WERNER, Michael I. (Hg.): I. Mexico-History-Encyclopedias; USA/UK, 1997

KEARNS, Kevin P.: Accountability in the Nonprofit Sector: Abandoning the One-Size-Fits-All-Approach. In: Dubnik, Melvin J. et alii: Accountable Governance: Problems and

Promises; New York, 2011

KEILMANN, Annette: Grenzen polizeilicher Zugriffsgewalt. In: FREIA, Anders et alii (Hg.): Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols; Frankfurt/New York, 2006

KURTENBACH, Sabine: Strukturwandel statt Zivilisierung. In: BIRKE, Peter et alii (Hg.): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika; Vervuertverlag, Frankfurt am Main, 2006

MOLS, M. Et alii: Mexiko. In: WALDMANN, Peter et alii (Hg.): Politisches Lexikon Lateinamerikas; München, 1982

de la MORA, Luz Maria: French Intervention. In: WERNER, Michael I. (Hg.): I. Mexico-History-Encyclopedias; USA/UK, 1997

OROPEZA, Manuel Gonzalez: Constitution of 1824; In: WERNER, Michael I. (Hg.): I. Mexico-History-Encyclopedias. USA/UK, 1997

OROPEZA, Manuel Gonzalez: Constitution of 1917; In: WERNER, Michael I. (Hg.): I. Mexico-History-Encyclopedias. USA/UK, 1997

SANTON, Pedro: US-Mexican War. In: WERNER, Michael I. (Hg.): II. Mexico-Civilization-Encyclopedias; USA/UK, 1997

SHELL Jr., William: Politics and Government 1876-1910. In: WERNER, Michael I. (Hg.): II. Mexico-Civilization-Encyclopedias; USA/UK, 1997

THOMSON, Guy P. C.: Politics and Government 1876-1910 In: WERNER, Michael I. (Hg.): II. Mexico-Civilization-Encyclopedias; USA/UK, 1997

TOBLER, Hans Werner: Die Entwicklung des mexikanischen Staates im 19. und 20. Jahrhundert. In: REINHARD, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?; Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, 1999

TORO, Maria Celia: Drugtrade. In: WERNER, Michael I. (Hg.): I. Mexico-History-Encyclopedias; USA/UK, 1997

WALDMANN, Peter: Nachahmung mit begrenztem Erfolg – Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika; In: REINHARD, Wolfgang (Hg.): Verstaatlichung der Welt?. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, 1999

Onlinequellen:

<http://www.ag-friedensforschung.de>

Kerkeling, Luz (2009): Foltern für Bodenprivatisierung

<http://www.artikel32.com/geschichte/1/das-zeitalter-der-aufklrung.php>

http://www.bigcountry.de/index.php?Seite=/amerikanisch_mexikanischen_krieg.htm

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=E01B1C

Schubert, Klaus et alii

<http://www.carea-menschenrechte.de/Chiapas%20Politischer%20Hintergrund.htm>

<http://www.chiapas.at>

<http://www.chiapas98.de/chronologie.php>

http://www.constitution.org/alth/alth_01.html

<http://www.copyriot.com/bewegt/zapatistas.html#end>

Neumann, Kirsten et alii (2001): Die Bedeutung des Aufstandes der Zapatisten

<http://de.indymedia.org/2010/12/295593.shtml>

Chiappas: MenschenrechtlerInnen im Visier

<http://historicaltexarchive.com>:

Mabry, Donald J.(2009): Sonora Dynasty, The: 1920-1934

Mabry, Donald J.(2001): The Porforiato

Mabry, Donald J.(2002): The Beginning of the End: Porfirio Diaz

Starks, Carrie E.(2003): Obregon Alvaro – Transformation of Mexico

Williams, Rebecca (2009): Alamán, Lucas (1792-1853), Conservative Leader

<http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-26.html>:
Kaller-Dietrich, Martina u. Mayer, David

<http://www.lateinamerikanachrichten.de>: Azzelini, Dario (2002)

<http://www.lexexakt.de>

<http://www.marxists.org>: Marx, Karl (1854): “Revolutionary Spain”

<http://www.mexiko-lexikon.de>: Azzellini, Dario (2002)

<http://www.pbs.org>

<http://www.sipaz.org>

<http://www.textlog.de/7321.html>: Max Weber-Wirtschaft und Gesellschaft „Grundriss der verstehenden Soziologie“ (1922)

<http://www.time.com/time/magazine/article>: „The Cali Cartel is the biggest, most powerful crime syndicate we've ever known“ Washington, Shannon Elaine

<http://www.uno.org>:

Cook, Colleen W.: CRS Report for Congress “Mexico`s Drug Cartels” (Oktober 2007)

World Drug Report 2010

Concluding observations of the Human Rights Committee: Mexico. 27/07/99

Consideration of Reports submitted by States Parties under Article 19 of the Convention

Medienanalyse-Quellen:

Sutter, Tilmann „Medienanalyse und Medienkritik“ (2010, 1.Auflage, online abgerufen unter <http://www.springerlink.com>)

www.latimes.com:

Ellingwood, Ken: „In Mexico, gruesome slayings add to Guerro's toll“

Ellingwood, Ken: „Mexico's narco lawyers risk everything“

Ellingwood, Ken: „18 killed in a Juarez clinic for addicts“

Ellingwood, Ken: „Grim glossary of the narco world“

Marosi, Richard: „One Mexico's border city is quiet, maybe too quiet“

Wilkinson, Tracy: „Women play bigger role in Mexico's drug war“

Wilkinson, Tracy: „In drug trafficking hub, artist is in demand“

ANHANG

Abstract in Deutsch

Viele politikwissenschaftliche Arbeiten befassen sich mit dem negativen Einfluss neoliberaler Paradigmen auf die Wirtschaft, die soziale und politische Lage von Schwellenländern und Dritte Weltländern und vergessen dabei die strukturellen Probleme. In der Arbeit soll auf Grundlage der Analyse der Geschichte des Gewaltmonopols in Mexiko versucht werden ein Kontinuum der Probleme mit der nie wirklich etablierten Staatlichkeit aufzuzeigen. Der Aufbau und die Funktionsweise der staatlichen Institutionen, sowie soziale Konflikte und die Rolle des Militärs als inner-systemische Ursachen sind ebenso ein wichtiger Faktor, wie die Einbindung Lateinamerikas/Mexikos in den Weltmarkt oder die Intervention anderer Staaten. Das Verhältnis Mexiko/USA wird durch einen Vergleich der unterschiedlichen Staatsgründung und -konsolidierung und der Analyse der Rolle des amerikanischen-mexikanischen Krieges untersucht. Am Ende wird noch auf Sezessionsbestrebungen der Indigenen in Chiappas und Oaxaca eingegangen und die Rolle des internationalen Drogenhandels als destabilisierenden Faktor in Mexiko untersucht, sowie die Strukturen und die Geschichte der mächtigsten Drogenkartelle in Mexiko. Eine kleine Medienanalyse soll noch einmal das Ausmaß der durch Drogenkriminalität verursachten Gewalt veranschaulichen.

Abstract in English

Many politic scientific reasearches give attention to the negative influence of neoliberal paradigms on the economy, the social and political condition of threshold countries or Third World Countries and are forgetting the structural problems. This research tries to show a continuum of problems with the never established stateliness on the basis of an analysis of the history of the monopoly on the legitimate use of physical force in Mexico. The constitution and the functionality of state institutions, social conflicts and the role of the military as inner-systemic causes are aswell an important factor, as the integration of Latin America/Mexico in the world market or the intervention of foreign states. The relationship Mexico/USA is being looked into by a comparison of the different foundation and consolidation and the analysis of the role of the U.S.-Mexican War. At the end there is a look into the secession movement of the indigenous people in Chiappas and Oaxaca and the role of the international drug trade as destabilizing factors in Mexico, as well as the structure and the history of the most powerful drug cartels in Mexico. A small media analysis should furthermore show the extent of drug related violence.